

EUROBAROMETER 72

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN
UNION

Herbst 2009

NATIONALER BERICHT

ÖSTERREICH

Durchgeführt im Auftrag der Generaldirektion Kommunikation und auch von dieser koordiniert.

Dieser Bericht wurde für die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich verfasst.

Dieses Dokument repräsentiert nicht die Sichtweise der Europäischen Kommission. Die darin enthaltenen Interpretationen und Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Zusammenfassung der Hauptergebnisse	3
3. Persönliche Situation	8
3.1. Zufriedenheit mit dem eigenen Leben	9
3.2. Einschätzung der persönlichen Lage.....	10
3.3. Erwartungen an die nächsten 12 Monate	10
3.4 Die zwei wichtigsten Probleme... ..	14
3.4.1 ...des Landes	14
3.4.2 ...der Befragten	15
4. Weltwirtschaftskrise.....	15
4.1. Einschätzung der nationalen und internationalen Wirtschaftslage.....	16
4.2. Die Wirtschaftskrise und der Arbeitsmarkt.....	17
4.3. Euro vs. Schilling	19
4.4. Akteure gegen die Wirtschaftskrise	20
4.5. Maßnahmen der EU gegen die Wirtschaftskrise	21
5. Vertrauen in nationale und internationale Institutionen.....	24
5.1. Medien.....	24
5.2. Nationale Institutionen	25
5.3. Internationale Institutionen.....	27
6. Einstellung zur Europäischen Union	29
6.1. Entwickeln sich die Dinge in Österreich und der EU in die richtige Richtung?...29	
6.1.1 ...in Österreich?	29
6.1.2 ...in Europa?	30
6.2 Österreichs Mitgliedschaft in der Europäischen Union	31
6.2.1 Gute Sache vs. schlechte Sache	31
6.2.2 Vorteile der Mitgliedschaft oder nicht der Fall?	34
6.3 Image der EU	36

6.4 Persönliche Bedeutung der EU	38
6.5 Bekanntheits- und Vertrauensgrad der Institutionen der EU.....	41
6.5.1 Das Europaparlament.....	41
6.5.2 Die Europäische Kommission.....	42
6.5.3 Der Rat der Europäischen Union.....	44
6.5.4 Die Europäische Zentralbank	45
6.6 Demokratie und Mitsprache in Europa.....	46
6.6.1 Demokratie in Österreich und den Mitgliedsstaaten	46
6.6.2 Demokratie in der Europäischen Union	47
6.6.3 Berücksichtigung der Interessen Österreichs und der Mitgliedstaaten	48
6.6.4 Wissen über die EU	49
6.7 Subsidiarität.....	50
6.8 Zukunft der EU	51
6.8.1 Die EU als Währungsunion.....	52
6.8.2 Erweiterung der EU	52
6.8.3 Europäische Integration.....	53
6.8.4 Optimistisch in die Zukunft?.....	54
6.9 Bekanntheit des EU-Vorsitzes	55
7. Österreich, die Europäische Union und Globalisierung	56
7.1 Ranking von Einflussfaktoren auf die Stellung eines oder mehrerer Länder und der EU in der Welt	56
7.2 Zustimmung zu ausgewählten Aussagen zur Globalisierung	57
7.3. Globalisierung als Chance oder Bedrohung?	60
7.4 Die europäische Wirtschaft im globalen Vergleich.....	61

Appendix: Technical Specifications & Fragebogen

Autoren: Mag. Daniel Schönherr und Dr. Harald Pitters

1. Einleitung

Der vorliegende Bericht präsentiert die Ergebnisse der 72. Standard-Eurobarometer-Befragung, die in Österreich zwischen dem 27. Oktober und 13. November 2009 vom Österreichischen Gallup Institut im Auftrag von TNS Opinion & Social durchgeführt wurde. Insgesamt wurden dazu in Österreich 1030 Interviews, in den 27 Mitgliedsstaaten 26.731 Interviews durchgeführt.

Bereits in der letzten Befragung konnte ein Aufwärtstrend in der Stimmung der Österreicher festgestellt werden. Nun – fast eineinhalb Jahre nach Beginn der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise – scheint sich diese Entwicklung weiter zu stabilisieren. Zwar schätzen die Österreicher die momentane Lage in den zentralen politischen und wirtschaftlichen Bereichen nach wie vor eher als schlecht ein, jedoch scheint der Höhepunkt der Krise in der Meinung von mehr und mehr Österreichern überwunden.

Auch die Zustimmung zur Europäischen Union befand sich in den letzten Befragungen im Aufwärtstrend, der in dieser Umfrage anhält. Die Österreicher erkennen zunehmend den Mehrwert der EU, die in Zeiten der Wirtschaftskrise gerade den kleineren Staaten als Schutzgemeinschaft nützlich erscheint. Insgesamt wird die Europäische Union von den Österreichern mehr und mehr als wichtiger Akteur in der Wirtschaftskrise angesehen.

Der vorliegende Bericht bietet, gefolgt von einem kurzen Blick auf die persönliche Situation der Befragten und deren Selbsteinschätzung, eine Zusammenfassung der Hauptergebnisse der Untersuchung. Die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen stehen im anschließenden Kapitel im Mittelpunkt. Danach folgt eine genauere Analyse des Vertrauens in nationale und internationale Institutionen. Die Einstellungen der Österreicher zur Europäischen Union und ihren Institutionen bilden den eigentlichen Schwerpunkt des Länderberichts. Der Bericht endet mit einer kurzen Evaluierung der Einstellung der Österreicher zur Globalisierung. Im Anhang befinden sich schließlich die technischen Spezifikationen sowie der nationale Fragebogen.

2. Zusammenfassung der Hauptergebnisse

Persönliche Situation

Den Österreichern geht es laut eigener Einschätzung nach wie vor gut. 88 Prozent der Österreicher sind mit ihrem Leben zufrieden, 10 Pp mehr als der EU-Durchschnitt. Jeder fünfte Österreicher ist sogar „sehr zufrieden“ mit seinem Leben. Trotz Wirtschaftskrise geht es den Österreichern laut Selbsteinschätzung auch beruflich und finanziell gut. 69 Prozent sind mit ihrer Jobsituation, 72 Prozent mit der finanziellen Situation ihres Haushaltes zufrieden. In Rest-Europa hat die Krise hingegen deutlich spürbarere Auswirkungen auf die Menschen gehabt. So schätzt beispielsweise nur knapp mehr als die Hälfte (54%) aller Europäer die eigene Jobsituation und nur 64 Prozent die finanzielle Haushaltssituation positiv ein.

Arbeitslosigkeit (43%) und die wirtschaftliche Situation (36%) sind nach Ansicht der Österreicher die dringendsten allgemeinen Probleme des Landes, auch europaweit sind dies die zwei meistgenannten Probleme (51% bzw. 40%). Trotz niedriger Inflation empfinden die Österreicher die steigenden Preise (50%) als dringendstes *persönliches* Problem, gefolgt von der wirtschaftlichen Situation. Auch EU-weit sind die Inflation (38%) sowie die wirtschaftliche Lage (26%) die zwei meistgenannten persönlichen Probleme der Befragten.

Erwartungen für das nächste Jahr

Wenn es um das Jahr 2010 geht, sind die Österreicher und Österreicherinnen weiterhin tendenziell optimistisch. 82 Prozent der Österreicher und Europäer glauben entweder an eine positive oder zumindest stabile Entwicklung des eigenen Lebens in den nächsten 12 Monaten. Im beruflichen und finanziellen Bereich erwarten die Österreicher und Europäer keine großen Veränderungen. Jeweils eine knappe Mehrheit geht in Österreich und der EU von stabilen Entwicklungen in der heimischen und europäischen Wirtschaft aus. Am negativsten sehen die Österreicher und Europäer die Entwicklungen am Arbeitsmarkt. Nur 26 Prozent der Österreicher und 22 Prozent der Europäer glauben an eine Verbesserung, 36 Prozent an eine Stagnation (EU: 40%) und 36 Prozent (EU: 34%) an eine Verschlechterung.

Wirtschaftskrise und Arbeitsmarkt

Wenn es um die Einschätzung der momentanen Wirtschafts- und Finanzlage geht, zeigen die Werte in dieser Befragungswelle wieder leicht nach oben. Die Wirtschaftskrise wird immer noch stark wahrgenommen, jedoch erscheint ihr Höhepunkt in der Meinung von mehr und mehr Österreichern überwunden. Nach Ansicht der Österreicher befindet sich die heimische Wirtschaft noch im besten Zustand (43%), gefolgt von der europäischen (31%) und der globalen Ökonomie (22%). EU-weit glauben mehr Menschen, dass die europäische Wirtschaft in einer besseren Lage (29%) sei als die heimische Wirtschaft (23%). Im schlechtesten Zustand befindet sich aber auch nach Ansicht der Europäer die Weltwirtschaft (19%).

Die Krise am Arbeitsmarkt ist nach Ansicht der Österreicher eines der dringendsten Probleme. Dennoch können die Österreicher gut einschätzen, dass sich die heimische Situation noch vergleichsweise gut präsentiert (Österreich hatte im Oktober 2009 mit 4,7% nach den Niederlanden mit 3,7% die zweitniedrigste Arbeitslosenrate). 36 Prozent der Österreicher glauben, der heimische Arbeitsmarkt befinde sich in einem guten Zustand. EU-weit sind es nur 13 Prozent, 85 Prozent der Europäer sehen die Lage am jeweiligen Arbeitsmarkt nach wie vor negativ.

Eine relative Mehrheit der Österreicher (46%) glaubt, die Krise am Arbeitsmarkt infolge der Wirtschaftskrise habe ihren Höhepunkt erreicht und bessere Zeiten stehen bevor. Europaweit befürchtet hingegen mehr als jeder zweite Europäer (54%), dass der Höhepunkt der Arbeitsmarktkrise erst noch bevorstehe.

Für die Zukunft wünschen sich die Österreicher und Europäer, dass die EU eine wichtigere Rolle bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen (66%, EU: 67%) und der Kontrolle größerer Finanzgruppen (64%, EU: 68%) einnimmt. Zur Linderung der Auswirkungen der Finanzkrise wünschen sich die Österreicher von der EU in erster Linie wirtschaftliche Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe (34%, EU: 37%), mehr Investitionen in die Bildung (25%, EU: 28%) und in Energie- und Umweltbereiche (23%, EU: 17%).

Vertrauen in nationale und internationale Institutionen

Die Österreicher vertrauen den regionalen und öffentlichen Behörden am stärksten (69%), gefolgt von der Justiz bzw. dem nationalen Rechtssystem (67%). Am wenigsten vertrauen die Österreicher den politischen Parteien (36%). Die Europäer vertrauen ihrem jeweiligen nationalen Heer am meisten (64%), gefolgt von der UNO (55%). Am wenigsten vertrauen die Europäer ihren politischen Parteien (16%), Regierungen (29%) sowie ihren Parlamenten (30%).

Der EU vertrauen in Österreich 47 Prozent der Menschen, um 3 Pp mehr als noch vor einem halben Jahr. Österreich liegt damit nunmehr im europäischen Durchschnitt (48%).

Österreichs Mitgliedschaft in der Europäischen Union

42 Prozent aller Österreicher sehen die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union als eine *gute Sache* an, 38 Prozent sind unentschieden und 18 Prozent glauben, die Mitgliedschaft wäre eine schlechte Sache. Jüngere Österreicher schätzen die Mitgliedschaft immer noch positiver ein als ältere. Die Mitgliedschaft wird unter den besser Gebildeten und sozial besser Gestellten ebenfalls positiver bewertet.

Europaweit hat sich seit der letzten Befragung nichts geändert. 53 Prozent der Europäer sehen die Mitgliedschaft positiv, 15 Prozent negativ und 28 Prozent sind unentschieden.

46 Prozent der Österreicher glauben, die Mitgliedschaft in der EU habe ihrem Land durchaus Vorteile verschafft, 44 Prozent glauben das nicht. Österreich liegt in dieser Frage europaweit nach wie vor im hinteren Feld. Im EU-Schnitt glauben 57 Prozent der Europäer, die Mitgliedschaft ihres Landes habe mehr Vor- als Nachteile, für 31 Prozent ist dies nicht der Fall.

Wie bereits in der letzten Befragungswelle ist das Image der EU in Österreich für 34 Prozent der Österreicher positiv, für 27 Prozent negativ. EU-weit ist das Image für fast jeden zweiten Europäer (48%) ein gutes, für 15 Prozent ein schlechtes.

Institutionen der EU

Die Institutionen der Europäischen Union sind in Österreich überdurchschnittlich bekannt. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die Österreicher sowohl das Europaparlament (92%, EU: 89%), die Europäische Zentralbank EZB (88%, EU: 76%), die Europäische Kommission (87%, EU: 79%) als auch den Rat der Europäischen Union (74%, EU: 66%) gut kennen.

Auch das Vertrauen in die diversen Institutionen ist leicht angestiegen und liegt nun (fast) überall über dem Europaschnitt. Am meisten vertrauen die Österreicher der EZB (59%, EU: 44%), gefolgt vom Europaparlament (54%, EU: 50%), der Europäischen Kommission (46%, EU: 46%) sowie an letzter Stelle dem Rat der Europäischen Union (42%, EU: 41%).

Demokratie und Mitsprache

76 Prozent der Österreicher sind zufrieden mit dem Zustand der Demokratie in ihrem Land, EU-weit sind es lediglich 53 Prozent. Am zufriedensten sind die Dänen (91%) und Luxemburger (90%), am wenigsten zufrieden die Litauer und Rumänen (jeweils 18%).

51 Prozent der Österreicher sind mit dem Zustand der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden, 43 Prozent sind es nicht. Im EU-Schnitt sind 54 Prozent der Europäer zufrieden, 32 Prozent nicht. Am positivsten wird der Zustand der Demokratie in der EU von den Luxemburgern (75%) und Dänen (67%) gesehen. Am negativsten beurteilen die Finnen (49%) die demokratischen Prozesse innerhalb der EU, am zweitnegativsten die Österreicher (43%). Grund dafür könnte sein, dass nur 35 Prozent aller Österreicher angeben, die EU berücksichtige die Interessen Österreichs gut, eine Mehrheit von 58 Prozent kann der Aussage nicht zustimmen.

Im EU-Schnitt glauben 44 Prozent, dass die Interessen ihres Landes gut berücksichtigt werden, eine relative Mehrheit von 47 Prozent tut dies nicht.

Zukunft der EU

61 Prozent der Österreicher und 66 Prozent der Europäer blicken grundsätzlich optimistisch in die Zukunft der EU.

71 Prozent der Österreicher befürworten die Europäische Währungsunion, europaweit sind es lediglich 60 Prozent. Nur jeder vierte Österreicher (28%, EU: 46%) kann sich zusätzliche Aufnahmen von weiteren Beitrittskandidaten vorstellen, 65 Prozent (EU: 43%) lehnen dies ab.

Nach Ansicht der Österreicher sollte sich die EU zur Stärkung der Europäischen Integration primär auf die Bekämpfung der Kriminalität (41%), auf Wirtschaftsfragen (39%) sowie auf Immigrationsthemen konzentrieren. Europaweit werden die Wirtschaftsfragen (33%) sowie die Konzentration auf soziale Fragen und Gesundheit als primäre Aufgaben der EU für die Zukunft angesehen.

Globalisierung

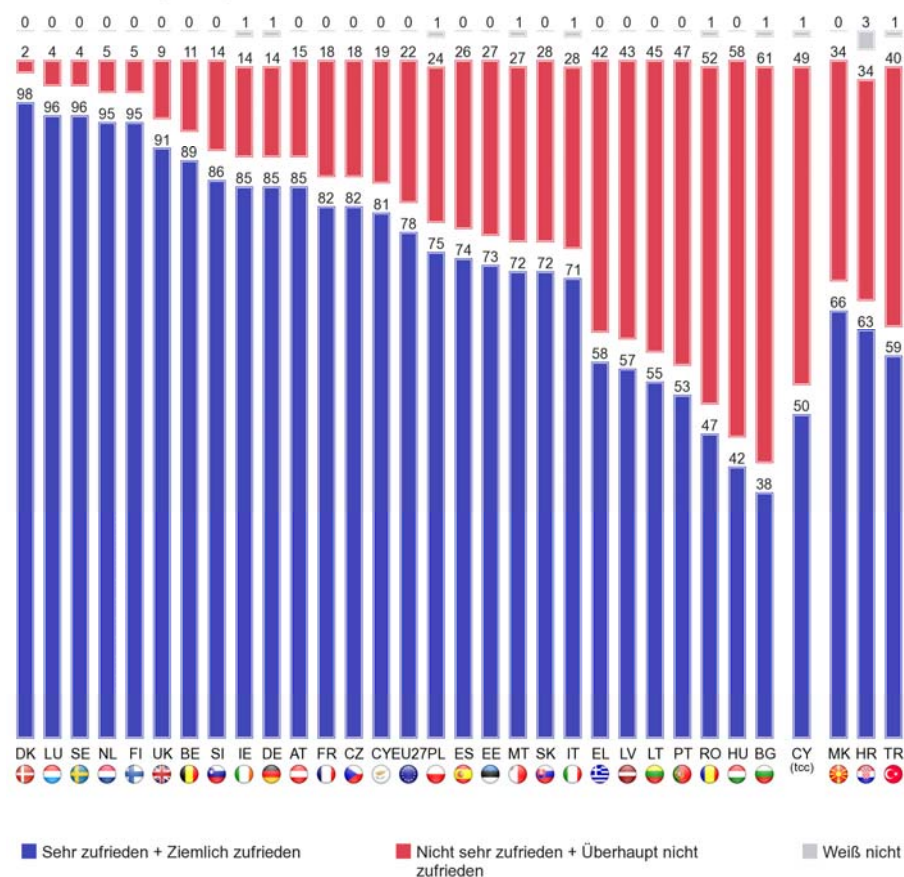
Die Globalisierung wird in Österreich und auch in Gesamteuropa eher negativ betrachtet. Man sieht insgesamt weniger die Chancen als die Gefahren, die sich für einen persönlich und für das eigene Land stellen. 51 Prozent der Österreicher stimmen der Aussage „Globalisierung stellt eine Bedrohung für Beschäftigung und Firmen in Österreich dar“ zu. Im Gegenzug stimmen nur 41 Prozent der Aussage „Globalisierung stellt dank der Erschließung neuer Märkte eine gute Gelegenheit für österreichische Unternehmen dar“ zu. Europaweit ist es eine knappe relative Mehrheit (42%), die die Globalisierung eher als Chance für den heimischen Markt denn als Gefahr (41%) betrachtet.

3. Persönliche Situation

3.1. Zufriedenheit mit dem eigenen Leben

Es besteht eine hohe Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation in Österreich und Europa. 88 Prozent der Österreicher und 78 Prozent der Europäer sind mit ihrem Leben grundsätzlich zufrieden.

QA1. Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen -



Wie bereits in den vergangenen Jahren sind die Österreicher und Österreicherinnen mit ihrer persönlichen Lebenssituation zufrieden (85%, +2 Pp). Jeder Fünfte (21%, +3 Pp) in Österreich ist sogar „sehr zufrieden“ mit dem Leben, das er führt, 64 Prozent (-1 Pp) zeigen sich immerhin „ziemlich zufrieden“. Im Europaschnitt sind 78 Prozent (+1 Pp) der Befragten mit ihrem Leben zufrieden, 22 Prozent (+/-0 Pp) sind es nicht. Traditionell am zufriedensten zeigen sich nach wie vor die Dänen (98%), Luxemburger und Schweden (96%). Am unzufriedensten sind die Bulgaren und Ungarn: Nur 38 Prozent der Bulgaren bzw. 42 Prozent der Ungarn zeigen sich mit ihrem Leben zufrieden.

3.2. Einschätzung der persönlichen Lage

Trotz Wirtschaftskrise geht es den Österreichern laut Selbsteinschätzung beruflich und finanziell gut. 69 Prozent sind mit ihrer Jobsituation, 72 Prozent mit der finanziellen Situation ihres Haushaltes zufrieden.

EU-weit schätzt nur knapp mehr als die Hälfte (54%) aller Europäer die eigene Jobsituation, nur 64 Prozent die finanzielle Haushaltssituation als gut ein.

Die eigene Jobsituation: Bereits in der letzten Befragung wurde deutlich, dass die Österreicher trotz Wirtschafts- und Finanzkrise ihre persönliche berufliche Situation für überdurchschnittlich gut befinden (69%, +/-0 Pp). Jeder Fünfte (20%, +1 Pp) ist in Österreich mit seiner Jobsituation hingegen unglücklich. Europaweit befindet nur etwas mehr als die Hälfte aller Befragten ihre eigene berufliche Lage für gut (54%, +2 Pp), 27 Prozent (+/-0 Pp) für schlecht.

Die finanzielle Situation des Haushalts: Auch die budgetäre Situation des eigenen Haushaltes wird übermäßig positiv beurteilt; der Wert konnte sich seit der letzten Befragung in Österreich um 1 Pp auf 72 Prozent steigern. 27 Prozent (-1 Pp) sagen, es geht ihnen finanziell weniger gut. EU-weit sind 64% (-1 Pp) mit der finanziellen Situation ihres Haushalts glücklich, 34 Prozent sind unzufrieden (+1 Pp).

3.3. Erwartungen an die nächsten 12 Monate

Wenn es um die Erwartungen an das nächste Jahr geht, sind die Österreicher und Österreicherinnen optimistischer als noch vor einem halben Jahr.

82 Prozent der Österreicher und Europäer glauben entweder an eine stabile oder eine positive Entwicklung des eigenen Lebens in den nächsten 12 Monaten. In den Bereichen ‚Beruf‘ und ‚finanzielle Situation des Haushalts‘ erwarten die Österreicher und Europäer keine großen Veränderungen.

Für Österreich und die EU geht jeweils eine knappe Mehrheit in Österreich von stabilen Entwicklungen in der heimischen und europäischen Wirtschaft aus.

Am negativsten sehen die Österreicher und Europäer die Entwicklungen am heimischen Arbeitsmarkt. Nur 26 Prozent der Österreicher und 22 Prozent der Europäer glauben an eine Verbesserung, 36 Prozent an eine Stagnation (EU: 40%) und weitere 36 Prozent (EU: 34%) an eine Verschlechterung.

Die Jüngeren sind in Österreich in allen abgefragten Bereichen deutlich optimistischer als die älteren Befragten.

Bereits in der letzten Befragung im Frühjahr 2009 konnte festgestellt werden, dass die Österreicher angesichts der Wirtschaftskrise zwar die momentane Lage im wirtschaftlichen und finanziellen Sektor eher pessimistisch einschätzen, sich jedoch gedämpft optimistisch präsentieren wenn es um die Zukunft geht.

Das eigene Leben: 62 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen glauben, dass sich ihr persönliches Leben im Lauf der nächsten 12 Monate kaum verändern wird (-5 Pp). Jeder Fünfte glaubt sogar an eine Verbesserung der eigenen Lebenssituation (+4 Pp), nur 16 Prozent an eine Verschlechterung (+1 Pp). Europaweit glauben 26 Prozent (-1 Pp) an eine Verbesserung, 15 Prozent (+1 Pp) befürchten eine Verschlechterung und 56 Prozent (+/-0 Pp) glauben, ihr Leben werde sich kaum verändern.

Die nationale Wirtschaftslage: Trotz anhaltender Wirtschaftskrise glauben die Österreicher, dass der Höhepunkt bereits überschritten ist. Jeder Dritte geht daher von einer Verbesserung der nationalen Wirtschaftslage aus (32%, +9 Pp), 42 Prozent glauben, dass sich die heimische Wirtschaft zumindest stabil halten wird können. Nur noch 24 Prozent (-12 Pp) befürchten eine Verschlechterung. EU-weit glauben 28 Prozent (+3 Pp) an eine Verbesserung, 31 Prozent (-3 Pp) befürchten eine Verschlechterung und 37 Prozent (+1 Pp) glauben, dass sich die Wirtschaft ihrer jeweiligen Länder stabil halten wird.

Die europäische Wirtschaftslage: Auch in dieser Frage sind die Erwartungen der Österreicher und Europäer nicht mehr so pessimistisch wie noch vor einem halben Jahr. 32 Prozent der Österreicher (+11 Pp) und 30 Prozent der Europäer (+6 Pp) glauben, dass sich die ökonomische Situation der EU in den nächsten 12 Monaten

verbessern, 34 Prozent der Österreicher und 38 Prozent der Europäer (jeweils +/-0 Pp), dass sie sich zumindest nicht weiter verschlechtern wird. 31 Prozent der Österreicher (-10 Pp) und 21 Prozent europaweit (-7 Pp) befürchten hingegen, dass sich die europäische Wirtschaft im nächsten Jahr weiter verschlechtern wird.

Die Lage der Weltwirtschaft: Die globale Wirtschaftssituation wird von den Befragten am schlechtesten eingeschätzt. Während man für den heimischen sowie den europäischen Wirtschaftsraum eine Verbesserung bzw. Stabilisierung erwartet, zeigt man sich hinsichtlich der Weltwirtschaft weniger optimistisch. Nichtsdestotrotz geht eine knappe relative Mehrheit von 38 Prozent (-4 Pp) der Befragten in Österreich und 36 Prozent (+/-0 Pp) in Europa von einer stabilen Entwicklung aus. 35 Prozent der Österreicher (-1 Pp) glauben jedoch, dass sich die globale Wirtschaft verschlechtern wird, europaweit sind es lediglich 24 Prozent (-6 Pp). Dass sich die Weltwirtschaft gar verbessern wird, glaubt in Österreich nur jeder Fünfte (20%, +5 Pp), europaweit 29 Prozent (+5 Pp).

Die Lage am heimischen Arbeitsmarkt: Obwohl die Österreicher die momentane Lage am Arbeitsmarkt positiver beurteilen als noch vor einem halben Jahr, sehen sie kaum Chancen auf eine Verbesserung in den nächsten 12 Monaten. Nur 26 Prozent gehen davon aus, dass sich der heimische Arbeitsmarkt verbessern wird, jeweils 36 Prozent glauben an keine Veränderung (+4 Pp) bzw. eine zunehmende Verschlechterung (-9 Pp). EU-weit sind es 22 Prozent (+2 Pp), die an eine Verbesserung, 40 Prozent (-4 Pp), die an eine Verschlechterung und 34 Prozent (+2 Pp), die an keine Veränderung am nationalen Arbeitsmarkt glauben.

Die eigene Jobsituation: Wenn es um die eigene Jobsituation geht, glaubt eine Mehrheit der Befragten in Österreich wie auch in Europa an eine stabile Entwicklung. 66 Prozent (-1 Pp) der Österreicher und 59 Prozent (+/-0 Pp) der Europäer glauben, dass sich in ihrem unmittelbaren beruflichen Dasein in den nächsten Jahren wenig ändern wird, 10 Prozent (+/-0 Pp) der Österreicher und 11 Prozent (+1 Pp) der Europäer befürchten eine Verschlechterung, 17 Prozent (+3 Pp) in Österreich bzw. 19 Prozent (+/-0 Pp) europaweit hingegen erhoffen sich eine Verbesserung.

Die finanzielle Situation des Haushalts: Ähnliches gilt für die finanzielle Situation des eigenen Haushalts; auch hier erwartet sich eine Mehrheit der Befragten – 62 Prozent der Österreicher (-4 Pp) und 57 Prozent der Europäer (- 1 Pp) – keine wesentlichen Veränderungen. 17 Prozent befürchten in Österreich eine Verschlechterung der finanziellen Lage ihres Haushalts, 19 Prozent erhoffen sich eine Verbesserung. Europaweit präsentieren sich die Ergebnisse ähnlich: 19 Prozent (+1 Pp) der Europäer glauben an eine Verschlechterung, 21 Prozent (+/-0 Pp) an eine Verbesserung.

Die Umweltsituation: Trotz der Kritik der Europäischen Umweltagentur im November an Österreich, das voraussichtlich als einziges Land jener 15 EU-Staaten, die gemeinsam ein CO₂-Reduktionsziel unter dem Kyoto-Protokoll vereinbart haben, seine Vorgaben nicht schaffen wird, schätzt eine Mehrheit von 76 Prozent (+4 Pp) der Österreicher die Situation der heimischen Umwelt als *gut* ein. 22 Prozent (+9 Pp) der Befragten glauben, dass sich die Situation in den nächsten Jahren sogar noch weiter verbessern wird. Nur noch 14 Prozent (-9 Pp) befürchten eine Verschlechterung der Umwelt, eine Mehrheit jedoch geht von keinen wesentlichen Veränderungen aus (62%, +/-0 Pp). Die Österreicher folgen damit dem europäischen Trend: 24 Prozent (+3 Pp) der Europäer erwarten sich eine Verbesserung der Umweltsituation im nächsten Jahr, 19 Prozent (-8 Pp) eine Verschlechterung, etwas mehr als die Hälfte jedoch glaubt, dass sich am Umweltsektor keine großen Veränderungen bemerkbar machen werden (51%, +5 Pp).

Mittels des Polaritätsindex¹ „Besser/Schlechter“ wird ersichtlich, dass die Österreicher tendenziell jene Bereiche optimistischer betrachten, die ihnen näher sind: die Wirtschafts- und Umweltsituation im eigenen Land, die eigene berufliche Situation und das eigene Leben. Am pessimistischsten hingegen sind sie, wenn es um globale oder europäische Angelegenheiten geht. Eine Ausnahme stellt jedoch die Arbeitsmarktsituation in Österreich, die die Hauptsorge der Österreicher ist und am zweitnegativsten eingestuft wird, dar.

¹ Der Polaritätsindex errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Prozentsatz der befragten Personen, die angaben, die Lage würde sich verbessern und jenem Prozentsatz von befragten Personen, die angaben, die Lage würde sich verschlechtern. Je höher der Indexwert, desto positiver, je niedriger, desto negativer sehen die Befragten den jeweiligen Bereich.

Polaritätsindex „Erwartungen an die nächsten 12 Monate“:

	AT	EU27
Die wirtschaftliche Situation in Österreich/im eigenen Land	8	-3
Die Umweltsituation im eigenen Land	8	5
Die persönliche Berufssituation	7	8
Leben im Allgemeinen	4	11
Die finanzielle Situation des eigenen Haushaltes	2	2
Die wirtschaftliche Situation in der EU	1	9
Die Arbeitssituation in Österreich/im eigenen Land	-10	-18
Die wirtschaftliche Situation der Weltwirtschaft	-15	5

Wie bereits im letzten Eurobarometer Länderbericht festgestellt, sind nach wie vor die Jüngeren in Österreich optimistischer als die Älteren. Die 15 bis 24jährigen blicken dabei in allen abgefragten Bereichen am optimistischsten in die Zukunft. Waren in der letzten Befragung die über 55jährigen noch in der Einschätzung der Lage der Weltwirtschaft optimistischer, lässt sich mittlerweile in allen Bereichen ein linearer Abwärtstrend mit steigendem Alter feststellen.

3.4 Die zwei wichtigsten Probleme

3.4.1 ...des Landes

Arbeitslosigkeit (43%) und die wirtschaftliche Situation (36%) sind nach Ansicht der Österreicher die dringendsten Probleme des Landes, auch europaweit sind dies die zwei meistgenannten Probleme (51% bzw. 40%).

Geht es nach den Österreichern, sind die Arbeitslosigkeit und die momentane wirtschaftliche Situation nach wie vor die zwei wichtigsten Probleme des Landes. Auffallend ist aber, dass im Vergleich zur letzten Befragung die wirtschaftliche Situation weniger häufig genannt wurde (36%, -7 Pp), während die Nennung von Arbeitslosigkeit als dringendstes Problem des Landes stabil bei 43 Prozent (+/-0 Pp) liegt. Ein ähnliches Bild gestaltet sich auch europaweit: auch hier werden Arbeitslosigkeit (51%, +2 Pp) und die wirtschaftliche Situation (40%, -2 Pp) als die beiden wichtigsten momentanen Probleme des jeweiligen Landes wahrgenommen.

3.4.2 ...der Befragten

Trotz niedriger Inflation empfinden die Österreicher die steigenden Preise (50%) als dringendstes persönliches Problem, gefolgt von der wirtschaftlichen Situation. Auch EU-weit sind die Inflation (38%) sowie die wirtschaftliche Lage (26%) die zwei meistgenannten Probleme der Befragten.

Der Verbraucherpreisindex ist in Österreich zwischen September 2008 und September 2009 um 3,7 Prozent auf 0,1 gesunken, im Oktober stieg er wieder leicht auf 0,3 an. Damit liegt die Teuerung in Österreich auf dem niedrigsten Stand seit 1966. Nichtsdestotrotz empfindet eine deutliche Mehrheit der Österreicher (50%, -1 Pp) die steigenden Preise deutlich als dringendstes persönliches Problem, gefolgt von der wirtschaftlichen Situation (21%, -4 Pp). EU-weit sind ebenfalls die Inflation (38%, +2 Pp) und die wirtschaftliche Lage (26%, +/-0 Pp) die zwei meistgenannten Probleme für die Befragten persönlich.

4. Weltwirtschaftskrise

4.1. Einschätzung der nationalen und internationalen Wirtschaftslage

Geht es um die Einschätzung der momentanen Wirtschafts- und Finanzlage, zeigen die Werte wieder leicht nach oben. Die Wirtschaftskrise – beherrschendes Thema der letzten eineinhalb Jahre – wird zwar immer noch stark wahrgenommen, jedoch erscheint ihr Höhepunkt in der Meinung von mehr und mehr Österreichern überwunden.

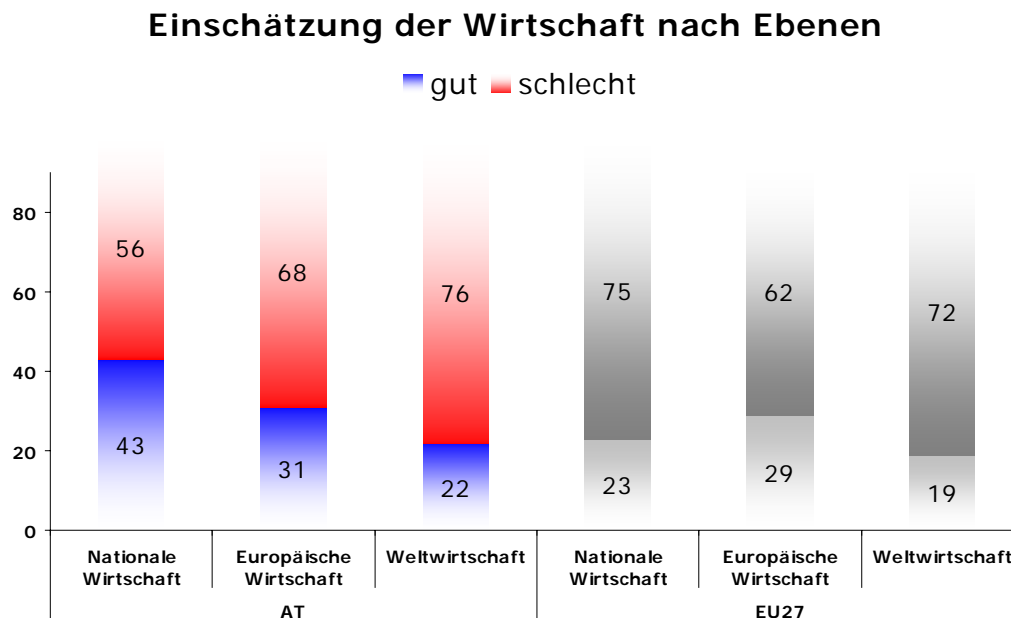
Nach Ansicht der Österreicher befindet sich die heimische Wirtschaft vergleichsweise noch im besten Zustand (43%), gefolgt von der europäischen (31%) und der globalen Ökonomie (22%).

EU-weit glauben mehr Menschen, dass die europäische Wirtschaft in einer besseren Lage (29%) sei als die heimische (23%). Im schlechtesten Zustand befindet sich auch nach Ansicht der Europäer aber die Weltwirtschaft (19%).

Die nationale Wirtschaftslage: Waren es im Frühjahr 2009 36 Prozent, die die Situation der österreichischen Wirtschaft als ‚gut‘ einschätzten, konnte sich der Wert mittlerweile auf 43 Prozent (+7 Pp) steigern. 56 Prozent (-7 Pp) der Österreicher glauben weiterhin, die österreichische Wirtschaft befinde sich in einem schlechten Zustand. EU-weit sind es lediglich 23 Prozent (+3 Pp), die glauben, die Situation ihrer jeweiligen Wirtschaft sei gut, 75 Prozent (-3 Pp) sagen, sie sei schlecht. Im Ländervergleich liegen die Luxemburger (77%), Dänen (58%) und Niederländer (54%) voran, am negativsten sehen die Letten und Ungarn (97% „in einem schlechten Zustand“) sowie die Iren (95%) und Litauer (94%) den Zustand ihrer jeweiligen nationalen Ökonomie.

Die europäische Wirtschaftslage: 31 Prozent (+5 Pp) der Österreicher glauben, die europäische Wirtschaft befinde sich in einem guten Zustand; vor einem halben Jahr waren es nur 26 Prozent. Österreich liegt damit leicht über dem EU-Schnitt von 29 Prozent (+6 Pp).

Die Lage der Weltwirtschaft: 3 Prozent mehr geben im Herbst 2009 an, die Situation der Weltwirtschaft sei gut (22%, +3 Pp). Nichtsdestotrotz bestätigt sich auch in dieser Welle der Trend, wonach die Bewertung desto schlechter ausfällt je globaler die Wirtschaftsebene ist. Europaweit sind es gar nur 19 Prozent (+4 Pp), die die globale Wirtschaftssituation für gut befinden.



4.2. Die Wirtschaftskrise und der Arbeitsmarkt

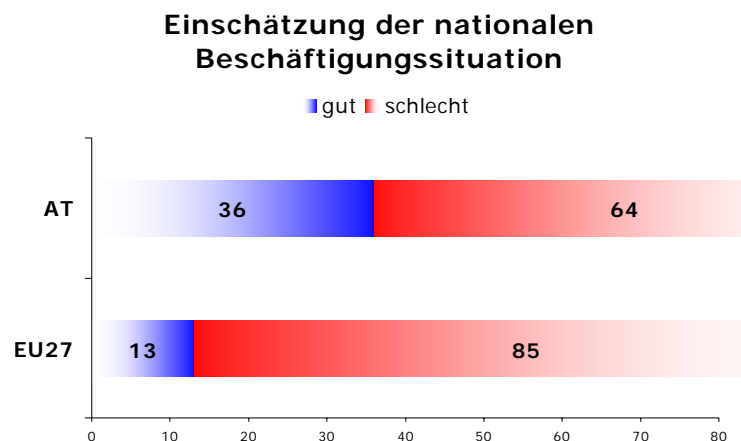
Die Krise am Arbeitsmarkt ist nach Ansicht der Österreicher eines der dringendsten Probleme. Dennoch schätzen die Österreicher die Lage realistisch ein, nämlich dass sich die heimische Situation vergleichsweise gut präsentiert (Österreich hatte im Oktober 2009 mit 4,7% nach den Niederlanden mit 3,7% die zweitniedrigste Arbeitslosenrate).

36 Prozent der Österreicher glauben, der heimische Arbeitsmarkt befinde sich in einem guten Zustand. EU-weit sind es nur 13 Prozent, 85 Prozent der Europäer sehen die Lage am heimischen Arbeitsmarkt negativ.

Eine relative Mehrheit der Österreicher (46%) glaubt, die Krise am Arbeitsmarkt infolge der Wirtschaftskrise habe ihren Höhepunkt erreicht und bessere Zeiten stehen bevor. Europaweit befürchtet hingegen mehr als jeder zweite Europäer (54%), dass der Höhepunkt der Arbeitsmarktkrise erst noch komme.

Trotz steigender Arbeitslosenzahlen glauben 36 Prozent der Österreicher, der nationale Arbeitsmarkt befinde sich in einem guten Zustand. Der Wert konnte sich im Vergleich zum Frühjahr 2009 um 6 Pp steigern. Österreich liegt damit deutlich über dem europäischen Durchschnitt, wonach nur 13 Prozent (+/-0 Pp) der Europäer die Arbeitsmarktsituation im eigenen Land positiv einschätzen.

Tatsächlich scheint sich die Lage am heimischen Arbeitsmarkt wieder zu bessern. Zwar passierten die Arbeitslosenzahlen Anfang des Jahres 2009 die 300.000-Grenze², dennoch scheint der Höhepunkt des Einbruchs am Arbeitsmarkt vorerst



überwunden. Dies erkennen auch die Österreicher und Österreicherinnen. Während im Mai/Juni dieses Jahres (Spezial-Eurobarometer Welle 72.1) mehr als die Hälfte (51%) aller Befragten befürchtete, das Schlimmste stehe der Situation am Arbeitsmarkt erst noch bevor, glauben dies in der jetzigen Befragung nur noch 43 Prozent (-8 Pp→EB 72.1). Stattdessen gibt eine relative Mehrheit von 46 Prozent (+14 Pp→EB 72.1) an, zu glauben, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt hätten ihren Höhepunkt schon erreicht.

Europaweit zeigt sich ein anderes Bild: Zwar sind auch hier die Zahlen derer, die einen noch ausstehenden Höhepunkt der Arbeitsmarktkrise befürchten, rückläufig, dennoch sind es immer noch etwas mehr als die Hälfte aller Europäer (54%, -7Pp→EB 72.1). Umgekehrt glauben lediglich 38 Prozent (+10 Pp→EB 72.1), der Höhepunkt sei bereits überstanden. Am pessimistischsten sind die Befragten in Litauen (77%), Zypern (76%) und Lettland (74%); umgekehrt glauben die Schweden (71%), Niederländer (51%) und Dänen (53%) am häufigsten daran, den Krisenhöhepunkt am Arbeitsmarkt bereits überstanden zu haben. Österreich liegt mit seinen 46 Prozent insgesamt am vierten Platz.

² vgl. <http://www.wien.gv.at/statistik/daten/pdf/arbeitslose-oe.pdf>.

4.3. Euro vs. Schilling

Mehr als jeder dritte Österreicher (35%) glaubt, der Schilling hätte eine größere Schutzkraft vor den Auswirkungen der Wirtschaftskrise gehabt als der Euro. Nichtsdestotrotz ist für eine steigende Mehrheit von 55 Prozent klar, dass der Euro als europäische Gemeinschaftswährung besser in Zeiten der Krise gewirkt hat als es der Schilling hätte können.

Vor allem die älteren Österreicher (44% der über 55jährigen) würden dem Schilling eher vertrauen als die jüngeren 15 bis 24jährigen (35%).

Eine Mehrheit von 55 Prozent (+8 Pp) der Österreicher widerspricht der Aussage, wonach Österreich besser vor der Wirtschaftskrise geschützt gewesen wäre, hätte es den Schilling anstelle des Euros als Währung behalten. Insgesamt 35 Prozent (-4 Pp) glauben umgekehrt, der Schilling hätte eine größere Schutzfunktion als die europäische Gemeinschaftswährung gehabt. Am stärksten hätten Portugal (57% Zustimmung, -5Pp→EB71.1) und Spanien (54% Zustimmung, +1 Pp→EB71.1) ihren jeweiligen früheren Nationalwährungen im Schutz gegen die internationale Finanzkrise vertraut, die Slowakei (72%, +/-0 Pp→EB71.1), Luxemburg (67%, +/-0 Pp→EB71.1), Finnland (67%, -5 Pp→EB71.1) und Slowenien (67%, -4 Pp→EB71.1) hingegen widersprechen der Aussage am stärksten, glauben also am ehesten, dass der Euro sie besser als die jeweilige Nationalwährung beschützt hat.

Im Europaschnitt stimmen wie bereits Anfang des Jahres erneut 45 Prozent (+/-0 Pp→EB71.1) der Aussage zu, wonach die jeweilige Nationalwährung ihr Land besser vor der Krise geschützt hätte, 47 Prozent (+2 Pp→EB71.1) widersprechen ihr.

In der Detailanalyse ergibt sich, dass mit steigendem Ausbildungsbeendigungsalter auch die Zustimmung zum Euro steigt. D.h. je älter der Befragte bei der Beendigung seiner Ausbildung war, desto eher ist er von einer wirksamen Schutzkraft des Euros während der Wirtschafts- und Finanzkrise überzeugt. Der Aussage, wonach der Schilling Österreich besser vor den Auswirkungen der Krise beschützt hätte, stimmen demnach zwar 40 Prozent jener, die mit 15 Jahren oder jünger ihre Ausbildung beendet haben, zu, jedoch nur noch 28 Prozent jener, die dabei 20 Jahre oder älter waren. Parallel dazu sind es in Österreich eher die älteren Mitbürger, die dem

Schilling die Treue halten: Während nur 35 Prozent der 15 bis 24jährigen bzw. 33 Prozent der 25 bis 39jährigen der abgefragten Aussage etwas abgewinnen können, sind es immerhin 44 Prozent der über 55jährigen, die den Schilling dem Euro – zumindest in dieser Frage – vorziehen würden.

Ähnliches lässt sich in der daran anschließenden Frage feststellen: Während nämlich der Aussage, wonach der Euro die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise gemildert und abgeschwächt habe, 56 Prozent der 15 bis 24jährigen bzw. 65 Prozent der 25 bis 39jährigen zustimmen, tun dies nur noch 48 Prozent der über 55jährigen (bzw. lehnen 41 Prozent der über 55jährigen diese Aussage ab). Österreichweit lässt sich aus dieser Frage aber durchaus eine klare Euro-Sympathie herauslesen: 55 Prozent (+8 Pp→EB71.1) stimmen der Aussage zu, ca. jeder dritte Befragte (35%, -4 Pp→EB71.1) glaubt indessen nicht an den Euro als Schutzschild gegen die Auswirkungen der Krise. Europaweit liegt die Zustimmungsrate bei 41 Prozent (+2 Pp→EB71.1), 45 Prozent (+1 Pp→EB71.1) stimmen der Aussage nicht zu.

4.4. Akteure gegen die Wirtschaftskrise

Geht es nach den Österreichern (21%), ist ihr Land am ehesten geeignet, mit der Wirtschaftskrise effektiv umzugehen (gefolgt von der EU mit 19% und den G20 mit 14%).

Im Europaschnitt glaubt eine relative Mehrheit der Europäer (22%), dass die EU der gewichtigste Akteur im Kampf gegen die Wirtschaftskrise sei.

Im Kampf gegen die Wirtschaftskrise gestehen die Österreicher und Österreicherinnen der *österreichischen Bundesregierung* die größten Chancen zu ihrer Bewältigung zu. 21 Prozent (+11 Pp) glauben, die nationale Regierung könne am effektivsten mit der Wirtschaftskrise umgehen. 19 Prozent (-4 Pp) glauben, die *Europäische Union* hätte im Kampf gegen die Finanzkrise am meisten auszurichten. 14 Prozent (-3 Pp) nannten die Gruppe der Zwanzig (G20) als effektivsten Bekämpfer der Krise, 12 Prozent (+1 Pp) den *IWF* (Internationaler Währungsfond) und weitere 11 Prozent (-6 Pp) die *Vereinigten Staaten von Amerika*. Addiert man die Werte, traut eine relative Mehrheit der Österreicher (45%) transnationalen Bündnissen (EU, G20, IWF) eher zu, im Kampf gegen die globale Wirtschafts- und

Finanzkrise wirksame Mittel zu finden, als dem eigenen bzw. einem fremden Nationalstaat (Österreich, USA) (32%). Nur 5 Prozent (-2 Pp) glauben, dass keiner der Genannten in der Lage ist, der Wirtschaftskrise beizukommen.

Im Europaschnitt liegt die *EU* an erster Stelle (22%, +1 Pp), gefolgt von den jeweiligen *Nationalstaaten* (19%, +7 Pp). An dritter Stelle wurden mit 18 Prozent (-2 Pp) die *G20* am häufigsten genannt, 12 Prozent (-4 Pp) trauen der *USA* am meisten zu und 11 Prozent (-3 Pp) dem *IWF*. Auch im Europaschnitt nannten 5 Prozent (+1 Pp) keinen der hier angeführten Akteure.

Europaweit halten die Griechen (44%) die EU für am besten geeignet, Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise zu ergreifen, gefolgt von den Luxemburgern und Polen (jeweils 34%). Die jeweiligen Nationalstaaten hingegen präferieren die Malteser (39%), Rumänen (38%) und Bulgaren (32%) am stärksten. Dies erscheint insofern erwähnenswert, als gerade jene Länder, die im Zuge der letzten beiden Erweiterungen 2004 und 2007 Teil der EU wurden, sich in Zeiten der Krise wieder verstärkt dem Nationalstaat zuzuwenden scheinen.

4.5. Maßnahmen der EU gegen die Wirtschaftskrise

Die Österreicher und Europäer sind grundsätzlich dafür, dass die EU in Zukunft eine wichtigere Rolle bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen (66%, EU: 67%) und der Kontrolle größerer Finanzgruppen (64%, EU: 68%) einnimmt.

Die Österreicher wünschen sich von der EU in erster Linie wirtschaftliche Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe, um Arbeitsplätze zu sichern (34%, EU: 37%), gefolgt von mehr Investitionen in die Bildung (25%, EU: 28%) und in Energie- und Umweltbereiche (23%, EU: 17%).

Generell lässt sich feststellen, dass die Österreicher sich bereits in den letzten Eurobarometer-Befragungen angesichts der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise der Bedeutung einer Einbindung in handlungsschnelle transnationale Zusammenschlüsse mehr und mehr bewusst geworden sind. Dementsprechend positiv betrachten die befragten Personen die Ihnen vorgestellten Lösungsvorschläge hinsichtlich einer stärkeren Position der EU am internationalen Finanzsektor.

<i>Eine wichtigere Rolle für die EU bei der Regulierung der Finanzdienstleistungen auf internationaler Ebene:</i>	66 Prozent (+8 Pp→EB71.1) aller Österreicher würden der EU gerne größere Kompetenzen bei der Regulierung internationaler Finanzdienstleistungen geben; europaweit sehen das 67 Prozent (+1 Pp→EB71.1) genau so.
<i>Die Überwachung und Kontrolle der Aktivitäten der wichtigsten internationalen Finanzgruppen durch die EU:</i>	64 Prozent (+3 Pp→EB71.1) glauben, dass eine die großen Finanzgruppen der Welt überwachende und kontrollierende Union im Kampf gegen die Wirtschaftskrise effektiv sein könnte; europaweit schließen sich 68 Prozent (+1 Pp→EB71.1) dieser Meinung an.
<i>Eine stärkere Koordination der wirtschaftlichen und finanziellen Politikstrategien zwischen allen Mitgliedstaaten der EU:</i>	Eine engere Zusammenarbeit der jeweiligen Finanzminister und eine Koordinierung ihrer Politikstrategien gegen die Krise würden gerne 68 Prozent (+3 Pp→EB71.1) aller Österreicher sehen. Europaweit erhält dieser Vorschlag sogar eine Zustimmung von 73 Prozent (+2 Pp→EB71.1).
<i>Eine Kontrolle durch die EU, wann immer öffentliches Geld zur Rettung einer Finanzinstitution aufgewendet wird:</i>	In Österreich wurde zum Befragungszeitpunkt die staatliche Unterstützung der Hypo-Adria Bank breit diskutiert. 68 Prozent (+7 Pp→EB71.1) der Österreicher würden sich eine externe Kontrolle durch die EU bei solchen Aufwendungen wünschen, europaweit beträgt der Wert 69 Prozent (+2 Pp→EB71.1).

Auffallend ist, dass im Vergleich zu Anfang des Jahres (EB 71.1) alle abgefragten Vorschläge ein Zustimmungswachstum zu verzeichnen haben.

Zielen diese Aussagen auf eine mögliche *zukünftige* Ausrichtung der EU und ihrer Institutionen für eine effektive Bekämpfung wirtschaftlicher Krisen ab, wurde in der aktuellen Umfrage auch die Frage gestellt, was die EU *jetzt* tun solle, um den Menschen dabei zu helfen, mit den Folgen der Finanzkrise umzugehen.

- ♦ Eine *stärkere Unterstützung der KMUs* (Klein- und Mittelunternehmen), um in diesem Bereich negative Folgen abzufangen und mögliche Arbeitsplätze sicherzustellen, wünschen sich 34 Prozent (-4 Pp) der Österreicher und 37 Prozent (+/-0 Pp) der Europäer.
- ♦ Jeder vierte Österreicher (25%, +7 Pp) und 28 Prozent (+2 Pp) der Europäer setzen in Zeiten der Krise auf größere *Investitionen in Unterricht, Ausbildung und Forschung*.
- ♦ 23 Prozent (+4 Pp) der Österreicher und 17 Prozent (+1 Pp) der Europäer glauben, die EU solle *in Energie- bzw. umweltverwandte Themen investieren*, um der Krise entgegenzutreten.
- ♦ Ebenfalls 23 Prozent (+8 Pp) und 17 Prozent (+4 Pp) europaweit würden sich von der EU wünschen, dass sie die *Gesundheitsvorsorge garantiert*.
- ♦ *Unterstützung für die Ärmsten* in Zeiten der Krise wünschen sich 23 Prozent (-1 Pp) der Österreicher und 22 Prozent (+2 Pp) der Europäer.
- ♦ Nur noch 18 Prozent (-8 Pp) der Österreicher und 14 Prozent (-2 Pp) der Europäer glauben, dass *Investitionen in die Infrastruktur* von Seiten der EU den Menschen dabei helfen würden, die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu überstehen.
- ♦ Trotz hoher Arbeitslosenzahlen erwarten sich nur 18 Prozent (-5 Pp) der Österreicher von der EU *Zuwendungen für Arbeitslose*. Europaweit wünschen sich dies 24 Prozent (-3 Pp).
- ♦ *Unterstützung für Pensionisten* durch die EU fordern 16 Prozent (+2 Pp) aller Österreicher und 13 Prozent (+1 Pp) der Europäer.
- ♦ Am letzten Platz der abgefragten möglichen Aktionen der EU landet mit 9 Prozent (-2 Pp) in Österreich und 12 Prozent (-3 Pp) europaweit die *Unterstützung für große Unternehmen bzw. die Industrie*.

5. Vertrauen in nationale und internationale Institutionen

Die Österreicher vertrauen den regionalen oder öffentlichen Behörden am stärksten (69%), gefolgt von der Justiz (67%). Am wenigsten vertrauen die Österreicher den politischen Parteien (36%) sowie der NATO (46%).

Die Europäer vertrauen ihrem jeweiligen nationalen Heer am meisten (64%), gefolgt von Radio (58%) und UNO (55%). Am wenigsten vertrauen die Europäer ihren politischen Parteien (16%), ihren Regierungen (29%) sowie ihren Parlamenten (30%).

Der EU vertrauen in Österreich 47 Prozent der Menschen, um 3 Pp mehr als noch vor einem halben Jahr. Österreich liegt damit nunmehr im europäischen Durchschnitt (48%).

5.1. Medien

<i>Radio</i>	68 Prozent (+/-0 Pp→EB69.2) der Österreicher vertrauen dem Radio. Es ist somit jenes Medium, dem die Österreich am meisten vertrauen, gefolgt von Fernsehen, der Presse und dem Internet an letzter Stelle. EU-weit vertrauen 58 Prozent (-3 Pp→EB69.2) dem Radio.
<i>Fernsehen</i>	67 Prozent (-1 Pp→EB69.2) der Österreicher vertrauen dem Fernsehen. Österreich liegt damit weit über dem EU-Durchschnitt, der in dieser Frage nur 49 Prozent (-4 Pp→EB69.2) beträgt.
<i>Presse</i>	Der Presse vertrauen 56 Prozent (-4 Pp→EB69.2) der Österreicher. Europaweit vertrauen ihr nur 42 Prozent (-2 Pp→EB69.2).

<i>Internet</i>	<p>Von allen abgefragten Medien vertrauen die Österreicher dem Internet am wenigsten. Während stellenweise weit mehr als die Hälfte aller Österreicher den traditionellen Medien Radio, Fernsehen und Presse vertrauen, sind es nur 40 Prozent (-2 Pp→EB69.2), die dasselbe über das Internet sagen. Wenig überraschend ist, dass vor allem die älteren Befragten dem Internet wenig bis gar nicht vertrauen. Während der Wert unter den 15 bis 24jährigen in Österreich bei 53 Prozent liegt, fällt er in der Kategorie der 25 bis 39jährigen bereits leicht auf 50 Prozent, bei den 40 bis 54jährigen dann auf 42 Prozent und bei den über 55jährigen gar auf nur noch 25 Prozent. Europaweit vertrauen durchschnittlich 35 Prozent aller Europäer dem Internet (+1 Pp→EB69.2).</p>
-----------------	---

5.2. Nationale Institutionen

<i>Regionale oder öffentlich Behörden</i>	<p>Die Österreicher vertrauen jenen Institutionen eher, die ihnen am nächsten sind. Dementsprechend groß fällt das Vertrauen in regionale oder öffentliche Behörden (z.B. Magistratsabteilungen, Gemeindeämter) aus. 69 Prozent (+2 Pp→EB70.1) vertrauen ihren Behörden, im EU-Schnitt tut dies lediglich jeder zweite EU-Bürger (50%, +/-0 Pp→EB70.1).</p>
<i>Justiz/das österreichische Rechtssystem</i>	<p>Traditionell eigentlich jene Institution, die in Österreich am meisten Vertrauen genießt, hat die Justiz bzw. das österreichische Rechtssystem im letzten halben Jahr 6 Pp (67%) verloren. Grund dafür könnten die Berichte rund um Weisungen aus dem Justizministerium und Bestechungen von Staatsanwälten sein. Dennoch ist das Vertrauen der Österreicher in ihr Rechtssystem immer noch hoch. Europaweit beträgt es nur 43 Prozent (-5 Pp).</p>

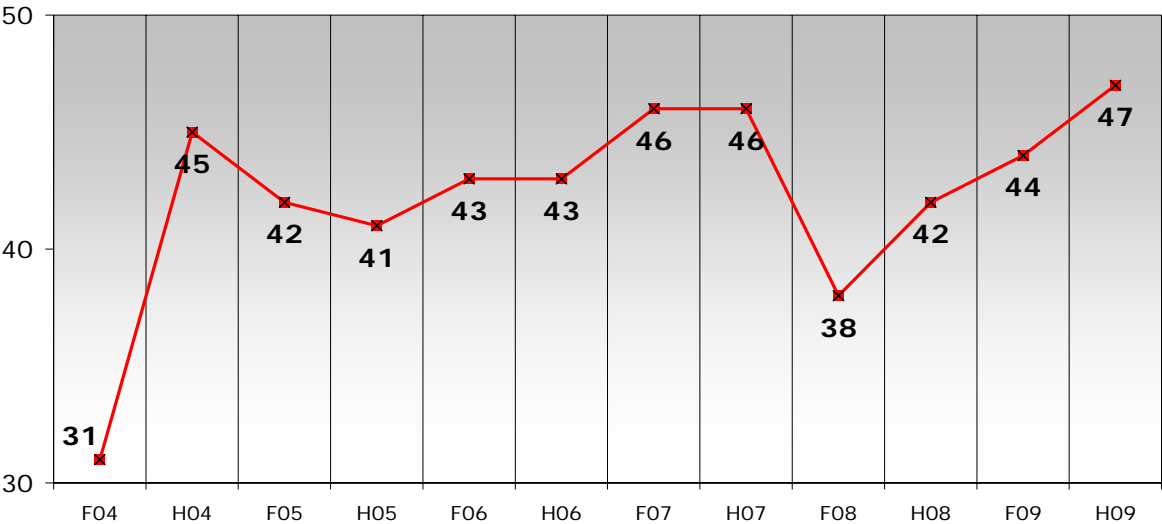
<i>Bundesheer</i>	Dem österreichischen Bundesheer vertrauen 65 Prozent der Befragten in Österreich. Das jeweilige Heer des Landes genießt dabei in ganz Europa das höchste Vertrauen (64%, -6 Pp→EB69.2).
<i>Das Parlament</i>	Dem österreichischen Parlament vertraut etwas mehr als jeder zweite Österreicher (55 Prozent, -3 Pp). Österreich liegt damit europaweit gesehen an vorderster Front, was das Vertrauen der Bürger in ihr jeweiliges nationales Parlament betrifft. An der Spitze steht Dänemark mit 74 Prozent, gefolgt von Schweden (63%) und Luxemburg (59%). Österreich liegt an vierter Stelle. Der Europaschnitt ist weiter im Sinken begriffen und beträgt in dieser Befragungswelle nur noch 30 Prozent (-2 Pp).
<i>Die Regierung</i>	Der österreichischen Bundesregierung vertrauen im Herbst 2009 54 Prozent aller Österreicher. Wieder liegt Österreich damit hinter Luxemburg (68%), Dänemark (57%) und Schweden (55%) an vierter Stelle. Europaweit liegt der Wert erneut niedrig: nur 29 Prozent aller europäischen Bürger vertrauen ihrer eigenen Regierung, wobei der Wert vor allem von den östlichen Ländern so tief gehalten wird. Am wenigsten vertrauen die Letten (9%), Kroaten (12%) und Ungarn (14%) ihren jeweiligen Regierungen.
<i>Politische Parteien</i>	Genießen sowohl das Parlament als auch die Bundesregierung in Österreich relativ hohe Vertrauenswerte, so vertrauen die Österreicher den einzelnen politischen Parteien am wenigsten (von den abgefragten nationalen Institutionen). Während in der letzten Befragung im Frühjahr 2009 noch ein leichter Aufwärtstrend erkennbar wurde, fällt der Wert nun wieder auf 36 Prozent zurück (-4 Pp). Blickt man auf die soziale Selbsteinschätzung der Befragten so fällt auf, dass jene, die sich selbst eher weiter unten auf der sozialen Leiter sehen, den

	politische Parteien weniger vertrauen (27%) als jene, die sich selbst entweder in der Mitte der Gesellschaft (38%) oder gar am oberen Spektrum (41%) einordnen. Doch trotz fallendem Vertrauenswert liegt Österreich damit immer noch weit über dem EU-Schnitt, nach dem nur besorgniserregende 16 Prozent (-3 Pp) aller befragten Europäer den politischen Parteien ihres Landes vertrauen.
--	--

5.3. Internationale Institutionen

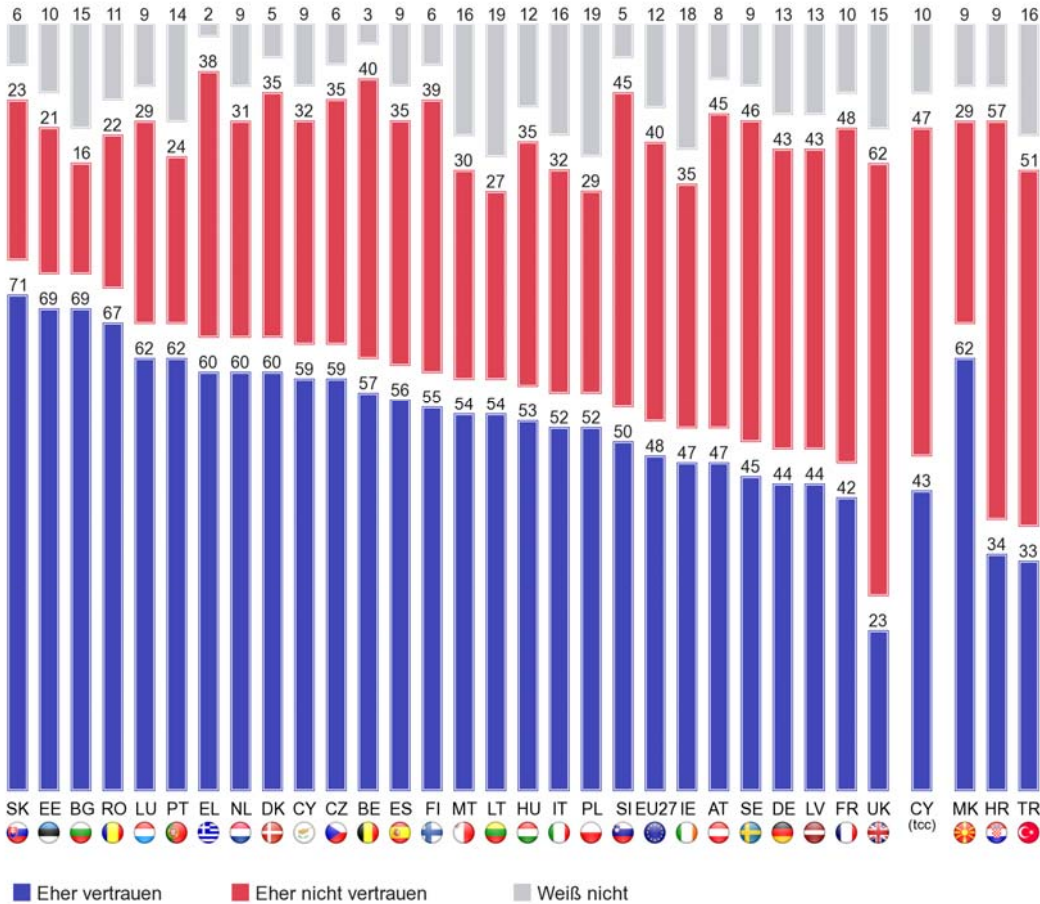
<i>UNO</i>	Von allen abgefragten internationalen Institutionen genießt die UNO in Österreich das höchste Vertrauen (58%, +1 Pp). Europaweit vertrauen 55 Prozent (+2 Pp) aller Europäer der UNO.
<i>NATO</i>	Der Nato vertrauen 46 Prozent aller Österreicher, um 5 Pp mehr als noch vor einem Jahr (EB70.1). Europaweit beträgt der Vertrauenswert 48 Prozent (+5 Pp-->EB70.1)
<i>Die Europäische Union</i>	<p>Das Vertrauen in die EU steigt weiter an. Nachdem sich im ersten Halbjahr 2009 der Vertrauenswert bereits auf 44 Prozent erholen konnte, steigt er nun um weitere 3 Pp auf 47 Prozent. Damit liegt das Vertrauen der Österreicher in die Europäische Union auf einem Höchststand, den es seit zumindest Frühjahr 2004 nicht mehr hatte. Österreich liegt damit auch voll im europäischen Mittelwert.</p> <p>Insgesamt vertrauen 48 Prozent (+1 Pp) aller Europäer der Europäischen Union. Das Vertrauen ist unter den jüngeren Befragten deutlich stärker ausgeprägt als bei den älteren: während in Österreich etwa 52 Prozent der ganz Jungen (15 bis 24jährigen) bzw. 56 Prozent der 25 bis 39jährigen der EU vertrauen, fällt der Wert bei den 40 bis 54jährigen auf 47, bei den über 55jährigen sogar auf 38 Prozent.</p>

Vertrauen in die Europäische Union Zeitverlauf



QA10.10. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -

der Europäischen Union



6. Einstellung zur Europäischen Union

6.1. Entwickeln sich die Dinge in Österreich und der Europäischen Union in die richtige Richtung?

Am Ende des Jahres 2009 glaubt eine relative Mehrheit der Österreicher (42%), dass sich die Dinge in ihrem Land in die richtige Richtung entwickeln, jeder dritte Befragte tut dies nicht (33%). Die Europäer hingegen glauben insgesamt, dass sich die Dinge in ihrem jeweiligen Land eher in die falsche Richtung (47%) entwickeln denn in die richtige (30%).

Geht es um die EU, glauben 41 Prozent der Österreicher, dass sich die Dinge eher in die falsche Richtung entwickeln, 35 Prozent sehen die Dinge in der EU in die richtige Richtung gehen. Europaweit hingegen glauben 40 Prozent an eine richtige Entwicklung der EU, 28 Prozent tun dies nicht.

6.1.1 ...in Österreich?

Österreichs Politik des Jahres 2009 war von mehreren Themen bestimmt. Immer noch eines der beherrschenden Themen war die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkung auf den heimischen Arbeitsmarkt. Die von der Regierung verabschiedeten Konjunkturpakete I und II haben dabei den Wirtschaftseinbruch abfedern können, laut Angaben des Wirtschaftsforschungsinstituts um 2,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Arbeitslosenrate stieg zwar an, konnte aber im europäischen Vergleich niedrig gehalten werden (nur die Niederlande haben eine noch geringere Arbeitslosenquote). Die Verabschiedung der neuen Kindergeldregelung, ein Bankenhilfspaket, das die heimischen Banken teilweise vor der Insolvenz bewahrt hat, die Einführung einer Mindestsicherung sowie die weitestgehende Gleichstellung homosexueller Partnerschaften sind auszugsweise weitere Eckpunkte, die die heimische Politik im Jahr 2009 geprägt haben. Negativ zu vermerken sind nach Ansicht der politischen Kommentatoren u.a. das Fehlen eines Konzepts zur Budgetsanierung nach der Krise, eine ineffiziente Klima- und Umweltschutzpolitik, wonach Österreich als einziges Land von 15 EU-Staaten das Kyoto-Protokoll zur Reduktion von Treibhausgasen nicht erfüllen konnte, sowie die

durch die Besetzung einiger Hörsäle im ganzen Land losgetretene Bildungsdiskussion.

Insgesamt sind die Österreicher weiters zunehmend optimistisch, wenn es um ihr Land geht. 42 Prozent (+2 Pp) glauben, dass die Dinge in Österreich in die richtige Richtung gehen würden, jeder dritte (33%, -1 Pp) hingegen glaubt das nicht. EU-weit ist es umgekehrt: hier glaubt eine relative Mehrheit von 47 Prozent (-3 Pp), dass die Dinge in ihrem jeweiligen Heimatland in die falsche Richtung gehen würden, nur 30 Prozent (+3 Pp) glauben, die Dinge entwickeln sich richtig.

6.1.2 ...in Europa?

Das erste Halbjahr 2009 war europapolitisch mit Sicherheit am stärksten geprägt von der Europawahl. Die Wahl am 7. Juni, bei der die ÖVP trotz Verlusten als wahlstärkste Partei hervorging und die SPÖ um fast 10 Pp abstürzte, rückte die EU in Österreich wieder verstärkt in den Fokus. Der Wahl war in Österreich ein Wahlkampf vorausgegangen, dessen zentrale Themen die Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, ein möglicher Türkei-Beitritt sowie die erhöhte Kriminalitätsrate in Österreich waren. Am Ende gingen 46 Prozent aller Österreicher zur Wahl, um 3,6 Pp mehr als 2004.

Zentrales europapolitisches Thema in Österreich war die Entsendung des nächsten österreichischen EU-Kommissars während des Umfragezeitraums. Die Diskussion über die Nachfolge Benita Ferrero-Waldners endete schließlich mit der Entsendung Johannes Hahns und der Zuteilung des gewichtigen Ressorts für Regionalpolitik.

Weiters sei noch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon erwähnt, der die EU und ihre Mitglieder in den Folgejahren wesentlich prägen wird. Die konkreten Änderungen im Zusammenhang mit dem Vertrag waren Gegenstand ausführlicher Medienberichte.

Die Österreicher sind tendenziell skeptisch, wenn es um den Lauf der Dinge in Europa geht. Eine relative Mehrheit von 41 Prozent (-1 Pp) der Österreicher glaubt, dass sich die Dinge in Europa nicht in die richtige Richtung entwickeln würden, 35 Prozent – und damit immerhin um 5 Pp mehr als noch vor einem halben Jahr – glauben indes, dass Europa sich gut entwickelt. Im EU-Schnitt glauben 40 Prozent

(+6 Pp) der Europäer, dass sich die EU in die richtige, 28 Prozent (-7 Pp), dass sie sich in die falsche Richtung entwickelt.

6.2 Österreichs Mitgliedschaft in der Europäischen Union

6.2.1 Gute Sache vs. schlechte Sache

42 Prozent aller Österreicher sehen die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union als eine gute Sache an, 38 Prozent sind unentschieden und 18 Prozent glauben, die Mitgliedschaft wäre eine schlechte Sache.

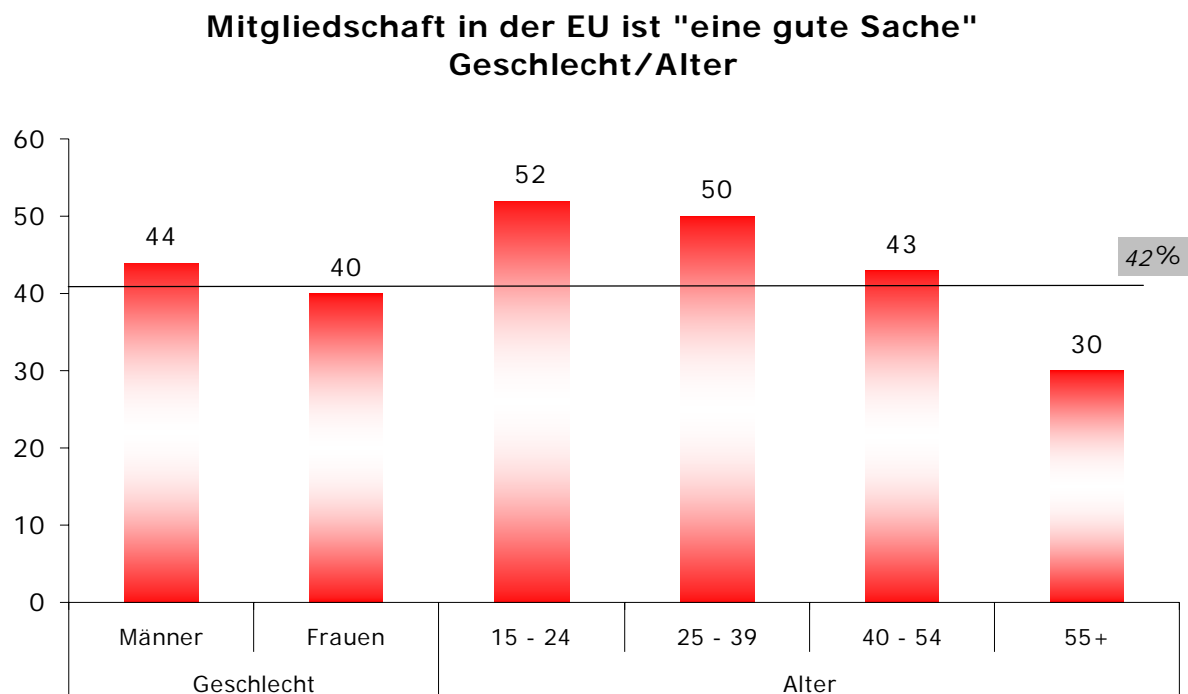
Jüngere Österreicher schätzen die Mitgliedschaft immer noch positiver ein als ältere. Die Mitgliedschaft wird unter den besser Gebildeten und sozial besser Gestellten positiver bewertet.

Europaweit hat sich seit der letzten Befragung nichts geändert. 53 Prozent der Europäer sehen die Mitgliedschaft positiv, 15 Prozent negativ und 28 Prozent sind unentschieden.

Der Aufwärtstrend in der Beurteilung der Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union setzt sich auch in dieser Befragungswelle fort. Waren es im letzten Herbst noch 39 Prozent aller Befragten in Österreich, die die Mitgliedschaft für eine gute Sache hielten, konnte sich der Wert im letzten Frühjahr 2009 auf 41 Prozent verbessern. Die jetzige Befragung zeigt, dass die Zustimmung um ein weiteres Pp auf 42 Prozent gestiegen ist, im Wesentlichen also bleibt der Wert stabil. 18 Prozent (-1 Pp) halten die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache, 38 Prozent (+/- 0 Pp) sind wie bereits im Frühjahr in dieser Frage unentschieden.

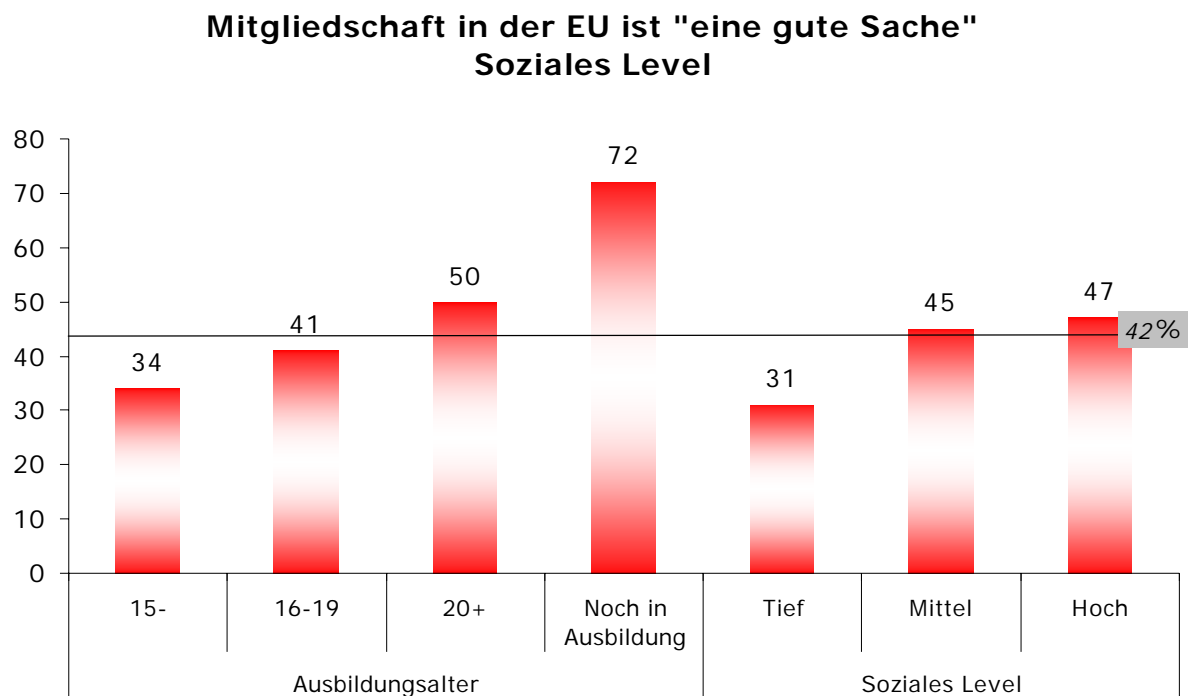
Nach wie vor finden sich unter den jüngeren Österreicher erheblich mehr EU-Sympathisanten als unter den älteren. So liegt die Zustimmung zur Mitgliedschaft unter den 15 bis 24jährigen bei 52 Prozent, unter den 25 bis 39jährigen ist es exakt jeder Zweite, der die Mitgliedschaft für eine gute Sache hält. Der Wert fällt bereits bei den 40 bis 54jährigen auf 43 Prozent und liegt schließlich bei den über 55jährigen nur noch bei 30 Prozent. Ebenfalls bereits in den Vorgängerwellen festgestellt wurde die Diskrepanz in den Zustimmungswerten hinsichtlich des Geschlechts; so fällt der

Wert bei den Männern auch in dieser Befragung positiver aus als bei den Frauen (44% „gute Sache“ bei den Männern, 40% bei den Frauen).



Seit der letzten Eurobarometer-Welle 71 gibt es auch die Frage nach der Selbsteinschätzung des/der Befragten auf einer zehnstufigen Skala hinsichtlich der gesellschaftlichen Stellung. Der Trend, wonach jene Befragten, die sich selbst eher am unteren Spektrum der sozialen Leiter ansiedeln würden, die Mitgliedschaft Österreichs in der EU schlechter als jene bewerten, die sich in der Mitte bzw. am oberen Spektrum einstufen, hält in der aktuellen Befragungswelle an. Lediglich 31 Prozent derjenigen, die sich selbst weiter unten einordnen, finden die Mitgliedschaft gut, während 45 Prozent der mittleren Schicht bzw. 47 Prozent der oberen Schicht dies tun. Diese linear aufsteigende Bewegung je nach gesellschaftlicher Position lässt sich auch anhand Bildung und Beruf des/der Befragten überprüfen. In der Gruppe jener Österreicher, die mit 15 Jahren oder jünger ihre Ausbildung beendet haben, finden sich nur 34 Prozent, die die Mitgliedschaft positiv beurteilen, während der Wert bei jenen, die 20 Jahre oder älter waren bereits auf 50 Prozent, bei den Noch-Studenten sogar auf 72 Prozent ansteigt. Wenn es um den Beruf des Befragten geht, so beurteilen Arbeiter (41%) und Angestellte (43%) die Mitgliedschaft oft weniger gut als Manager (46%) und vor allem Selbstständige (55%). Am

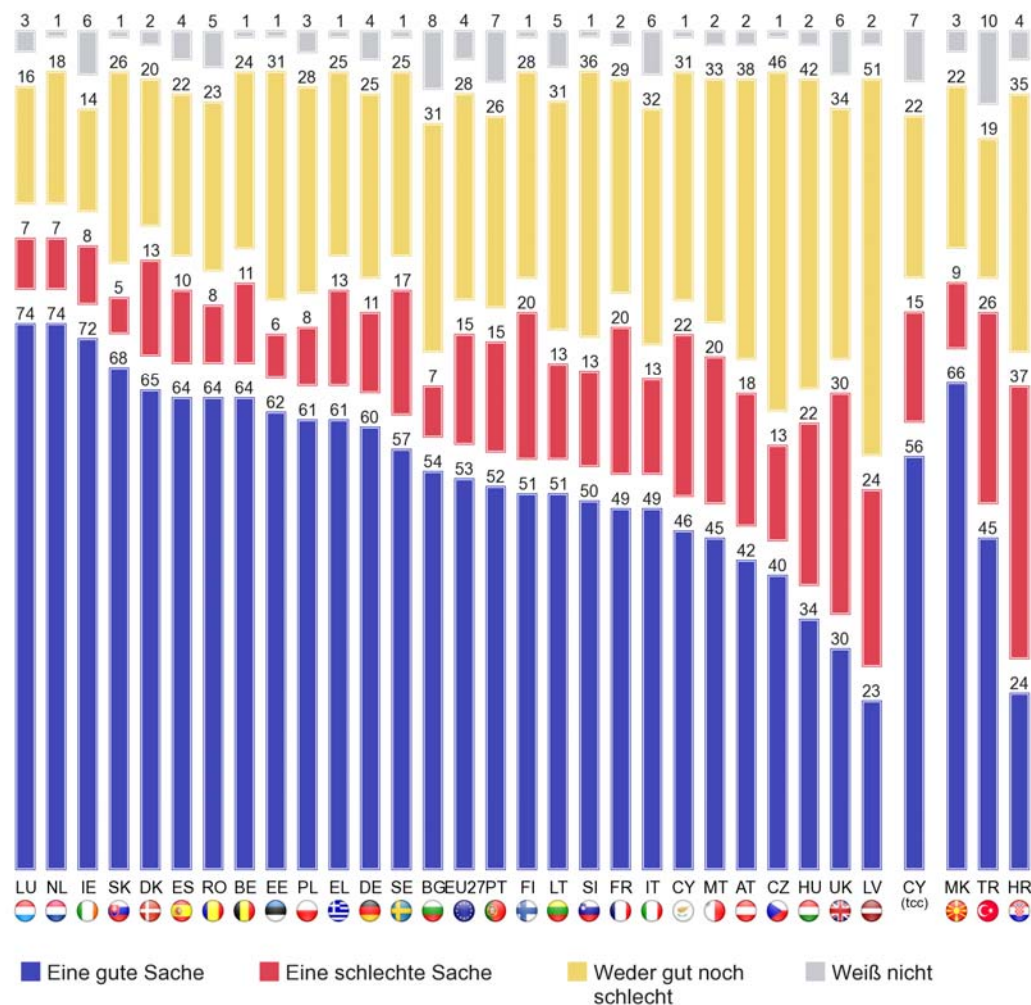
negativsten beurteilen allerdings die Arbeitslosen (30%) und Pensionisten (30%) die Mitgliedschaft.



Europaweit hat sich in dieser Standard-Frage nichts verändert. Nach wie vor ist für 53 Prozent (+/-0 Pp) aller Europäer die Mitgliedschaft ihres jeweiligen Landes in der Europäischen Union eine gute Sache, für eine Minderheit von 15 Prozent (+/-0 Pp) eine schlechte Sache und 28 Prozent (+/-0 Pp) geben an, die Mitgliedschaft sei weder eine besonders gute noch eine besonders schlechte Sache. Auch wenn man sich die Länderreihung ansieht, hat sich seit der letzten Befragung wenig getan. Am positivsten sehen die Luxemburger und Niederländer (jeweils 74%) die Mitgliedschaft in der Union. An dritte Stelle liegen die Iren, die Anfang Oktober dieses Jahres in einem zweiten Referendum mit klarer Mehrheit „Ja“ zum so genannten Lissabon-Vertrag sagten. Den Widerspruch, wonach die Iren in den Eurobarometer-Umfragen sich zwar tendenziell EU-freundlich präsentieren, im realpolitischen Alltag jedoch eher EU-skeptisch agieren, führten die Autoren des letzten irischen Eurobarometer 70 Länderberichts auf das geringe Wissen der Iren über die Inhalte des Lissabon-Vertrags sowie die generelle Unzufriedenheit mit den *nationalen* politischen und wirtschaftlichen Zuständen zurück („a combination of factors: attitudes to European integration; knowledge (or lack thereof) of the EU and of the contents of the Lisbon

Treaty; [...] and domestic political factors such as government satisfaction and one's own personal economic situation...“) und somit nicht auf eine generelle EU-Feindlichkeit der Iren, die ja auch in dieser Befragungswelle deutlich widerlegt wird. Am wenigsten positiv sehen die Mitgliedschaft in der EU die Letten (23%), gefolgt von den Briten (30%) und Ungarn (34%). Österreich liegt international gesehen auf dem 23. Platz.

QA7. Ist die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach -



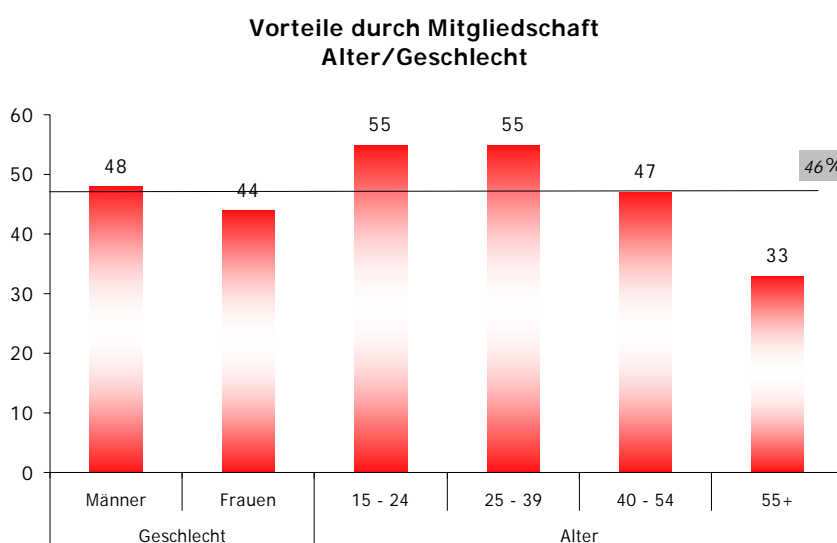
6.2.2 Vorteile der Mitgliedschaft oder nicht der Fall?

46 Prozent der Österreicher glauben, die Mitgliedschaft in der EU habe ihrem Land durchaus Vorteile verschafft, 44 Prozent glauben das nicht. Österreich liegt in dieser Frage europaweit eher im hinteren Feld.

55 Prozent der 15 bis 39jährigen glauben, die Mitgliedschaft sei vorteilhaft, 55 Prozent der über 55jährigen glauben hingegen, sie bringe eher Nachteile.

Im EU-Schnitt glauben 57 Prozent der Europäer, die Mitgliedschaft ihres Landes habe mehr Vor- als Nachteile, für 31 Prozent ist dies nicht der Fall.

46 Prozent (-1 Pp) der Österreicher finden, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert hat, 44 Prozent (+1 Pp) jedoch glauben, dass Österreich keine Vorteile dadurch gewonnen hat. 10 Prozent (+/- 0 Pp) machten zu dieser Frage keine Angabe. Die Werte sind ähnlich den Zustimmungswerten zur Mitgliedschaft seit der letzten Befragung erstaunlich stabil geblieben, Österreich befindet sich in dieser Frage im europäischen Vergleich aber nach wie vor im hinteren Feld. Betrachtet man die Soziodemografie so fällt einmal mehr auf, dass die Jüngeren eher Vorteile in der Mitgliedschaft erkennen können als die Älteren: 55 Prozent der 15 bis 39jährigen sehen eher *Vorteile*, nur noch 47 Prozent der 40 bis 54jährigen und schlussendlich nur noch jeder dritte Befragte, der älter als 55 Jahre ist. Umgekehrt befinden 55 Prozent der über 55jährigen, dass sie eher *Nachteile* in



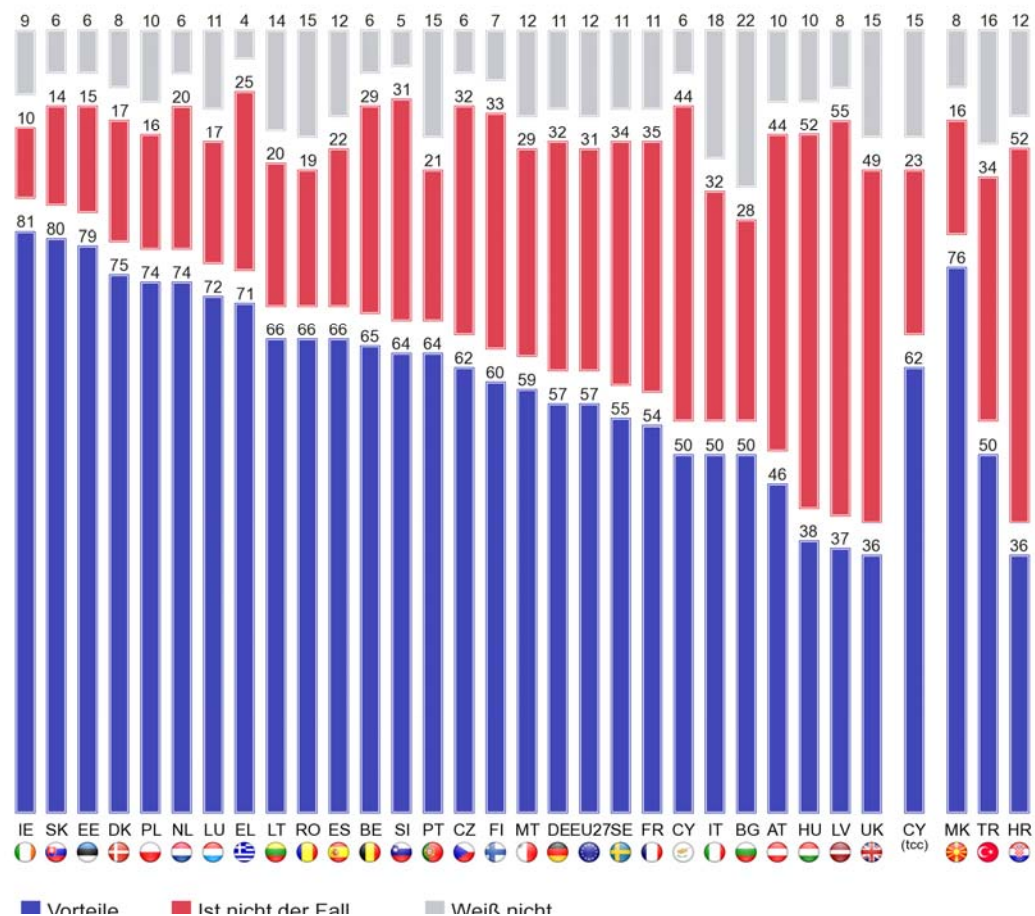
der europäischen Mitgliedschaft

erkennen wollen. Hinsichtlich des Geschlechts ergibt sich ebenfalls ein Abstand von 4 Pp zwischen Männern (48%) und Frauen (44%).

Betrachtet man die Berufe der Befragten so fällt auf, dass die Werte hier ausgeglichener sind als noch in der vorigen Frage nach der Mitgliedschaft. Immerhin 45 Prozent der Arbeiter und 50 Prozent der Angestellten geben an, in der österreichischen Mitgliedschaft in der EU Vorteile zu entdecken, bei den Managern steht der Wert bei 49 Prozent. Am höchsten ist der Wert in der Gruppe der Selbstständigen sowie der Studenten: hier scheint man sich der Vorteile, die eine Mitgliedschaft in der EU mit sich bringt, beispielsweise die Reise- und

Niederlassungsfreiheit sowie ein europäischer Binnenmarkt – am ehesten bewusst. Keine Vorteile jedoch können die Arbeitslosen und Pensionisten erkennen, 60 Prozent der Arbeitslosen sowie 55 Prozent der Pensionisten geben dies an. Europaweit glauben 57 Prozent (+1 Pp) aller Befragten, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der EU profitieren würde, 31 Prozent (+/-0 Pp) verneinen dies. Damit erweisen sich auch die europaweiten Ergebnisse in dieser Frage erstaunlich stabil. Im Ländervergleich sind es die Iren (81%), Slowaken (80%), Esten (79%) und Dänen (75%), die in dieser Befragungswelle am ehesten angeben, ihr Land habe durch die Mitgliedschaft in der EU profitieren können. Die Befragten in England (36%), Lettland (37%) und Ungarn (38%) glauben am wenigsten, dass ihr Land Vorteile aus der Mitgliedschaft ziehen hat können. Österreich liegt insgesamt gesehen am 24. Platz.

QA8. Hat Ihrer Meinung nach [UNSER LAND] insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall?

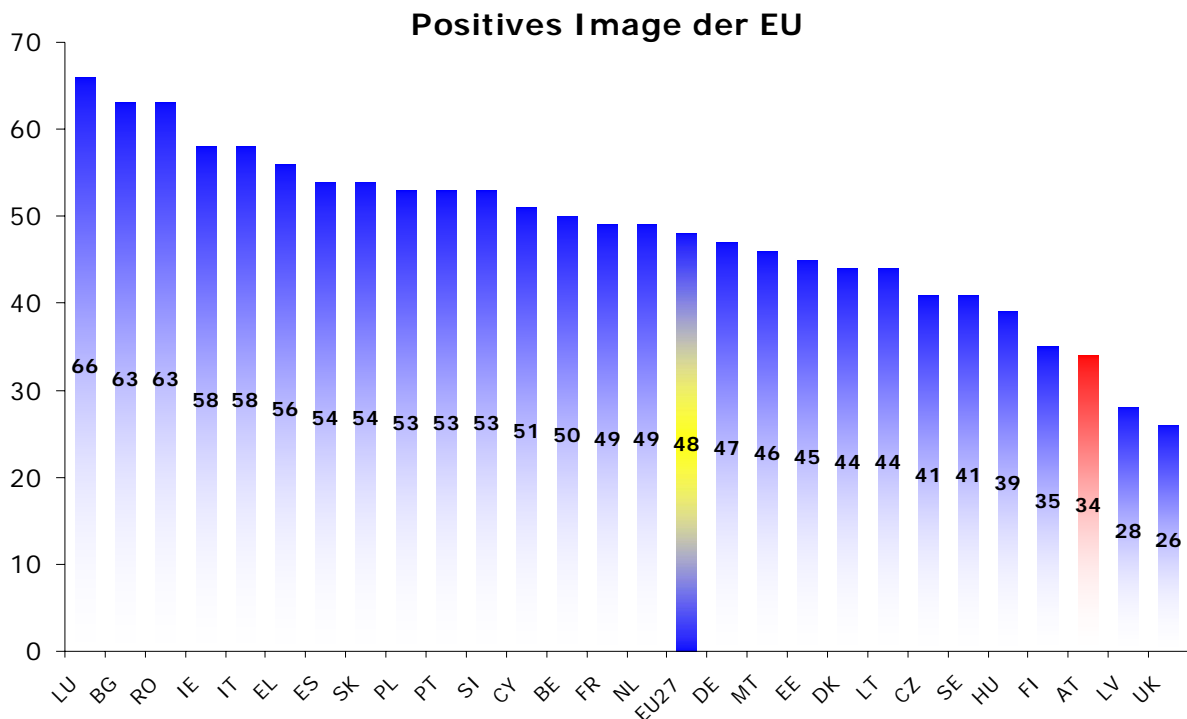


6.3 Image der EU

Wie bereits in der letzten Befragungswelle ist das Image der EU in Österreich für 34 Prozent der Österreicher positiv, für 27 Prozent negativ. EU-weit ist das Image für fast jeden zweiten Europäer ein gutes, für 15 Prozent ein schlechtes.

Insgesamt bleiben die Werte im Vergleich zu vor einem halben Jahr stabil. Für 34 Prozent (+/-0 Pp) ist das Image der EU positiv, für 27 Prozent (-1 Pp) negativ. Für die relative Mehrheit der Befragten – 38 Prozent (+1 Pp) – gestaltet sich das Image neutral. Das Image der EU in Österreich ist damit tendenziell kein sehr gutes. Es sei jedoch auf die spezifische Fragestellung hingewiesen, die zugleich nach dem Image, das der Befragte selbst von der EU hat und gleichzeitig nach dem Image, von dem der Befragte glaubt, dass es in Österreich herrsche, fragt. Nur vor dem Hintergrund der Fragestellung werden diese Ergebnisse richtig interpretierbar.

Europaweit hat die EU ein weitaus positiveres Image. Für fast jeden zweiten Europäer (48%, +3 Pp) gestaltet sich das Bild positiv, für nur 15 Prozent (-1 Pp) ist es negativ. Für 35 Prozent (-1 Pp) ist es neutral. Am positivsten ist das Image der EU in Luxemburg (66%) und Bulgarien (63) bzw. Rumänien (63%), am negativsten in England (26%), Lettland (28%) und am drittschlechtesten in Österreich (34%).



6.4 Persönliche Bedeutung der EU

Nach wie vor sind der Euro und die Freiheit, überall in der EU reisen, studieren und arbeiten zu dürfen die zwei Haupt-Assoziationen der Österreicher und Europäer.

Positive Assoziationen:

<i>Euro</i>	Wie bereits in den vorangegangenen Wellen assoziieren die Österreicher hauptsächlich den Euro als gemeinsame Währung mit der Europäischen Union. In dieser Welle steigt der Wert sogar um 10 Pp auf 65 Prozent. Europaweit nannten nur 37 Prozent (+4 Pp) den Euro als Assoziation.
<i>Die Freiheit, überall in der EU zu reisen, zu studieren und zu arbeiten</i>	Für mehr als jeden zweiten Österreicher (55%,+9 Pp) bedeutet die EU die Freiheit, ungehindert innerhalb der Union zu reisen und zu arbeiten und zu leben. Europaweit sehen das 46 Prozent (+4 Pp) genauso.
<i>Frieden</i>	Die EU als Friedensprojekt weckt bei jedem dritten Österreicher (32%, +2 Pp) positive Gefühle. Europaweit assoziieren 28 Prozent (+3 Pp) „Frieden“ mit der Europäischen Union.
<i>Stärkere Mitsprache in der Welt</i>	31 Prozent (+6 Pp) der Befragten assoziieren eine stärkere Mitsprache am internationalen Parkett mit der EU. Europaweit liegt der Wert bei 25 Prozent (+2 Pp).
<i>Kulturelle Vielfalt</i>	Durch den Zusammenschluss von 27 Ländern ergibt sich in ganz Europa eine kulturelle Vielfalt. Diese assoziieren 29 Prozent (+6 Pp) der Österreicher und 22 Prozent (+3 Pp) der Europäer mit der EU.
<i>Demokratie</i>	27 Prozent der Österreicher (+/-0 Pp) und 26 Prozent (+4 Pp) der Europäer assoziieren Demokratie mit der Europäischen Union.
<i>Wirtschaftlicher Wohlstand</i>	Am letzten Platz und somit am wenigsten häufig genannt wurde der wirtschaftliche Wohlstand. Nur 18 Prozent der Österreicher (+3 Pp) und der Europäer (+2 Pp) bringen die

	wirtschaftliche Prosperität mit der EU in Verbindung.
--	---

Negative Assoziationen:

<i>Mehr Kriminalität</i>	Jeder zweite Österreicher verbindet eine höhere Kriminalitätsrate mit der Europäischen Union. Dieser hohe Wert (Europaschnitt: 16%, +5 Pp) dürfte auf die in Österreich vergleichsweise stark geführte Diskussion um Diebstähle und Einbrüche durch organisierte Banden aus dem Osten zurückzuführen sein. Dies zeigen auch die Werte nach Regionen. Während nur 37 Prozent der Westösterreicher „Kriminalität“ mit der EU in Verbindung bringen, sind es in Ostösterreich 58 Prozent.
<i>Bürokratie</i>	Das Klischee von der bürokratischen EU in Brüssel zitieren 44 Prozent (+7 Pp) der Österreicher und 20 Prozent (+1 Pp) der Europäer.
<i>Geldverschwendung</i>	43 Prozent (+4 Pp) der Österreicher assoziieren Geldverschwendung mit der Europäischen Union. Europaweit sieht das nur jeder Fünfte so (21%, +1 Pp).
<i>Nicht genug Kontrollen an den Außengrenzung</i>	In Verbindung mit der Top-Negativ-Assoziation der Österreicher assoziieren 41 Prozent (+7 Pp) der Österreicher eine zu lockere Grenzkontrolle mit der Europäischen Union. Auch hier bestätigt sich das Bild, wonach vor allem die Ostösterreicher (50% im Vergleich zu 32% im Westen Österreichs) Angst vor einer zu wenig restriktiven Grenzkontrolle haben. Europaweit sehen das nur 14 Prozent so.
<i>Arbeitslosigkeit</i>	Gerade in der Wirtschaftskrise setzen die Österreicher Vertrauen in die EU, auch was die Schaffung neuer Arbeitsplätze angeht. Dennoch verbindet immer noch mehr als jeder dritte Österreicher (35%, +4 Pp) Arbeitslosigkeit mit der EU, europaweit liegt der Wert bei 14 Prozent (+1 Pp).
<i>Den Verlust unserer</i>	Während 29 Prozent der Österreicher die kulturelle Vielfalt

<i>kulturellen Identität</i>	mit der EU assoziieren, beklagen oder befürchten 23 Prozent (+5 PP) einen angeblichen Verlust unserer kultureller Identität. Europaweit sehen das nur 14 Prozent (+2 Pp) auch so.
------------------------------	---

6.5 Bekanntheits- und Vertrauensgrad der Institutionen der EU

Die Institutionen der Europäischen Union sind in Österreich traditionell überdurchschnittlich bekannt. Grundsätzlich lässt sich zusammenfassen, dass die Österreicher sowohl das Europaparlament (92%, EU: 89%), die Europäische Zentralbank EZB (88%, EU: 76%), die Europäische Kommission (87%, EU: 79%) als auch den Rat der Europäischen Union (74%, EU: 66%) gut kennen.

Auch das Vertrauen in die diversen Institutionen ist leicht angestiegen und liegt nun (fast) überall über dem Europaschnitt. Am meisten vertrauen die Österreicher der EZB (59%, EU: 44%), gefolgt vom Europaparlament (54%, EU: 50%), der Europäischen Kommission (46%, EU: 46%) sowie an letzter Stelle dem Rat der Europäischen Union (42%, EU: 41%).

6.5.1 Das Europaparlament

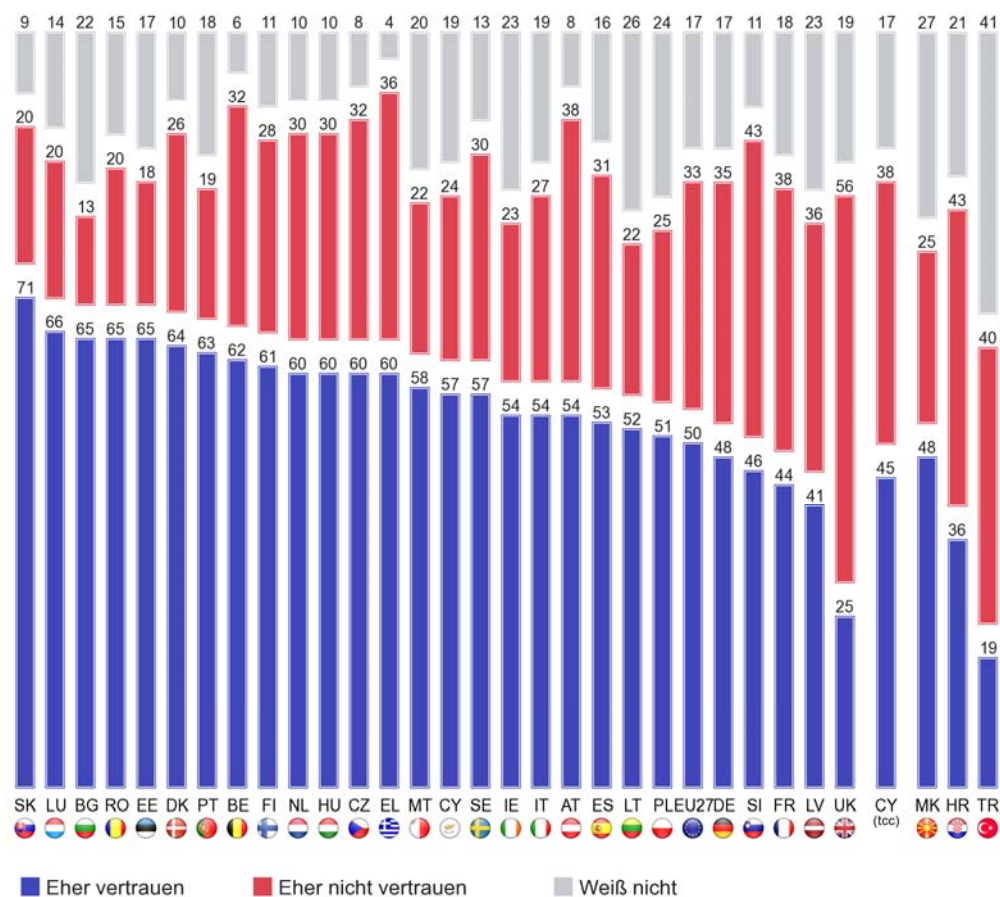
92 Prozent der Österreicher kennen das Europaparlament oder haben zumindest bereits einmal davon gehört. Die Bekanntheit konnte damit seit der letzten Befragung um 3 Pp zulegen. Dies dürfte nicht zuletzt auf die erst kürzlich stattgefunden habenden Europawahlen und der damit großen Medienaufmerksamkeit zurückzuführen sein. Europaweit beträgt die Bekanntheit wie zuletzt auch schon 89 Prozent (+/-0 Pp).

Stärker ist auch das Vertrauen der Österreicher ins Europaparlament aus. Mittlerweile sind es mehr als jeder zweite Österreicher, der dem Europaparlament in seiner Arbeit Vertrauen schenkt (54%, +4 Pp). Europaweit beträgt der Vertrauenswert exakt 50 Prozent (+2 Pp). Wie bereits vor einem halben Jahr vertrauen erneut die Slowaken dem Europaparlament am stärksten (71%), gefolgt von den Luxemburgern (66%) und den osteuropäischen Ländern Bulgarien, Estland und Rumänien (jeweils 65%).

Am stärksten vertrauen in Österreich die Jüngeren dem Europaparlament. Jeweils 62 Prozent der 15 bis 24jährigen geben an, dem europäischen Parlament zu vertrauen, während dies nur noch 51 Prozent der 40 bis 54jährigen und 46 Prozent der über 55jährigen behaupten.

QA14.1. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

Dem Europäischen Parlament



6.5.2 Die Europäische Kommission

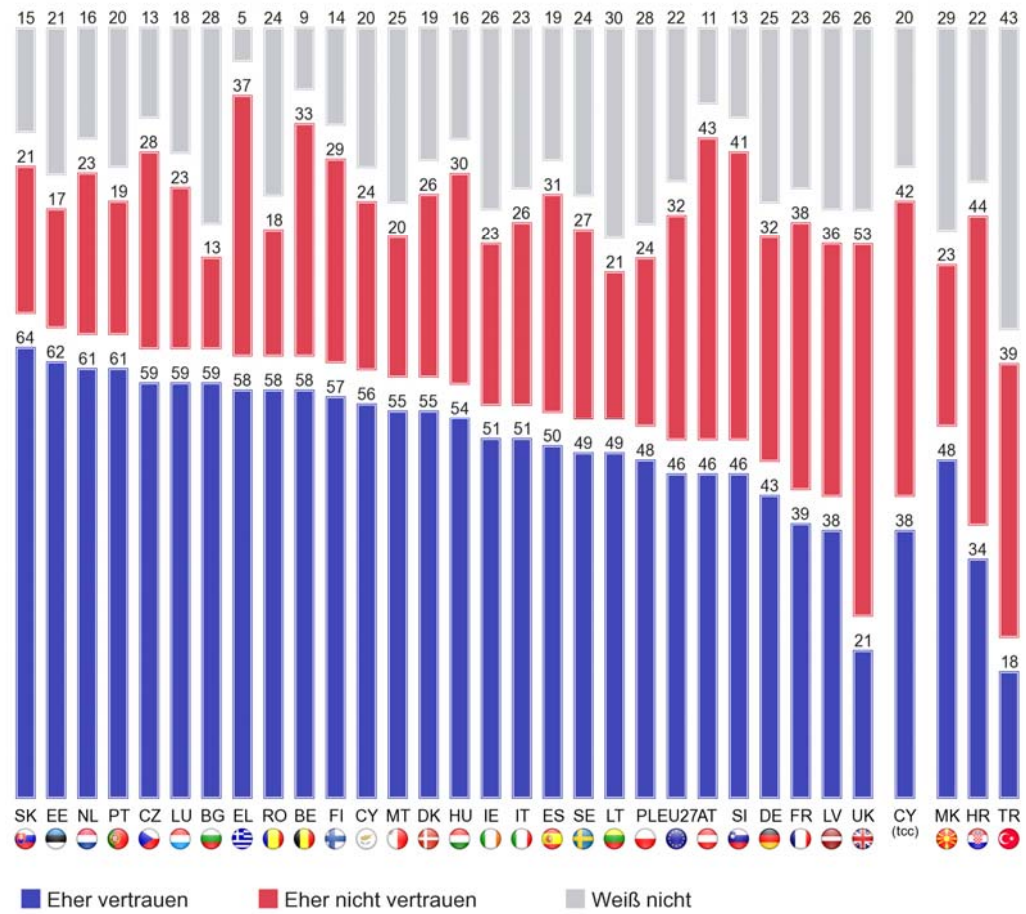
Die Europäische Kommission erreicht in Österreich einen Bekanntheitswert von 87 Prozent, ist den Österreichern also ebenfalls mehrheitlich ein Begriff. Die Bekanntheit konnte sich dabei im Vergleich zum Frühjahr noch um weitere 4 Pp steigern. Österreich liegt damit weit über dem EU-Durchschnitt, nach dem insgesamt 79 Prozent (+1 Pp) der Befragten angeben, die Europäische Kommission zu kennen.

Das Vertrauen in die Europäische Kommission konnte sich in Österreich um 3 Pp auf 46 Prozent verbessern. Österreich liegt damit voll und ganz im europäischen Durchschnitt (46%, +2 Pp). Damit zeigt sich aber auch, dass die Diskussion um die

Entsendung des österreichischen Kommissars, die in den letzten Monaten teilweise im nationalen Koalitionsgeplänkel zu versinken drohte, keineswegs die Institution beschädigte, im Gegenteil: Bekanntheit und Vertrauen in die Kommission konnten sogar zunehmen. Wenig überraschend fallen einmal mehr die Ergebnisse in Hinblick auf die Soziodemografie aus: erneut sind es die Jungen, die der Europäischen Kommission mehr vertrauen als die älteren, wobei die ganz Jungen (15 bis 24jährigen) hier hinter den 25 bis 39jährigen zurückliegen (50% vs. 55%). Von den 40 bis 54jährigen vertrauen dann nur mehr 46 Prozent, von den über 55jährigen nur mehr 37 Prozent der Europäischen Kommission. Ebenfalls lohnenswert ist ein Blick auf die soziale Selbstpositionierung der Befragten. Während nur 27 Prozent derjenigen, die sich selbst eher dem unteren Spektrum der Gesellschaft zuordnen würden, angeben, der Europäischen Kommission zu vertrauen bzw. ihr eine Mehrheit von 57 Prozent misstraut, sind es immerhin bereits 49 Prozent der mittleren und 54 Prozent der oberen Schicht, die der Kommission ihr Vertrauen schenken.

QA14.2. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

Der Europäischen Kommission



6.5.3 Der Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Kommission erreicht im Vergleich den niedrigsten Bekanntheitswert. „Nur“ 74 Prozent der Österreicher geben an, den Rat der Europäischen Union zu kennen oder zumindest bereits einmal etwas von ihm gehört oder gelesen zu haben. Dabei soll jedoch nicht übersehen werden, dass sich der Wert seit der EB 70-Befragung vor einem Jahr um 7 Pp steigern konnte. Österreich liegt damit auch weit über dem EU-Schnitt, der in dieser Frage 66 Prozent (+2 Pp→EB70.1) beträgt.

Grundsätzlich gilt: je geringer die Bekanntheit einer Institution, desto geringer fällt auch der Vertrauenswert aus. Dies lässt sich auch hier beobachten. Nur 42 Prozent der Österreicher geben an, dem Rat der Europäischen Kommission zu vertrauen (+3 Pp), europaweit beträgt der Vertrauenswert um ein Pp weniger (41 Pp).

6.5.4 Die Europäische Zentralbank

Der Europäischen Zentralbank kommt gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen eine große Bedeutung zu. Wie bereits oben gezeigt, verbinden die Österreicher mehrheitlich den Euro, also die gemeinsame europäische Währung, mit der Europäischen Union. In diesem Sinn ist der – auch im gesamteuropäischen Vergleich – hohe Bekanntheitswert der EZB in Österreich wenig überraschend. 88 Prozent (+2 Pp) aller befragten Österreicher geben an, die Europäische Zentralbank zu kennen. Europaweit beträgt der Bekanntheitswert 76 Prozent (+1 Pp).

Bereits im letzten Eurobarometer-Länderbericht konnte festgestellt werden, dass die EZB offenbar gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Krise ein stabil hohes Vertrauen bei den Österreichern genießt. 59 Prozent (+1 Pp) aller Befragten geben an, der Europäischen Zentralbank zu vertrauen. Österreich liegt damit weit über dem EU-Schnitt von 44 Prozent (+/-0 Pp).

6.6 Demokratie und Mitsprache in Europa

6.6.1 Demokratie in Österreich und den Mitgliedsstaaten

76 Prozent der Österreicher sind zufrieden mit dem Zustand der Demokratie in ihrem Land, EU-weit sind es lediglich 53 Prozent.

Am zufriedensten sind die Dänen (91%) und Luxemburger (90%) mit ihrer Demokratie, am unzufriedensten die Litauer und Rumänen (jeweils 79%).

Demokratie und der korrekte Ablauf demokratischer Prozesse werden in Österreich und Europa nicht nur von den Medien sondern auch von den Bürgern und Bürgerinnen genau beobachtet und bewertet. Dabei zeigt sich, dass in Österreich eine Mehrheit grundsätzlich zufrieden ist mit dem Zustand der Demokratie in Österreich. Auf die Frage, ob sie mit der Art und Weise, wie Demokratie in Österreich funktioniert, zufrieden oder unzufrieden seien, antworteten 76 Prozent (-4 Pp→EB68.1) zustimmend, 23 Prozent (+4 Pp→EB68.1) hingegen meinten, sie sehen durchaus Verbesserungsbedarf am Zustand der österreichischen Demokratie. Dabei zeigt sich, dass vor allem jene, die sich selbst weiter unten auf der sozialen Leiter positionieren würden, unzufrieden mit der Demokratie in Österreich sind (64%), und jene, die sich selbst eher in der Mitte (77%) oder weiter oben (82%) sehen, auch eher zufrieden sind.

Österreich liegt mit seinem Zufriedenheitswert von 76 Prozent weit über dem europäischen Durchschnitt. Demnach zeigten sich lediglich etwas mehr als die Hälfte aller europäischer Bürger (53%, -5 Pp→EB68.1) zufrieden mit dem Zustand der Demokratie in ihrem jeweiligen Heimatland, 45 Prozent (+6 Pp→EB68.1) jedoch – und das ist durchaus besorgniserregend – sind nicht zufrieden. Wenn man sich die einzelnen Länderergebnisse ansieht wird schnell ersichtlich, dass vor allem die Bürger und Bürgerinnen aus dem ehemaligen Ostblock hier Defizite sehen. Während die Zufriedenheitsrate in Dänemark (91%) und Luxemburg (90%) ihren Höchstwert erreicht, sinkt sie in Ländern wie Rumänien und Bulgarien rapide ab. Dafür steigen die Werte derer, die sich entweder sehr oder eher unzufrieden zeigen. In Litauen und Rumänien sind es 79 Prozent aller Befragten, die nicht zufrieden mit der Art und

Weise, wie in ihrem jeweiligen Land Demokratie ausgeübt wird, sind. In Bulgarien sind es 77 Prozent, in Lettland und Ungarn 76 Prozent.

6.6.2 Demokratie in der Europäischen Union

51 Prozent der Österreicher sind mit dem Zustand der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden, 43 Prozent sind es nicht. Im EU-Schnitt sind 54 Prozent der Europäer zufrieden, 32 Prozent nicht.

Die Entscheidungsfindungen innerhalb der Europäischen Union werden von den Österreichern und den österreichischen Medien tendenziell eher kritisch betrachtet. Häufig wird der Vorwurf von Lobbyismus und undurchsichtigen politischen Beschlüssen laut, und von Boulevardmedien wird beständig das Bild einer unter dem Einfluss großer Konzerne stehenden EU gezeichnet. Der angebliche Einfluss, den private Berater auf EU-Angestellte und Europaabgeordnete ausüben sollen, steht somit im direkten Kontrast zu einem positiven Demokratiebild. In diesem Sinn überrascht es nicht, dass die Österreicher weniger zufrieden sind mit der Art und Weise, wie Demokratie in der Europäischen Union funktioniert. Lediglich 51 Prozent (+4 Pp→EB68.1) geben an, zufrieden zu sein, 43 Prozent (-3 Pp→EB68.1) hingegen sind unzufrieden. Dabei zeigt sich, dass jene Befragten, die ein objektiv gutes oder zumindest durchschnittliches Wissen über die EU besitzen, auch eher mit der Demokratie zufrieden sind als jene, die nichts oder nicht viel über die Union wissen. So zeigen sich von jenen, die ein schlechtes Wissen über die EU verfügen, nur 29 Prozent zufrieden, 66 Prozent hingegen unzufrieden. Von denen, die über auch gutes Wissen verfügen, sind es hingegen 55 Prozent, die zufrieden sind. Auch mit dem Ausbildungsalter hängt der jeweilige Zufriedenheitswert stark zusammen. Jene, die mit 15 Jahren oder jünger ihre Ausbildung beendet haben, finden nur zu 44 Prozent, dass die Demokratie in der EU gut funktioniert, von jenen hingegen, die 20 Jahre oder älter waren, sind es 53 Prozent, von den Studenten sogar 66 Prozent. Somit lässt sich schlussfolgern: je gebildeter die Befragten sind und je mehr Wissen über die Vorgänge und Funktionsweise der Europäischen Union besteht, desto zufriedener sind sie auch mit der Art und Weise, wie demokratische Prozesse in der EU ablaufen. Damit ergibt sich automatisch die Aufgabe für die EU-Institutionen, in diesem Bereich noch stärker zu informieren und beispielsweise die 2005 in Kraft getretene Transparenzinitiative der EU in der Bevölkerung bekannter zu machen.

Europaweit liegt der Zufriedenheitswert mit der Demokratie in der EU bei 54 Prozent (+2 Pp→EB68.1), 32 Prozent (+/- 0 Pp) sind nach wie vor unzufrieden. Am zufriedensten zeigen sich die Luxemburger (75%), Dänen (67%) und Zyprioten (62%). Erstaunlich ist, dass jene Länder, die sich in der vorherigen Frage nach dem Zustand der Demokratie im eigenen Land eher kritisch und unzufrieden zeigten, in dieser Frage ein eher positives Bild haben. Länder wie Rumänien (58%), Bulgarien (54%) und Ungarn (52%) sind mehrheitlich zufrieden, wie Demokratie innerhalb der Europäischen Union funktioniert und setzen sie somit in direkten Kontrast zum Zustand der Demokratie im eigenen Land. Am unzufriedensten mit der Demokratie in der EU sind die Finnen. Von ihnen sagt fast jeder Zweite (49%), dass die europäische Demokratie nicht fehlerfrei funktioniere. Hinter Finnland am zweiten Platz liegt Österreich mit einer Unzufriedenheitsrate von 43 Prozent. An dritte Stelle und somit am dritt-unzufriedensten sind die Slowenen (42%).

6.6.3 Berücksichtigung der Interessen Österreichs und der Mitgliedstaaten

Jeder dritte Österreicher (35%) gibt an, die EU berücksichtige die Interessen Österreichs gut, eine Mehrheit von 58 Prozent kann der Aussage nicht zustimmen.

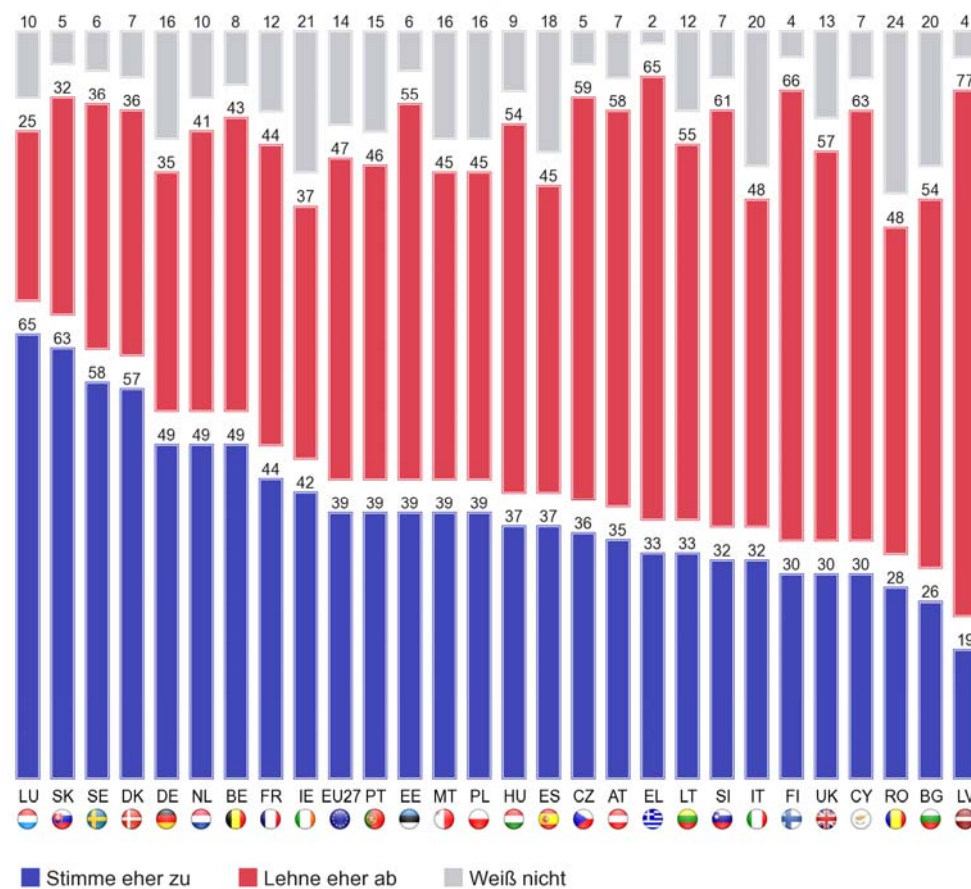
Im EU-Schnitt glauben 44 Prozent, dass die Interessen ihres Landes gut berücksichtigt werden, eine relative Mehrheit von 47 Prozent tut dies nicht.

Neben dem relativ hohen Nicht-Wissen über entscheidende demokratische Vorgangsweisen innerhalb der Europäischen Union könnte die in Österreich immer noch vorherrschende und von führenden Boulevardmedien oftmals forcierte Meinung, Österreichs Interessen werden in der EU nicht berücksichtigt, ein weiterer Grund für die tendenzielle EU-kritische Haltung der Österreicher sein. Nur 35 Prozent (+3 Pp) der Österreicher glauben, die EU berücksichtige die Interessen Österreichs gut, eine Mehrheit von 58 Prozent (-1 Pp) hingegen stimmt der Aussage nicht zu. Europaweit glauben 44 Prozent (+5 Pp) aller Befragten, dass die Interessen ihres jeweiligen Landes gut berücksichtigt werden, eine relative Mehrheit von 47 Prozent (-6 Pp) tut dies nicht. Im Schnitt sehen die Luxemburger (65%), Slowaken (63%) und Schweden (58%) die Interessen ihres jeweiligen Landes am besten in der EU berücksichtigt. Am meisten Ablehnung hingegen erhält die Aussage „Die Interessen

meines Landes werden in der EU gut berücksichtigt“ in Lettland (77%) und Finnland (66%). Überraschend an der Länderreihung ist, dass nicht unbedingt die großen Nationen wie Deutschland oder Frankreich ihre Interessen gut durch die EU berücksichtigt sehen, sondern dass im Gegenzug die kleineren Länder wie Luxemburg, Slowakei oder Schweden sich gut berücksichtigt fühlen. Dies entkräftet die These, wonach die EU sich den größeren Nationen besser vermittle.

QA19.2. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen.

Die Interessen (UNSERES LANDES) werden in der EU gut berücksichtigt.



6.6.4 Wissen über die EU

48 Prozent der Österreicher geben an zu wissen wie die Europäische Union funktioniert, 45 Prozent tun dies nicht.

Europaweit stimmen 44 Prozent der Aussage „Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert“ zu, eine relative Mehrheit von 48 Prozent tut dies nicht.

In Österreich stimmt nicht einmal die Hälfte (48%, +2 Pp) aller Befragten der Aussage „Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert“ zu. 45 Prozent (-4 Pp) stimmen der Aussage hingegen nicht zu. Eklatant ist hierbei das Gefälle zwischen den Geschlechtern. Während 54 Prozent der Männer nach eigenen Angaben die Funktionsweise der Europäischen Union verstehen, sind es lediglich 42 Prozent der Frauen, die dies angeben. Ebenfalls auffällig ist die Alterskurve: Es sind die Jüngsten und die Ältesten in Österreich, die offenbar am wenigsten von der EU verstehen. Während 50 Prozent der 25 bis 39jährigen bzw. 51 Prozent der 40 bis 54jährigen der Aussage zustimmen, tun dies nur 47 Prozent der 15 bis 24jährigen bzw. gar nur 45 Prozent der über 55jährigen. Wenig überraschend sind hingegen die Ergebnisse in den einzelnen Ausbildungskategorien. Von jenen, die 15 Jahre oder älter bei der Beendigung ihrer Ausbildung waren, sind es nur 34 Prozent, die die Art und Weise, wie die Europäische Union funktioniert, verstehen; bei jenen, die 20 Jahre oder älter waren sind es hingegen 66 Prozent. Österreich liegt in dieser Frage grundsätzlich im Europaschnitt, sogar leicht darüber. Europaweit stimmen nur 44 Prozent (+/-0 Pp) der Aussage „Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert“ zu, eine relative Mehrheit von 48 Prozent (+/-0 Pp) tut dies nicht.

6.7 Subsidiarität

Geht es um die verschiedenen Ebenen politischer Entscheidungsprozesse, so räumen die Österreicher (43%) sowie die Europäer (45%) der nationalen Ebene den meisten Einfluss auf ihr Leben ein. Die EU rangiert hinter der regionalen und lokalen Ebene an dritter Stelle (13% der Österreicher und 11% der Europäer).

Bereits in der letzten Eurobarometer-Befragung im ersten Halbjahr 2009 wurden den Befragten Fragen zu den verschiedenen öffentlichen Ebenen – neben der europäischen sind das die nationale sowie die regionale oder lokale Ebene – gestellt. Diese zielen darauf ab, Präferenzen der Befragten hinsichtlich der Kompetenzverteilung zwischen EU, Nationalstaat und Regionalpolitik deutlich zu machen. Die EU hat hierfür klare Regeln festgelegt: Entscheidungen sind auf einer möglichst bürgernahen Ebene zu treffen, wobei zu prüfen ist, ob ein gemeinschaftliches Vorgehen angesichts der nationalen, regionalen oder lokalen Handlungsmöglichkeiten wirklich gerechtfertigt ist. In den Bereichen, die nicht in ihre

ausschließliche Zuständigkeit fallen, handelt die Europäische Union also nur dann, wenn ihre Maßnahmen wirksamer als nationale, regionale oder lokale Maßnahmen sind.

Die Österreicher und Europäer haben nicht das Gefühl, dass die Europäische Union durch ihre Entscheidungen ihre Lebensbedingungen maßgeblich beeinflusst. Nur 13 Prozent der Österreicher (-2 Pp) und 11 Prozent der Europäer (-2 Pp) geben an, Europa habe den größten Einfluss auf ihr Leben. Stattdessen räumen die Österreicher (43%, - 10 Pp) wie auch die Europäer (45%, - 1Pp) dem eigenen Land bzw. der nationalen Ebene den größten Einfluss ein. An Einfluss gewinnen konnte im Vergleich zur letzten Befragung die regionale bzw. lokale Ebene. 40 Prozent (+2 Pp) der Österreicher und 38 Prozent der Europäer (+4 Pp) glauben, die regionalen Behörden haben den größten Einfluss auf ihr Leben.

Am ehesten glauben in Österreich die Jugendlichen, dass die Entscheidungen, die in Europa getroffen werden, Einfluss auf ihr Leben haben. 17 Prozent der 15 bis 24jährigen geben an, dass die EU am meisten Einfluss habe (im Vergleich dazu: nur 10 Prozent der über 55jährigen geben dasselbe an). Die nationale Ebene findet in der Altersgruppe der 25 bis 39jährigen den meisten Anklang, während die über 55jährigen am ehesten glauben, dass die regionalen Behörden am meisten Einfluss auf ihr persönliches Leben haben.

Jeder dritte Österreicher (34%, + 11 Pp) glaubt, dass regionale oder lokale Behörden ausreichend an europäischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden, 54 Prozent (-12 Pp) jedoch befürwortet eine stärkere Einbindung der Regionalebene. Im Europaschnitt glaubt nur knapp jeder fünfte Europäer (19%, -2 Pp) , dass die regionalen Behörden seines/ihres Landes genug an europäischen Entscheidungen beteiligt werden, 66 Prozent (+3 Pp) würden sich hier eine stärkere Berücksichtigung wünschen.

6.8 Zukunft der EU

71 Prozent der Österreicher sprechen sich für eine Europäische Währungsunion aus, europaweit sind es 60 Prozent.

Mehr als jeder vierte Österreicher (28%) kann sich zusätzliche Aufnahmen von weiteren Beitrittskandidaten vorstellen, 65 Prozent lehnen dies ab.

Nach Ansicht der Österreicher solle sich die EU zur Stärkung der Europäischen Integration primär auf die gemeinsame Bekämpfung der Kriminalität (41%), auf Wirtschaftsfragen (39%) sowie auf Immigrationsthemen konzentrieren. Europaweit werden die Wirtschaftsfragen (33%) gefolgt von einer Konzentration auf soziale Fragen und Gesundheit als primäre Aufgaben der EU angesehen.

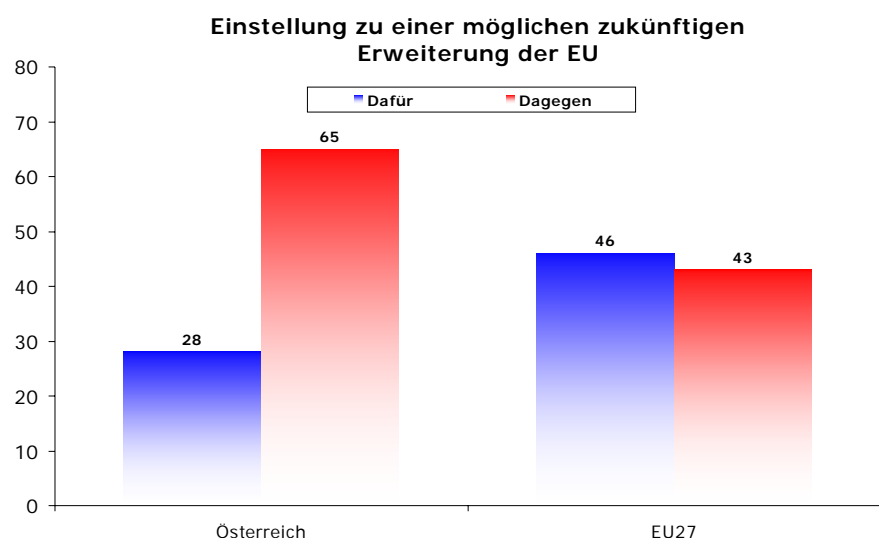
61 Prozent der Österreicher und 66% der Europäer blicken grundsätzlich optimistisch in die Zukunft der EU.

6.8.1 Die EU als Währungsunion

Eine Mehrheit der Österreicher (71%, +/-0 Pp) spricht sich für eine Europäische Währungsunion mit dem Euro als einheitlicher Währung aus, europaweit sind es im Schnitt 60 Prozent (+1 Pp).

6.8.2 Erweiterung der EU

Die Frage nach einer zukünftigen Erweiterung wird in Österreich traditionell kontrovers diskutiert. Im Herbst 2009 kann sich mehr als jeder vierte Österreicher (28%, +3 Pp) zusätzliche Aufnahmen von



weiteren Beitrittskandidaten vorstellen, für 65 Prozent (-2 Pp) hat sich die Erweiterungspolitik der EU hingegen erschöpft. EU-weit sprechen sich 46 Prozent

(+3 Pp) der Europäer für zukünftige Erweiterungen aus, 43 Prozent (-3 Pp) lehnen sie hingegen ab.

6.8.3 Europäische Integration

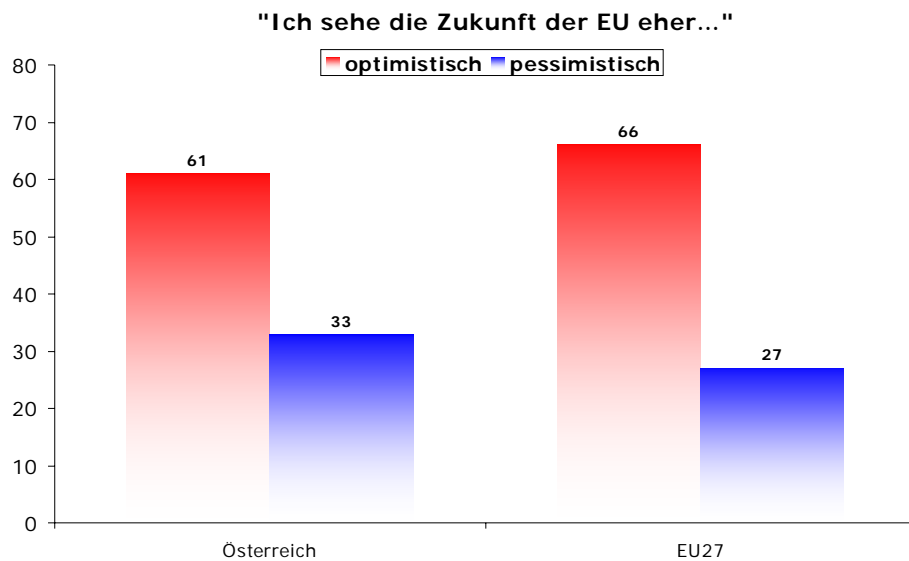
Der Begriff der Europäischen Integration wurde erstmals 1954 bei der Gründung der Westeuropäischen Union (WEU) verwendet und beschreibt im Wesentlichen die zunehmende wirtschaftliche, politische und soziale Verflechtung der europäischen Staaten und eine grundsätzliche Kooperation aller europäischen Länder in den diversen Kernfragen unserer Zeit. Wichtige Stationen auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa waren die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarkts mitsamt seinen Freiheiten, die Verwirklichung einer gemeinsamen Währungsunion sowie die Erweiterung der Union in den ehemaligen Ostblock. Die Befragten wurden in dieser Welle gefragt, auf welche Aspekte sich die europäischen Institutionen in den kommenden Jahren hauptsächlich konzentrieren sollen, um die Europäische Union zu stärken. Geht es nach den Österreichern, sind es vor allem die Themen Kriminalität, Wirtschaft, Gesundheit, Immigration und Klimaschutz, die die EU in den Folgejahren bestimmen werden.

- ♦ 41 Prozent (-2 Pp) der Österreicher meinen, die EU solle sich auf den *Kampf gegen die Kriminalität* konzentrieren; europaweit sind es nur 24 Prozent (+2 Pp), die dies genauso sehen.
- ♦ An zweiter Stelle stehen die *Wirtschaftsfragen*. Diese sehen 39 Prozent (+3 Pp) der Österreicher und 33 Prozent (+1 Pp) der Europäer am dringendsten an.
- ♦ 31 Prozent (+5 Pp) der Österreicher und 24 Prozent (+/-0 Pp) der Europäer wollen in Zukunft eine stärkere Konzentration der EU auf *Immigrationsthemen* sehen.
- ♦ Wenn es um *soziale Fragen und Gesundheit* geht, so fällt die Kompetenz im Wesentlichen in die Hände der einzelnen Mitgliedsstaaten; nichtsdestotrotz wollen 30 Prozent (+/-0 Pp) der Österreicher und 26 Prozent (+/-0 Pp) der Europäer eine stärkere Betätigung der EU auf diesem Feld sehen.
- ♦ Jeder vierte Österreicher (26%, +1 Pp) und 17 Prozent (+/- 0 Pp) der Europäer wünschen sich, dass sich die EU verstärkt im *Kampf gegen den Klimawandel* engagiert.

- ♦ 23 Prozent (+1 Pp) der Österreicher und im Europaschnitt 19 Prozent (+/- 0 Pp) der europäischen Bürger antworten, dass die EU sich in den Folgejahren dringend um *Energiethemen* kümmern solle.
- ♦ 22 Prozent (+/- 0 Pp) der Österreicher und 21 Prozent (+1Pp) der Europäer wollen, dass die EU sich in Zukunft mehr den *Umweltthemen* widmet.
- ♦ Obwohl *Bildung und Bildungspolitik* der Verantwortung der Mitgliedsstaaten unterliegt, fordern 12 Prozent (+3 Pp) aller Befragten und 14 Prozent (-2 Pp) aller Europäer mehr Kompetenzen für die EU in diesem Bereich.
- ♦ 11 Prozent (+1 Pp) der Österreicher und 8 Prozent (+/- 0 Pp) der Europäer fordern von der EU eine verstärkte Aktivität im Bereich der *Verkehrs- und Energieinfrastruktur*.
- ♦ Jeweils 10 Prozent der österreichischen Befragten wollen, dass sich die Europäische Union und ihre Institutionen mehr mit *wissenschaftlicher Forschung* (+3 Pp) und mit der *Unterstützung ärmere Regionen* (+1 Pp) beschäftigt. Europaweit sehen das 11 (+1 Pp) bzw. 18 Prozent (+/- 0 Pp) genauso.
- ♦ Jeweils 8 Prozent der Österreicher wünschen sich, dass sich die EU in Zukunft mehr auf *Außenpolitik* (+1 Pp) und *Verteidigungspolitik* (+2 Pp) konzentriert. Europaweit sind es 12 Prozent (+2 Pp) aller Befragten, die mehr Aktivitäten der EU in der Außenpolitik und ebenfalls 8 Prozent (+1 Pp), die sich dies für den Verteidigungsbereich wünschen.
- ♦ 7 Prozent (+2 Pp) der Österreicher und 13 Prozent (+/- 0 Pp) der Europäer sehen die *Gestaltung des Binnenmarkts* als primäre Aufgabe für die EU in den kommenden Jahren.
- ♦ Am Ende steht mit nur 4 Prozent (+1 Pp) der österreichischen Befragten bzw. 6 Prozent (+2 Pp) europaweit die *Kulturpolitik* als zukünftige Aufgabe für die EU.

6.8.4 Optimistisch in die Zukunft?

Gefragt, ob sie sagen würden, dass sie die Zukunft der Europäischen Union ganz allgemein eher optimistisch oder eher pessimistisch sehen, antworteten 61 Prozent (+/- 0 Pp) der Österreicher und 66 Prozent (+2 Pp) der Europäer, dass sie eher optimistisch in die Zukunft der EU blicken würden; jeder dritte Österreicher (33%, +1 Pp) aber und 27 Prozent (-2 Pp) europaweit drücken sich eher pessimistisch aus.



6.9 Bekanntheit des EU-Vorsitzes

Der schwedische Vorsitz im Rat der EU ist in Österreich überdurchschnittlich bekannt. 46 Prozent der Österreicher haben davon zumindest einmal etwas gehört oder gelesen (EU: 30%).

Der spanische Vorsitz ab 1. Jänner 2010 ist noch weitestgehend unbekannt, nur 36 Prozent der Österreicher geben an, davon etwas gehört, gelesen oder gesehen zu haben (EU: 21%).

Seit 1. Juli 2009 hatte Schweden den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Der Schwedische Vorsitz hat in seinem Programm als die drei wichtigsten Herausforderungen seiner Präsidentschaft Wirtschaft, Beschäftigung und Klimafragen definiert. In Österreich haben zum Zeitpunkt der Befragung 46 Prozent in letzter Zeit etwas vom schwedischen Vorsitz in den Zeitungen gelesen, im Radio gehört und/oder im Fernsehen gesehen. Damit liegt Österreich deutlich über dem EU-Schnitt. Demnach haben nur 30 Prozent aller Europäer etwas vom schwedischen EU-Vorsitz mitbekommen.

Unbekannter als der momentane Vorsitz ist in der Regel der Nachfolger. Ab 1. Jänner 2010 hat Spanien den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Von dieser Übernahme haben in Österreich zum Zeitpunkt der Befragung 36 Prozent etwas gehört, gelesen oder gesehen; europaweit beträgt der Schnitt 21 Prozent.

7. Österreich, die Europäische Union und Globalisierung

7.1 Ranking von Einflussfaktoren auf die Stellung eines oder mehrerer Länder und der EU in der Welt

Geht es nach den Befragten, so ist die wirtschaftliche Stärke eines Landes oder eines Zusammenschlusses von Ländern für seine Position und seinen Einfluss innerhalb der globalen Gemeinschaft primär ausschlaggebend. Dahinter liegen der jeweilige politische Einfluss sowie die militärische Stärke.

- Eine Mehrheit von 76 Prozent (+5 Pp) der Österreicher und 81 Prozent (+1 Pp) der Europäer glaubt, dass die *Wirtschaftskraft* eines Landes oder einer Gruppe von Ländern den größten Einfluss auf seine oder ihre Stellung in der Welt hat.
- An zweiter Stelle – nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – rangiert nach Ansicht von 64 Prozent (-2 Pp) der Österreicher und 63 Prozent (+3 Pp) der Europäer der *politische Einfluss* eines Landes oder einer Gruppe von Ländern.
- Immerhin noch 38 Prozent (+2 Pp) der Österreicher und 30 Prozent (+/-0 Pp) der Europäer glauben, dass die *militärische Stärke* eines Landes oder einer Gruppe von Ländern festlegt, welchen Einfluss und welche Position ein Land oder eine Gruppe von Ländern in der heutigen Welt innehat.
- An letzter Stelle befindet sich nach Ansicht von nur 12 Prozent (-3 Pp) der Österreicher und 15 Prozent (+1 Pp) der Europäer der *kulturelle Einfluss*, den ein Land oder eine Gruppe von Ländern ausübt.

Bis auf eine Ausnahme findet sich dieses Ranking auch in der Frage wieder, welche dieser Faktoren nach Meinung der Befragten die Europäische Union derzeit am besten charakterisiert.

- Erneut steht nach Ansicht von 72 Prozent (+7 Pp) der Österreicher und 73 Prozent (+3 Pp) der Europäer die *Wirtschaftskraft* an erster Stelle, charakterisiert also die EU am ehesten.

- ♦ An zweiter Stelle steht ebenfalls wieder die *politische Kraft und der politische Einfluss* (AT: 65%, +1 Pp; EU: 68%, +2 Pp).
- ♦ Umgedreht haben sich jedoch die Nennungen von „die militärische Stärke“ und „der kulturelle Einfluss“. Nicht die militärische Stärke, sondern der *kulturelle Einfluss* charakterisiert nach Ansicht von 25 Prozent (-2 Pp) der Österreicher und 21 Prozent (+/- 0 Pp) der Europäer die EU am drittbesten.
- ♦ An letzter Stelle schließlich steht die *militärische Durchschlagskraft*. Sie wird am seltensten von den Befragten mit der EU assoziiert (AT: 19%, +1 Pp; EU: 17%, +1 Pp).

7.2 Zustimmung zu ausgewählten Aussagen zur Globalisierung

Globalisierung wird in Österreich und auch in Gesamteuropa eher negativ betrachtet. Man sieht insgesamt weniger die Chancen als die Risiken, die sich für einen persönlich und für das eigene Land aufgrund der Globalisierung stellen.

Die Globalisierung macht gemeinsame Regeln auf weltweiter Ebene notwendig („weltweites Regieren“)

Die stärkste Zustimmung unter den abgefragten Aussagen erfährt jene, die auf einen gemeinsamen Umgang aller Länder mit den Auswirkungen und Effekten der Globalisierung abzielt. 76 Prozent (+1 Pp) aller Österreicher und 74 Prozent (+1 Pp) der Europäer finden, dass in einer globalisierten Welt ein ebenso globales und durchaus zentrales Organ benötigt wird, das gemeinsame Regeln für alle Beteiligten erstellt und deren Einhaltung überwacht.

Die Globalisierung ist nur für große Konzerne profitabel, nicht für die Bürger

Globalisierung hat sich den Ö Österreichern noch nicht als Chance für beispielsweise neue Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten vermitteln können, stattdessen stagniert das Negativ-Bild einer hauptsächlich für Manager und Großkonzernen profitablen Globalisierung. 73 Prozent (+1 Pp→EB69.2) aller

Österreicher und 64 Prozent (+1 Pp→EB69.2) der Europäer sind dieser Ansicht.

Die Globalisierung bedeutet mehr ausländische Investitionen in Österreich

Sehr wohl wahrgenommen wird, dass sich der Wirtschaftsstandort Österreich in Zeiten der Globalisierung für ausländische Investoren zunehmend interessanter gestaltet. 68 Prozent (+ 10Pp→EB69.2) der befragten Österreicher und 59 Prozent (+2 Pp→EB69.2) europaweit empfinden, dass Globalisierung hauptsächlich mehr Investitionen ausländischer Firmen in ihr Land bedeutet.

Die Globalisierung verstärkt soziale Ungleichheiten

Eine Mehrheit der Österreicher (68%, -2 Pp) und Europäer (60%, -2 Pp) glaubt, dass die Globalisierung soziale Ungleichheiten nicht ausgleicht, sondern sie im Gegenteil sogar verschärft. Betrachtet man die Soziodemografie zu dieser Frage, so fällt auf, dass es im Grunde keine größeren Unterschiede in den Alters-, Geschlechts- oder Berufskategorien gibt. Die Globalisierung wird quer durch alle Altersgruppen (68% der 15 bis 24jährigen sowie der über 55jährigen), sowohl von Männern (67%) als auch Frauen (70%) sowie von Managern (73%) wie Angestellten (71%) gleichermaßen als Motor sozialer Ungleichheiten empfunden.

Die Globalisierung ermöglicht den Menschen, offener fremden Kulturen gegenüber zu sein

Dass die Globalisierung den Menschen andere, fremde Kulturen näher bringt, glauben in Österreich sowie europaweit 66 Prozent (+11 Pp→EB69.2; +4 Pp→EB69.2) der Menschen.

Die Globalisierung ist eine Chance für wirtschaftliches Wachstum

Gerade in den letzten Eurobarometer-Befragungen wurde immer deutlicher, dass die Österreicher sich zunehmend von der Vorstellung, Österreich könne allein auf globale Herausforderungen reagieren, verabschieden. Die EU wird nicht zuletzt in Zeiten der Wirtschaftskrise als hilfreiches Netzwerk zur Herstellung ökonomischer Stabilität wahrgenommen. Mehr und mehr Menschen (AT: 64%, +6 Pp; EU: 61%, +2 Pp) erkennen in Zeiten der Wirtschaftskrise, dass

nicht nur eben jene hauptsächlich global verläuft und auch global zu lösen sein wird, sondern dass die Globalisierung insgesamt auch die Chance wirtschaftliches Wachstum darstellt.

In dieser Frage sind es einmal mehr die Jüngeren in Österreich, die sich offener präsentieren. Während die Aussage bei den über 55jährigen eine Zustimmung von 62% erfährt, sind es 71% der 15 bis 24jährigen, die die Globalisierung hauptsächlich als Chance ansehen.

Die Globalisierung bedeutet eine Gefahr für die österreichische Kultur

57 Prozent (+12 Pp→EB69.2) der Österreicher glauben, dass die Globalisierung eine Gefahr für die österreichische Kultur darstellt. Vor allem die älteren Mitbürger (64% der über 55jährigen) fürchten um die österreichische Kultur, während die 15 bis 24jährigen (49%) in dieser Frage eher unaufgeregt sind. Ebenfalls spannend fallen die Ergebnisse je nach politischer Zuordnung aus. Hier sind es vor allem jene Befragte, die sich dem rechten (65%) bzw. mittleren (59%) politischen Spektrum zuordnen würden, die eine von der Globalisierung ausgehende Gefahr für die österreichische Kultur sehen, während jene, die sich eher als links (49%) definieren, diese nicht so stark befürchten. Europaweit sind es vergleichsweise deutlich weniger (41%, +2 Pp→EB69.2), die dieser Aussage zustimmen.

Die Europäische Union und die USA haben im Umgang mit der Globalisierung dieselben Interessen

Mehr als die Hälfte aller Befragten in Österreich (56%, + 16 Pp→EB69.2) empfindet, dass die Europäische Union und die USA im Umgang mit der Globalisierung dieselben Interessen vertreten. Europaweit liegt der Zustimmungswert bei 44 Prozent (+7 Pp→EB69.2). Der relativ hohe Anstieg beider Werte kann durchaus auf die Präsidentschaft Obamas zurückzuführen sein, unter der die Europäische Union und die USA merkbar wieder näher zusammenrückten.

Die Globalisierung hilft der Entwicklung ärmerer Länder

Dass die Globalisierung der Entwicklung ärmerer Länder hilft glauben in

Österreich 51 Prozent (+8 Pp→EB69.2) und europaweit 49 Prozent (+1 Pp→EB69.2).

Die Globalisierung verhilft zu Frieden in der Welt

Am zweitwenigsten Zustimmung erhält in Österreich die Aussage, wonach die Globalisierung zu Frieden in der Welt verhilft. Dennoch ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zur Eurobarometer Welle 69.2 zu vermerken. Mittlerweile glauben schon 48 Prozent (+15 Pp→EB69.2) der Österreicher und 49 Prozent (+1 Pp→EB69.2) der Europäer, dass Globalisierung beispielsweise im Zuge des Abbaus sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten zu Frieden in instabilen Teilen der Welt verhelfen könnte.

Die Globalisierung schützt uns vor Preiserhöhungen

Nur 27 Prozent der Österreicher (+8 Pp→EB69.2) und der Europäer (+5 Pp→EB69.2) glauben, dass die Globalisierung uns vor Preiserhöhungen schützen könne. Diese Aussage findet somit sowohl in Österreich als auch in Gesamteuropa am wenigsten Zustimmung.

7.3. Globalisierung als Chance oder Bedrohung?

51 Prozent der Österreicher stimmen der Aussage „Globalisierung stellt eine Bedrohung für Beschäftigung und Firmen in Österreich dar“ zu. Im Gegenzug stimmen 41 Prozent der Aussage „Globalisierung stellt dank der Erschließung neuer Märkte eine gute Gelegenheit für österreichische Unternehmen dar“ zu.

Europaweit ist es eine knappe relative Mehrheit (42%), die die Globalisierung eher als Chance für den heimischen Markt denn als Gefahr (41) betrachtet.

Die Österreicher empfinden – dies wurde bereits in den oben vorgestellten einzelnen Aussagen deutlich – die Globalisierung noch mehrheitlich als Gefahr und nicht als Chance. Dies wird auch in der Folgefrage, die gezielt nach den Auswirkungen der Globalisierung auf den österreichischen Markt fragt, deutlich. Eine Mehrheit von 51 Prozent (-1 Pp) und somit jeder zweite Österreicher stimmt der Aussage „Globalisierung stellt eine Bedrohung für Beschäftigung und Firmen in Österreich dar“

zu. Im Gegenzug stimmen nur 41 Prozent (+/-0 Pp) in Österreich der Aussage „Globalisierung stellt dank der Erschließung neuer Märkte eine gute Gelegenheit für österreichische Unternehmen dar“ zu. Europaweit gestaltet sich jedoch ein anderes Bild. Hier ist es eine knappe relative Mehrheit (42%, +1 Pp), die Globalisierung eher als Chance für den heimischen Markt denn als Gefahr (41%, +/-0 Pp) betrachtet. Im Ländervergleich sind die Dänen (70%) sowie die Schweden und Slowaken (beide 64%) am ehesten den neuen Möglichkeiten, die sich dank der Globalisierung erschließen, zugetan. Am kritischsten hingegen sind die Franzosen und Griechen, 70 Prozent bzw. 63 Prozent von ihnen stimmen der Aussage zu, wonach Globalisierung hauptsächlich eine Bedrohung für die heimischen Märkte darstelle.

7.4 Die europäische Wirtschaft im globalen Vergleich

Die europäische Wirtschaft ist nach Ansicht einer Mehrheit der Österreicher besser als die japanische, chinesische, indische, russische und brasilianische und sie ist gleich gut wie die amerikanische Volkswirtschaft.

Nach Ansicht der Europäer ist die europäische Wirtschaft besser als die indische, russische und brasilianische Wirtschaft; im Vergleich zur amerikanischen, japanischen und chinesischen hingegen ist sie in einem schlechten Zustand.

Vor einem halben Jahr waren die Österreicher noch mehrheitlich überzeugt, dass die europäische Wirtschaft leistungsfähiger als die amerikanische sei; mittlerweile ist der Wert gesunken und eine relative Mehrheit der Österreicher (34%, +6 Pp) glaubt nun, dass beide Volkswirtschaften gleich stark sind. 32 Prozent (-9 Pp) der Österreicher glauben, die europäische Wirtschaft sei in einem besseren, 28 Prozent (+4 Pp), sie sei in einem schlechteren Zustand als die US-amerikanische. Europaweit glaubt sogar eine knappe relative Mehrheit von 32 Prozent (+1 Pp), dass die europäische Wirtschaft in einem schlechteren Zustand als die amerikanische ist. 30 Prozent (-1 Pp) der Europäer glauben, sie sei leistungstärker, 27 Prozent (+1 Pp), sie sei gleich stark.

Verglichen mit der japanischen Volkswirtschaft geht es der europäischen Wirtschaft besser, zumindest wenn es nach den Österreichern geht. 38 Prozent (+4 Pp)

glauben, der europäische Binnenraum sei wirtschaftlich besser gestellt als die japanische Wirtschaft, 28 Prozent (-1 Pp) halten die Wirtschaft der EU für schwächer und 27 Prozent (-2 Pp) sehen beide etwa gleichauf. Europaweit glaubt erneut eine Mehrheit (41%, +2 Pp), dass die europäische Wirtschaft schlechter als die japanische sei, nur 24 Prozent (+1 Pp), sie sei stärker und 17 Prozent (+/- 0 Pp) gehen von einem Gleichstand aus.

44 Prozent (+ 5 Pp) der Österreicher schätzen die europäische Wirtschaft für stärker als die chinesische ein, 29 Prozent (- 10 Pp) halten sie für schwächer und 18 Prozent (+3 Pp) für gleich stark. Österreich ist damit einmal mehr optimistischer als Gesamteuropa, das zu 43 Prozent (+6 Pp) die europäische Wirtschaftsleistung für weniger stark als die chinesische, zu 27 Prozent (-1 Pp) für stärker und zu 13 Prozent (-1 Pp) für gleich stark einschätzt.

Sowohl die Österreicher als auch die Europäer halten die europäische Wirtschaftsleistung für deutlich besser als die indische. 59 Prozent (+ 9 Pp) der Österreicher und 43 Prozent (+/-0 Pp) der Europäer glauben, Europas Wirtschaftskraft sei stärker als die von Indien, 13 Prozent (-12 Pp) der Österreicher und 23 Prozent der Europäer halten sie für schwächer und 15 Prozent (+3 Pp) in Österreich und 12 Prozent (+1 Pp) europaweit glauben, dass beide Volkswirtschaften etwa gleichauf liegen.

Auch im Vergleich zur russischen Wirtschaftsleistung schneidet die europäische – zumindest wenn es nach den österreichischen und europäischen Befragten geht – deutlich besser ab. 61 Prozent (+8 Pp) der Österreicher und 47 Prozent (+2 Pp) der Europäer halten die russische Wirtschaft für schwächer als die europäische. Nur 12 Prozent (-10 Pp) der Österreicher und 19 Prozent (+1 Pp) der Europäer halten umgekehrt die russische Volkswirtschaft für leistungsfähiger und 19 Prozent (+3 Pp) der Österreicher und 13 Prozent (-1 Pp) in Europa glauben, beide Ökonomien seien gleich stark.

Zuletzt wurde nach dem Vergleich mit der brasilianischen Wirtschaft gefragt. Auch hier ist sich eine Mehrheit der Österreicher (65%, -2 Pp) und Europäer (46%, +1Pp) sicher, dass die europäische Wirtschaftsleistung die von Brasilien hinter sich

zurücklässt. Nur 9 Prozent (-9 Pp) der Österreicher und 16 Prozent (+1Pp) der Europäer glauben, die brasilianische Wirtschaft sei besser als die europäische, 12 Prozent (+2 Pp) der Österreicher und 11 Prozent (+1Pp) der Europäer glauben, beide seien etwas gleichauf.

APPENDIX 1: Technical Specifications

STANDARD EUROBAROMETER 72

TECHNICAL SPECIFICATIONS

Between the 23rd of October and the 18th of November 2009, TNS Opinion & Social, a consortium created between TNS plc and TNS opinion, carried out wave 72.4 of the EUROBAROMETER, on request of the EUROPEAN COMMISSION, Directorate-General for Communication, "Research and Political Analysis".

The EUROBAROMETER 72.4 is the "STANDARD EUROBAROMETER 72" and covers the population of the respective nationalities of the European Union Member States, resident in each of the Member States and aged 15 years and over. The STANDARD EUROBAROMETER 72 has also been conducted in the three candidate countries (Croatia, Turkey and the Former Yugoslav Republic of Macedonia) and in the Turkish Cypriot Community. In these countries, the survey covers the national population of citizens and the population of citizens of all the European Union Member States that are residents in these countries and have a sufficient command of the national languages to answer the questionnaire. The basic sample design applied in all states is a multi-stage, random (probability) one. In each country, a number of sampling points was drawn with probability proportional to population size (for a total coverage of the country) and to population density.

In order to do so, the sampling points were drawn systematically from each of the "administrative regional units", after stratification by individual unit and type of area. They thus represent the whole territory of the countries surveyed according to the EUROSTAT NUTS II (or equivalent) and according to the distribution of the resident population of the respective nationalities in terms of metropolitan, urban and rural areas. In each of the selected sampling points, a starting address was drawn, at random. Further addresses (every Nth address) were selected by standard "random route" procedures, from the initial address. In each household, the respondent was drawn, at random (following the "closest birthday rule"). All interviews were conducted face-to-face in people's homes and in the appropriate national language. As far as the data capture is concerned, CAPI (*Computer Assisted Personal Interview*) was used in those countries where this technique was available.

COUNTRIES	INSTITUTES	N° INTERVIEWS	FIELDWORK DATES
Belgium	TNS Dimarso	1.006	30/10/2009
Bulgaria	TNS BBSS	1.008	29/10/2009
Czech Rep.	TNS Aisa	1.056	30/10/2009
Denmark	TNS Gallup DK	1.006	24/10/2009
Germany	TNS Infratest	1.514	30/10/2009
Estonia	Emor	1.002	23/10/2009
Ireland	TNS MRBI	1.011	30/10/2009
Greece	TNS ICAP	1.000	28/10/2009
Spain	TNS Demoscopia	1.020	30/10/2009
France	TNS Sofres	1.005	28/10/2009
Italy	TNS Infratest	1.036	30/10/2009
Rep. of Cyprus	Synovate	506	26/10/2009
Latvia	TNS Latvia	1.006	30/10/2009
Lithuania	TNS Gallup Lithuania	1.023	27/10/2009
Luxembourg	TNS ILReS	502	27/10/2009
Hungary	TNS Hungary	1.023	29/10/2009
Malta	MISCO	500	28/10/2009
Netherlands	TNS NIPO	1.004	29/10/2009
Austria	Österreichisches Gallup-Institut	1.030	27/10/2009
Poland	TNS OBOP	1.000	30/10/2009
Portugal	TNS EUROTESTE	1.025	29/10/2009
Romania	TNS CSOP	1.021	30/10/2009
Slovenia	RM PLUS	1.015	24/10/2009
Slovakia	TNS AISA SK	1.040	30/10/2009
Finland	TNS Gallup Oy	1.018	29/10/2009
Sweden	TNS GALLUP	1.032	26/10/2009
United Kingdom	TNS UK	1.322	30/10/2009
		26.731	23/10/2009
Turkish Cypriot Community	Kadem	500	02/11/2009
Croatia	Puls	1.000	27/10/2009
Turkey	TNS PIAR	1.002	27/10/2009
Former Yugoslav Rep. of Macedonia	TNS Brima	1.005	27/10/2009
		30.238	23/10/2009

For each country a comparison between the sample and the universe was carried out. The Universe description was derived from Eurostat population data or from national statistics offices. For all countries surveyed, a national weighting procedure, using marginal and intercellular weighting, was carried out based on this Universe description. In all countries, gender, age, region and size of locality were introduced in the iteration procedure. For international weighting (i.e. EU averages), TNS Opinion & Social applies the official population figures as provided by EUROSTAT or national statistic offices. The total population figures for input in this post-weighting procedure are listed above.

Readers are reminded that survey results are estimations, the accuracy of which, everything being equal, rests upon the sample size and upon the observed percentage. With samples of about 1,000 interviews, the real percentages vary within the following confidence limits:

Observed percentages	10% or 90%	20% or 80%	30% or 70%	40% or 60%	50%
Confidence limits	± 1.9 points	± 2.5 points	± 2.7 points	± 3.0 points	± 3.1 points

APPENDIX 2: FRAGEBOGEN

EB 72 FRAGEBOGEN - ÖSTERREICH

ITEM 28 NUR FRAGEN IN TÜRKEI

ITEM 29 NUR FRAGEN IN KROATIEN

ITEM 30 NUR FRAGEN IN ZYP (Norden)

ITEM 31 NUR FRAGEN IN EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAZEDONIEN

Q1	Welche Staatsangehörigkeit besitzen Sie? Nennen Sie mir bitte das Land bzw. die Länder, deren Staatsangehörigkeit Sie besitzen.
----	---

MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH

	(138-170)
Belgien	1,
Dänemark	2,
Deutschland	3,
Griechenland	4,
Spanien	5,
Frankreich	6,
Irland	7,
Italien	8,
Luxemburg	9,
Niederlande	10,
Portugal	11,
Großbritannien (inkl. Nordirland)	12,
Österreich	13,
Schweden	14,
Finnland	15,
Zypern (Süden)	16,
Tschechische Republik	17,
Estland	18,
Ungarn	19,
Lettland	20,
Litauen	21,
Malta	22,
Polen	23,
Slowakei	24,
Slowenien	25,
Bulgarien	26,
Rumänien	27,
Sonstige Länder	32,
Weiß nicht	33,

EB72.3 Q1

WENN "SONSTIGE" ODER "WEISS NICHT" IN Q1 INTERVIEW BEENDEN

FRAGEN ZU HAUPTTENDENZEN

QA1	Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden? Würden Sie sagen, Sie sind -
-----	---

VORLESEN

	(191)
Sehr zufrieden	1
Ziemlich zufrieden	2
Nicht sehr zufrieden	3
Überhaupt nicht zufrieden	4
Weiß nicht	5

EB71.3 QA1

QA2a nicht in CY(tcc) abfragen - CY(tcc) weiter mit QA2b
--

QA2a	Wie würden Sie in den folgenden Bereichen die momentane Situation beurteilen?
------	---

LISTE MIT SKALA VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Sehr gut	Eher gut	Eher schlecht	Sehr schlecht	Weiß nicht
(192)	1 Die Situation der österreichischen Wirtschaft	1	2	3	4	5
(193)	2 Die Situation der europäischen Wirtschaft	1	2	3	4	5
(194)	3 Die Situation der Weltwirtschaft	1	2	3	4	5
(195)	4 Ihre persönliche berufliche Situation	1	2	3	4	5
(196)	5 Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes	1	2	3	4	5
(197)	6 Die Beschäftigungssituation in Österreich	1	2	3	4	5
(198)	7 Die Situation der Umwelt in Österreich	1	2	3	4	5

EB71.3 QA2a

QA3a NICHT IN CY (tcc) FRAGEN - CY (tcc) WEITER ZU QA3b

QA3a	Für jeden der folgenden Bereiche, würden Sie sagen, dass die Situation in Österreich besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der europäischen Länder?
------	--

LISTE MIT SKALA VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN - ROTIEREN	Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	Weiß nicht
--	---------------------	-------------	--------------	------------------	-----------------	------------

(206)	1	Die Situation der sterreichischen Wirtschaft	1	2	3	4	5
(207)	2	Die Beschäftigungssituation in Österreich	1	2	3	4	5
(208)	3	Die Lebenshaltungskosten in Österreich	1	2	3	4	5
(209)	4	Energiepreise in Österreich	1	2	3	4	5
(210)	5	Die Lebensqualität in Österreich	1	2	3	4	5
(211)	6	Die Situation der Umwelt in Österreich	1	2	3	4	5

EB70.1 QA7a TREND MODIFIED

QA4a NICHT IN CY (tcc) FRAGEN - CY (tcc) WEITER ZU QA4b

QA4a	Welche Erwartungen haben Sie für die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich bleiben, wenn Sie an folgende Dinge denken -
------	--

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Besser	Schlechter	Gleich bleiben	Weiß nicht
(218)	1 Ihr Leben im Allgemeinen	1	2	3	4
	2 Die wirtschaftliche Situation in Österreich	1	2	3	4
(219)	3 Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes	1	2	3	4
(220)	4 Die Arbeitssituation in Österreich	1	2	3	4
(221)	5 Ihre persönliche Berufssituation	1	2	3	4
(222)	6 Die wirtschaftliche Situation in der EU	1	2	3	4
(223)	7 Die Situation der Weltwirtschaft	1	2	3	4
(224)	8 Die Situation der Umwelt in Österreich	1	2	3	4
(225)					

EB71.3 QA3a (ITEM 1-7) + EB70.1 QA6a (ITEM 8) TREND MODIFIED
--

QA5a und QA6a nicht in CY(tcc) abfragen - CY(tcc) weiter mit QA5b

QA5a	Welche sind Ihrer Meinung nach die zwei wichtigsten Themen, denen sich Österreich zur Zeit stellen muss?
------	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 2 ANTWORTEN

(234-250)

Kriminalität	1,
Wirtschaftliche Situation	2,
Steigende Preise, Inflation	3,
Besteuerung	4,
Arbeitslosigkeit	5,
Terrorismus	6,
Landesverteidigung, Außenpolitik	7,
Wohnbau	8,
Einwanderung	9,
Gesundheitssystem	10,
Bildungs- und Ausbildungssystem	11,
Pensionen	12,
Die Umwelt	13,
Energieversorgung	14,
Andere (SPONTAN)	15,
Keine (SPONTAN)	16,
Weiß nicht	17,

EB71.3 QA4a TREND MODIFIED

QA6a	Und für Sie persönlich, was sind die zwei wichtigsten Themen, denen Sie sich zur Zeit stellen müssen?
------	---

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 2 ANTWORTEN

	(251-267)
Kriminalität	1,
Wirtschaftliche Situation	2,
Steigende Preise, Inflation	3,
Besteuerung	4,
Arbeitslosigkeit	5,
Terrorismus	6,
Landesverteidigung, Außenpolitik	7,
Wohnbau/ Wohnungsbeschaffung	8,
Einwanderung	9,
Gesundheitssystem	10,
Bildungs- und Ausbildungssystem	11,
Pensionen	12,
Die Umwelt	13,
Energieversorgung	14,
Anderes (SPONTAN)	15,
Keine (SPONTAN)	16,
Weiß nicht	17,

EB71.3 QA5a TREND MODIFIED

QA7a und QA8a nur in EU27 abfragen – FYROM, TR und HR weiter mit QA7b – CY(tcc) weiter mit QA7c

QA7a	Allgemein gesehen, ist die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach ...?
------	---

VORLESEN

	(302)
Eine gute Sache	1
Eine schlechte Sache	2
Weder gut noch schlecht	3
Weiß nicht	4

EB71.3 QA6a

QA8a	Hat Ihrer Meinung nach Österreich insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile oder ist das nicht der Fall?
------	--

	(303)
Vorteile	1
Ist nicht der Fall	2
Weiß nicht	3

QA9a nicht in CY(tcc) abfragen – CY(tcc) weiter mit QA9b

QA9a	In der momentanen Zeit, würden Sie sagen, dass, allgemein gesehen, die Dinge in ... in die richtige oder in die falsche Richtung gehen?
------	---

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Die Dinge gehen in die richtige Richtung	Die Dinge gehen in die falsche Richtung	Weder das eine noch das andere (SPONTAN)	Weiß nicht
--	----------	---	--	--	------------

(308)	1	Österreich	1	2	3	4
(309)	2	der Europäischen Union	1	2	3	4
(310)	3	den Vereinigten Staaten von Amerika	1	2	3	4

EB71.3 QA8a (ITEMS 1-2) + EB71.1 QA8a (ITEM 3)

An alle

QA10	Nun eine Frage über das Vertrauen, das Sie in bestimmte Institutionen haben. Ich lese Ihnen Institutionen vor, und Sie sagen mir für jede einzelne, ob Sie ihr eher vertrauen oder ob Sie ihr eher nicht vertrauen.
------	---

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	Weiß nicht
(314)	1 Der Presse im Allgemeinen / Zeitungen / Zeitschriften	1	2	3
(315)	2 Dem Radio	1	2	3
(316)	3 Dem Fernsehen	1	2	3
(317)	4 Dem Internet	1	2	3
(318)	5 Dem Bundesheer	1	2	3
(319)	6 Der Justiz / dem österreichischen Rechtssystem	1	2	3
(320)	7 Den politischen Parteien	1	2	3
(321)	8 Der österreichischen Bundesregierung	1	2	3
(322)	9 Dem österreichischen Nationalrat	1	2	3
(323)	10 Der Europäischen Union	1	2	3
(324)	11 Der UNO	1	2	3
(325)	12 Regionalen oder lokalen öffentlichen Behörden	1	2	3
(326)	13 Der NATO	1	2	3

EB71.3 QA9 (items 6-11) + EB69.2 QA12 (items 1-5) + EB70.1 QA12 (item 12-13)
--

QA11	Hat die Europäische Union im Allgemeinen für Sie ein sehr positives, ziemlich positives, ein neutrales, ein ziemlich negatives oder ein sehr negatives Image?
------	---

NUR EINE ANTWORT

	(327)
Sehr positiv	1
Ziemlich positiv	2
Neutral	3
Ziemlich negativ	4
Sehr negativ	5
Weiß nicht	6

EB71.3 QA10

QA12	Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?
------	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH - VON OBEN NACH UNTEN/UNTEN NACH OBEN ROTIEREN

(328-343)

Frieden	1,
Wirtschaftlicher Wohlstand	2,
Demokratie	3,
Soziale Sicherheit	4,
Die Freiheit, überall in der EU zu reisen, zu studieren und zu arbeiten	5,
Kulturelle Vielfalt	6,
Stärkere Mitsprache in der Welt	7,
Euro	8,
Arbeitslosigkeit	9,
Bürokratie	10,
Geldverschwendung	11,
Den Verlust unserer kulturellen Identität	12,
Mehr Kriminalität	13,
Nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen	14,
Anderes (SPONTAN)	15,
Weiß nicht	16,

EB71.3 QA11

QA13	Haben Sie jemals etwas gehört über ...
------	--

	VORLESEN	Ja	Nein	Weiß nicht
(344)	1 das Europaparlament	1	2	3
(345)	2 die Europäische Kommission	1	2	3
(346)	3 den Rat der Europäischen Union	1	2	3
(347)	4 die Europäische Zentralbank	1	2	3

EB71.3 QA13 (item 1, 2, 4) + EB70.1 QA16 (item 3)

QA14	Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden europäischen Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.
------	---

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	Weiß nicht
--	----------	----------------	----------------------	------------

(348)	1	Das Europaparlament	1	2	3
(349)	2	Die Europäische Kommission	1	2	3
(350)	3	Der Rat der Europäischen Union	1	2	3
(351)	4	Die Europäische Zentralbank	1	2	3

EB71.3 QA14 (item 1, 2, 4) + EB70.1 QA18 (item 3)

QA15	Was ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen Sie mir für jede einzelne Aussage, ob Sie dafür oder dagegen sind.
------	--

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN - ROTIEREN	Dafür	Dagegen	Weiß nicht
--	---------------------	-------	---------	------------

(352)	1	Eine Europäische Währungsunion mit einer einheitlichen Währung, dem Euro	1	2	3
(353)	2	Zusätzliche Erweiterungen der EU durch weitere Länder in den kommenden Jahren	1	2	3
(354)	3	Die Tatsache, dass der Aufbau Europas in einigen Ländern schneller vor sich geht als in anderen.	1	2	3

EB71.3 QA15

QA16	Europäische Integration hat sich in den letzten Jahren auf unterschiedliche Themen konzentriert. Ihrer Meinung nach, auf welche Aspekte sollten die europäischen Institutionen in den kommenden Jahren Wert legen, um die Europäische Union in Zukunft zu stärken?
------	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - ROTIEREN - MAX. 3 ANTWORTEN

(355-372)

Der Binnenmarkt	1,
Kulturpolitik	2,
Außenpolitik	3,
Verteidigungspolitik	4,
Immigrationsthemen	5,
Bildungspolitik	6,
Umweltthemen	7,
Energiethemen	8,
Solidarität mit ärmeren Regionen	9,
Wissenschaftliche Forschung	10,
Sozial- und gesundheitspolitische Themen	11,
Kampf gegen Kriminalität	12,
Der Kampf gegen den Klimawandel	13,
Wirtschaftsfragen	14,
Verkehrs- und Energieinfrastruktur	15,
Sonstige (SPONTAN)	16,
Keine (SPONTAN)	17,
Weiß nicht	18,

EB71.3 QA18 TREND MODIFIED

QA17	Können Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union sagen, ob Sie glauben, dass sie richtig oder falsch ist?
------	--

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN - ROTIEREN	Richtig	Falsch	Weiß nicht
(373)	1 Die Europäische Union besteht zur Zeit aus 25 Mitgliedsstaaten	1	2	3
(374)	2 Die Iren haben im zweiten Referendum vom 2. Oktober 2009 über den Lissaboner Vertrag mit "ja" abgestimmt.	1	2	3
(375)	3 Die Euro-Zone besteht zur Zeit aus zwölf Mitgliedstaaten	1	2	3
(376)	4 (NUR AN GRUPPE A) Die Schweiz ist ein Mitglied der Europäischen Union	1	2	3
(377)	5 (NUR AN GRUPE B) Island ist ein Mitgliedsland der Europäischen Union.	1	2	3

EB70.1 QA24 TREND MODIFIED

QA18a bis QA19a nicht in CY(tcc) abfragen – CY(tcc) weiter mit QA19b

QA18a	Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Österreich funktioniert, alles in allem gesehen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?
-------	---

QA18b	Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert? Würden Sie sagen -
-------	---

SKALA VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO SPALTE

VORLESEN	(378)	(379)
	QA18a In Österreich	QA18b In der Europäischen Union
Sehr zufrieden	1	1
Ziemlich zufrieden	2	2
Nicht sehr zufrieden	3	3
Überhaupt nicht zufrieden	4	4
Weiß nicht	5	5

EB68.1 QA11a & b

ITEM 2 NUR IN EU27 ABFRAGEN

QA19a	Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.
-------	---

	VORLESEN	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Weiß nicht
--	----------	----------------	----------------------	------------

(380)	1	Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert	1	2	3
(381)	2	Die Interessen Österreichs werden in der EU gut berücksichtigt	1	2	3

EB71.3 QA12a TREND MODIFIED

An alle

QA20 Können Sie mir sagen, ob Sie den folgenden Aussagen bezüglich des Aufbaus Europas zustimmen oder nicht zustimmen?

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
(383)	1 Die EU ist zu schnell gewachsen	1	2	3	4	5
(384)	2 Was die Bürger der verschiedenen Länder zusammenbringt ist wichtiger als das, was sie trennt	1	2	3	4	5
(385)	3 Zur Zeit fehlen der EU Ideen und Projekte	1	2	3	4	5
(386)	4 Die EU ist unabhkömmlich, um globalen Herausforderungen entgegen zu treten (Klimawandel, Terrorismus, etc.)	1	2	3	4	5

EB70.1 QD16

FRAGEN TREND EU-PRÄSIDENTSCHAFT

QA21 bis QA25 nur in EU27 abfragen - Andere weiter mit QB1a

QA21 In der Europäischen Union hat jeder Mitgliedstaat abwechselnd für sechs Monate den Vorsitz im Ministerrat. Zur Zeit ist Schweden an der Reihe. Haben Sie in letzter Zeit irgendetwas von diesem Vorsitz Schwedens in den Zeitungen gelesen, im Radio gehört oder im Fernsehen gesehen?

	(387)
Ja	1
Nein	2
Weiß nicht	3

EB71.3 QA19 TREND MODIFIED

Alle in EU27 abfragen

QA23 Ab 1. Jänner 2010 ist Spanien an der Reihe. Haben Sie in letzter Zeit irgendetwas von diesem Vorsitz Spaniens in den Zeitungen gelesen, im Rundfunk gehört oder im Fernsehen oder im Internet gesehen?

(389)

Ja	1
Nein	2
Weiß nicht	3

ALLE IN EU27 FRAGEN

QA25 Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der Europäischen Union sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?

NUR EINE ANTWORT

(391)

Sehr optimistisch	1
Ziemlich optimistisch	2
Ziemlich pessimistisch	3
Sehr pessimistisch	4
Weiß nicht	5

EB71.3 QF1

2) DIE EU, DIE WELT UND DIE GLOBALISIERUNG

An alle

QB1a	Welcher der folgenden Faktoren ist Ihrer Ansicht nach für den weltweiten Einfluss und die Macht eines Landes oder einer Gruppe von Ländern am entscheidensten?
------	--

QB1b	Und welcher Faktor steht an zweiter Stelle?
------	---

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO SPALTE

(ALLE VORGABEN VORLESEN - VON UNTEN NACH OBEN / OBEN NACH UNTEN ROTIEREN)	(412)	(413)
	QB1a	QB1b
	ERSTENS	ZWEITENS
Die Wirtschaftskraft	1	1
Der politische Einfluss	2	2
Die militärische Stärke	3	3
Der kulturelle Einfluss	4	4
Andere (SPONTAN)	5	5
Nichts davon (SPONTAN)	6	6
Weiß nicht	7	7

EB71.3 QB1a, b

QB2a	Und welcher dieser Faktoren charakterisiert Ihrer Meinung nach die Europäische Union am besten? Erstens?
------	--

QB2b	Und welcher Faktor steht an zweiter Stelle?
------	---

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO SPALTE

(ALLE VORGABEN VORLESEN - VON UNTEN NACH OBEN / OBEN NACH UNTEN ROTIEREN) (M)	(414)	(415)
	QB2a	QB2b
	ERSTENS	ZWEITENS
Die Wirtschaftskraft	1	1
Der politische Einfluss	2	2
Die militärische Stärke	3	3
Der kulturelle Einfluss	4	4
Andere (SPONTAN)	5	5
Nichts davon (SPONTAN)	6	6
Weiß nicht	7	7

EB71.3 QB2a, b

QB3	Für jede der folgenden Aussagen, sagen Sie mir bitte ob Sie sehr zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.
-----	--

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN - ROTIEREN	Stimme sehr zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu	Weiß nicht
(416)	1 Die Globalisierung ist eine Chance für wirtschaftliches Wachstum	1	2	3	4	5
(417)	2 Die Globalisierung verstärkt soziale Ungleichheiten	1	2	3	4	5
(418)	3 Die Globalisierung macht gemeinsame Regeln auf weltweiter Ebene notwendig („weltweites Regieren“)	1	2	3	4	5
(419)	4 Die Europäische Union und die USA haben im Umgang mit der Globalisierung dieselben Interessen	1	2	3	4	5
(420)	5 Die Globalisierung schützt uns vor Preiserhöhungen	1	2	3	4	5
(421)	6 Die Globalisierung verhilft zu Frieden in der Welt	1	2	3	4	5
(422)	7 Die Globalisierung bedeutet eine Gefahr für die österreichische Kultur	1	2	3	4	5
(424)	9 Die Globalisierung ist nur für große Konzerne profitabel, nicht für die Bürger	1	2	3	4	5
(425)	10 Die Globalisierung bedeutet mehr ausländische Investitionen in Österreich	1	2	3	4	5
(427)	12 Die Globalisierung hilft der Entwicklung ärmerer Länder	1	2	3	4	5
(428)	13 Die Globalisierung ermöglicht den Menschen, offener fremden Kulturen gegenüber zu sein	1	2	3	4	5

(429)	14	Die EU verfügt über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft	1	2	3	4	5
(430)	15	(NUR AN GRUPPE A) Die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen	1	2	3	4	5
(431)	16	(NUR AN GRUPPE B) Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, von den positiven Auswirkungen der Globalisierung besser zu profitieren	1	2	3	4	5

EB71.3 QB3 (item 1-3) EB69.2 QA47a&b (item 4-13)

QB4a NICHT IN CY (tcc) FRAGEN - CY (tcc) WEITER ZU QB4b

QB4a	Welcher der beiden folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung bezüglich der Globalisierung am nächsten?
------	---

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(432)

Globalisierung stellt dank der Erschließung neuer Märkte eine gute Gelegenheit für österreichische Unternehmen dar	1
Globalisierung stellt eine Bedrohung für Beschäftigung und Firmen in Österreich dar	2
Weiß nicht	3

EB71.3 QB4a

An alle

QB5	Würden Sie sagen, dass die europäische Wirtschaft eine bessere Leistung, eine schlechtere Leistung oder eine gleich gute Leistung erbringt wie die ... Wirtschaft?
-----	--

LISTE VORLEGEN

	VORLESEN	bessere Leistung	schlechter e Leistung	gleich gute Leistung	Weiß nicht
--	----------	------------------	-----------------------	----------------------	------------

(434)	1	amerikanische	1	2	3	4
(435)	2	japanische	1	2	3	4
(436)	3	chinesische	1	2	3	4
(437)	4	indische	1	2	3	4
(438)	5	russische	1	2	3	4
(439)	6	brasilianische	1	2	3	4

EB71.3 QB7

QB6	Auf welche zwei der folgenden Aspekte sollte sich unsere Gesellschaft konzentrieren, um die größten weltweiten Herausforderungen zu meistern?
-----	---

(LISTE VORLEGEN - VORLESEN - ROTIEREN - MAX. 2 ANTWORTEN)

	(440-448)
Umweltschutz	1,
Soziale Gleichheit und Solidarität	2,
Freier Handel / Marktwirtschaft	3,
Kulturelle Vielfalt und Offenheit gegenüber anderen	4,
Fortschritt und Innovation	5,
Traditionen	6,
Sonstige (SPONTAN)	7,
Nichts davon (SPONTAN)	8,
Weiß nicht	9,

EB71.3 QC3

3) DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE

QC1	Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?
-----	---

NUR EINE ANTWORT

(469)

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	1
Das Schlimmste steht noch bevor	2
Weiß nicht	3

EB71.2 QB3

QC2	Welche der folgenden Aussagen gibt Ihre Haushaltssituation am besten wieder?
-----	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(470)

Ihre derzeitige Situation erlaubt es Ihnen nicht, Pläne für die Zukunft zu machen. Sie leben von Tag zu Tag	1
Sie wissen, was Sie in den nächsten sechs Monaten tun werden	2
Sie haben eine langfristige Perspektive darüber, wie Ihr Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird	3
Andere (SPONTAN)	4
Weiß nicht	5

EB71.3 QJ6

QC3	Welcher der folgenden ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, am effizientesten mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise umzugehen?
-----	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - ROTIEREN - NUR EINE ANTWORT

(471)

Die österreichische Bundesregierung	1
Die Europäische Union	2
Die Vereinigten Staaten	3
Die G20	4
Der Internationale Währungsfonds (IWF)	5
Sonstige (SPONTAN)	6
Nichts davon (SPONTAN)	7
Weiß nicht	8

EB71.3 QB8

QC4a in den Ländern der EU27 abfragen, die in der Eurozone sind - Andere weiter mit QC4b

QC4a	Sagen Sie mir bitte, ob Sie der folgenden Aussage voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Österreich wäre angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise besser geschützt gewesen, hätten wir den Schilling beibehalten.
------	--

NUR EINE ANTWORT

(472)

Stimme voll zu	1
Stimme eher zu	2
Stimme eher nicht zu	3
Stimme überhaupt nicht zu	4
Weiß nicht	5

EB71.1 QD6a

QC5 bis QC8 nur in EU27 abfragen - Andere weiter mit QC9

QC5	Könnten Sie mir sagen, ob Sie der folgenden Aussage voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Insgesamt hat der Euro die negativen Auswirkungen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert.
-----	--

NUR EINE ANTWORT

(474)

Stimme voll zu	1
Stimme eher zu	2
Stimme eher nicht zu	3
Stimme überhaupt nicht zu	4
Weiß nicht	5

EB71.1 QD8

QC6	Derzeit werden bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise innerhalb der europäischen Institutionen diskutiert. Könnten Sie mir für jede dieser Maßnahmen sagen, ob Sie denken, sie wäre bei der Bekämpfung der Krise effektiv oder nicht effektiv?
-----	---

LISTE MIT SKALA VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Sehr effektiv	Ziemlich effektiv	Nicht wirklich effektiv	Gar nicht effektiv	Weiß nicht
--	----------	---------------	-------------------	-------------------------	--------------------	------------

(475)	1	Eine wichtigere Rolle für die EU bei der Regulierung der Finanzdienstleistungen auf internationaler Ebene	1	2	3	4	5
(476)	2	Die Überwachung und Kontrolle der Aktivitäten der wichtigsten internationalen Finanzgruppen durch die EU	1	2	3	4	5
(477)	3	Eine stärkere Koordination der wirtschaftlichen und finanziellen Politikstrategien zwischen allen Mitgliedstaaten der EU	1	2	3	4	5
(478)	4	Eine Kontrolle durch die EU, wann immer öffentliches Geld zur Rettung einer Finanzinstitution aufgewendet wird	1	2	3	4	5

EB71.1 QD9

QC7	Welche der folgenden Vorschläge würden Sie bevorzugen, um die Leistung der europäischen Wirtschaft zu verbessern?
-----	---

VORLESEN - MAX. 3 ANTWORTEN

(479-489)

(NUR AN GRUPPE A) Die Arbeitszeit verlängern	1,
(NUR AN GRUPPE B) Erhöhung der gesetzlichen Anzahl der Arbeitsstunden	2,
Verbesserung der Ausbildung und der beruflichen Weiterbildung	3,
Investition in Forschung und Innovation	4,
(NUR AN GRUPPE A) Unternehmen leichterem Zugang zu Krediten gewähren	5,
Vereinfachung der Unternehmensgründung	6,
Wirkungsvollerer Gebrauch der Energie	7,
Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur (Autobahnen, Bahnstrecken etc.)	8,
(NUR AN GRUPPE A) In die Entwicklung umweltfreundlicher Produkte oder Dienstleistungen investieren	9,
Andere (SPONTAN)	10,
Weiß nicht	11,

EB66.1 QA46 TREND MODIFIED

QC8	Welche zwei der folgenden Maßnahmen sollte die Europäische Union am ehesten einsetzen, um den Menschen dabei zu helfen, die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu überstehen?
-----	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - ROTIEREN - MAX. 2 ANTWORTEN

(490-501)

Investitionen in Unterricht\ Ausbildung\ Forschung	1,
Investitionen in die Infrastruktur	2,
Investitionen in Energie-\ umweltverwandte Themen	3,
Unterstützung für große Unternehmen / Industrie	4,
Unterstützung der KMUs (Klein- und Mittelunternehmen)	5,
Garantie der Gesundheitsvorsorge	6,
Unterstützung für Pensionisten	7,
Arbeitslosenunterstützung	8,
Unterstützung für die Ärmsten	9,
Sonstige (SPONTAN)	10,
Nichts davon (SPONTAN)	11,
Weiß nicht	12,

EB71.3 QB10

QC9 in EU27+FM, HR, TR abfragen - CY(tcc) weiter mit QD

QC9	Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
-----	--

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

		Stimme sehr zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu	Weiß nicht
(502)	1 (NUR AN GRUPPE A) Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht es leichter, Reformen zu verabschieden	1	2	3	4	5
(503)	2 (NUR AN GRUPPE B) Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht es schwieriger, Reformen zu verabschieden	1	2	3	4	5
(504)	3 Reformen, die den künftigen Generationen zugute kommen, sollten vorangetrieben werden, selbst wenn dies für die gegenwärtige Generation gewisse Opfer bedeutet	1	2	3	4	5
(505)	4 (NUR AN GRUPPE A) Österreich braucht mehr Reformen, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein	1	2	3	4	5
(506)	5 (NUR AN GRUPPE B) Die Reformen, die bisher in Österreich verabschiedet wurden, sind ausreichend, um für die Zukunft gerüstet zu sein	1	2	3	4	5

NEW

QC10 in EU27 abfragen - Andere weiter mit QD

QC10	Welche der Maßnahmen aus der folgenden Liste sollte bei der Frage um die Reform des Finanzsystems in der Europäischen Union vorrangig berücksichtigt werden?
------	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN! Nur eine Antwort möglich

(507)

Transparenz der Gewinne, Kosten und Risiken für die Finanzmärkte	1
Rechenschaftspflicht der Finanzdirektoren, einschließlich Prämien	2
Staatliche Sicherheit für Einlagen von Privatleuten	3
Stärkeres EU-System der Überwachung der Finanzmärkte und der Finanzinstitutionen	4
Sonstige (Spontan)	5
Nichts davon (SPONTAN)	6
Weiß nicht	7

NEW

4) WERTE

An alle

QD1 Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe, ob Sie damit etwas sehr Positives, eher Positives, eher Negatives oder sehr Negatives verbinden.

LISTE MIT SKALA VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN - ROTIEREN	Sehr positiv	Ziemlich posi	Ziemlich negativ	Sehr negativ	Weiß nicht
(528)	1 Unternehmen	1	2	3	4	5
(529)	2 Wohlfahrtsstaat	1	2	3	4	5
(530)	3 Wettbewerbsfähigkeit	1	2	3	4	5
(531)	4 Freihandel	1	2	3	4	5
(532)	5 Protektionismus	1	2	3	4	5
(533)	6 Globalisierung	1	2	3	4	5
(534)	7 Liberalisierung	1	2	3	4	5
(535)	8 Gewerkschaft	1	2	3	4	5
(536)	9 Reformen	1	2	3	4	5
(537)	10 Öffentliche Verwaltung	1	2	3	4	5
(538)	11 Flexibilität	1	2	3	4	5
(539)	12 Wettbewerb	1	2	3	4	5
(540)	13 Sicherheit	1	2	3	4	5
(541)	14 Solidarität	1	2	3	4	5

EB67.2 QA28 (1-11) TREND MODIFIED

QD2a nicht in CY(tcc) abfragen - CY(tcc) weiter mit QD2b

QD2a Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, inwieweit Sie dieser eher zustimmen oder eher nicht zustimmen ?

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Voll zustimmen	Eher zustimmen	Eher nicht zustimmen	Überhaupt nicht zustimmen	Weiß nicht
(542)	1 Der Staat mischt sich zu sehr in unser Leben ein	1	2	3	4	5
(543)	2 (SPLIT A) Wirtschaftliches Wachstum sollte in Österreich Vorrang haben, auch wenn es die Umwelt beeinträchtigt	1	2	3	4	5
(544)	3 (SPLIT B) Umweltschutz sollte in Österreich Vorrang haben, auch wenn es das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigt	1	2	3	4	5
(545)	4 Freier Wettbewerb ist die beste Garantie für wirtschaftlichen Wohlstand	1	2	3	4	5

EB71.3 QC1a

An alle

QD3	Angenommen, unsere Lebensart würde sich in naher Zukunft folgendermaßen ändern; wäre das Ihrer Ansicht nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder eine Sache, die weder gut noch schlecht ist?
-----	---

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Eine gute Sache	Eine schlechte Sache	Weder gut noch schlecht	Weiß nicht
(550)	1 Es wird weniger Wert auf Geld und materiellen Besitzstand gelegt	1	2	3	4
(551)	2 Es wird mehr Wert auf die Entwicklung neuer Technologien gelegt	1	2	3	4

EB71.3 QC2

QD4	Wenn Sie an Ihre Kaufkraft denken, das heißt an jene Dinge, die sich Ihr Haushalt im täglichen Leben leisten kann, und wenn Sie Ihre gegenwärtige Situation mit der von vor fünf Jahren vergleichen, würden Sie sagen sie hat sich verbessert, ist ungefähr gleich geblieben, oder hat sich verschlechtert?
-----	---

	(552)
Verbessert	1
Ist ungefähr gleich geblieben	2
Verschlechtert	3
Weiß nicht	4

EB71.1 QA12

QD5	Generell gesehen, denken Sie, dass das Leben für die Kinder von heute leichter, schwieriger oder weder leichter noch schwieriger sein wird als das Leben Ihrer Generation?
-----	--

	(553)
Leichter	1
Schwieriger	2
Weder leichter noch schwieriger	3
Weiß nicht	4

EB71.1 QA14

QD6a nicht in CY(tcc) abfragen - CY(tcc) weiter mit QD6b

QD6a	Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage eher zustimmen oder eher nicht zustimmen: Die Kinder, die in Österreich leben, würden ein besseres Leben führen, wenn Sie in ein anderes Land auswandern würden.
------	--

(554)

Stimme eher zu	1
Stimme eher nicht zu	2
Kommt darauf an (SPONTAN)	3
Weiß nicht	4

EB70.1 QA23 TREND

An alle

QD7	Und was von dieser Liste sind für Sie persönlich die drei wichtigsten Werte?
-----	--

(LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 3 ANTWORTEN)

(556-569)

Rechtsstaatlichkeit	1,
Respekt für menschliches Leben	2,
Menschenrechte	3,
Persönliche Freiheit	4,
Demokratie	5,
Frieden	6,
Gleichheit (Gleichberechtigung)	7,
Solidarität, Unterstützung für andere	8,
Toleranz	9,
Religion	10,
Selbstverwirklichung	11,
Respekt für andere Kulturen	12,
Nichts von diesen (SPONTAN)	13,
Weiß nicht	14,

EB69.2 QD2 TREND MODIFIED

QD8	Welche drei der folgenden Werte stehen am besten für die Europäische Union?
-----	---

(LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 3 ANTWORTEN)

	(570-583)
Rechtsstaatlichkeit	1,
Respekt für menschliches Leben	2,
Menschenrechte	3,
Persönliche Freiheit	4,
Demokratie	5,
Frieden	6,
Gleichheit (Gleichberechtigung)	7,
Solidarität, Unterstützung für andere	8,
Toleranz	9,
Religion	10,
Selbstverwirklichung	11,
Respekt für andere Kulturen	12,
Nichts von diesen (SPONTAN)	13,
Weiß nicht	14,

EB69.2 QD3

5) SUBSIDIARITÄT

QE NUR IN EU27 ABFRAGEN - ANDERE WEITER MIT DEMOGRAPHIE

QE1	Ihrer Meinung nach, welche der verschiedenen öffentlichen Ebenen - europäische Ebene, nationale Ebene, regionale bzw. lokale Ebene - hat den stärksten Einfluss auf Ihre Lebensbedingungen?
-----	---

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(604)

Die europäische Ebene	1
Die nationale Ebene	2
Die regionale oder lokale Ebene	3
Weiß nicht	4

EB71.3 QG1

QE2	Ihrer Meinung nach, werden regionale oder lokale Behörden ausreichend oder nicht ausreichend berücksichtigt, wenn es um politische Entscheidungen innerhalb der Europäischen Union geht?
-----	--

VORLESEN

(605)

Ausreichend	1
Nicht ausreichend	2
Weiß nicht	3

EB71.3 QG2

6) SPANISCHE PRÄSIDENTSCHAFT

QF NUR IN EU27 ABFRAGEN - ANDERE WEITER MIT DEMOGRAPHIE

QF1 Mit welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie überein?

VORLESEN - ROTIEREN - MEHRERE ANTWORTEN MÖGLICH

(626-635)

Innovative Produkte oder Dienstleistungen sind meistens Spielereien	1,
Innovative Produkte oder Dienstleistungen sind meistens Modeerscheinungen	2,
Innovative Produkte oder Dienstleistungen erleichtern oft das Alltagsleben	3,
Ein Unternehmen, das innovative Produkte oder Dienstleistungen verkauft, verbessert damit auch das Image aller seiner anderen Produkte oder Dienstleistungen	4,
Ein Unternehmen, das nicht innovativ ist, wird nicht überleben	5,
Der Kauf von innovativen Produkten oder Dienstleistungen ist für den Konsumenten riskant	6,
Die Vorteile von innovativen Produkten oder Dienstleistungen werden oft übertrieben	7,
Innovation ist von entscheidender Bedeutung für die Förderung des Wirtschaftswachstums	8,
Mit keiner (SPONTAN)	9,
Weiß nicht	10,

EB63.4 QE6

QF2 Bitte sagen Sie mir für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach vor, hinter oder gleichauf mit den Vereinigten Staaten liegt.

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Vor	Hinter	Gleichauf	Weiß nicht
(636)	1 Wissenschaftliche Forschung	1	2	3	4
(637)	2 Umweltschutz	1	2	3	4
(638)	3 Innovative Technologien	1	2	3	4
(639)	4 Gesundheitssystem	1	2	3	4
(640)	5 Bildung	1	2	3	4
(641)	6 Bekämpfung sozialer Ungleichheiten	1	2	3	4
(642)	7 Bekämpfung von Arbeitslosigkeit	1	2	3	4
(643)	8 Bekämpfung von Diskriminierung	1	2	3	4
(644)	9 Unternehmergeist	1	2	3	4

EB66.1 QA39 TREND MODIFIED

QF3	Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden politischen Bereiche Ihrer Ansicht nach von der österreichischen Bundesregierung entschieden werden sollten und welche gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollten.
-----	---

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN - ROTIEREN	Entscheidungen durch die Bundesregierung	Entscheidungen gemeinsam innerhalb der EU	Weiß nicht
--	---------------------	--	---	------------

(645)	1	Bekämpfung der Kriminalität	1	2	3
(646)	2	Besteuerung	1	2	3
(647)	3	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	1	2	3
(648)	4	Bekämpfung des Terrorismus	1	2	3
(649)	5	Verteidigung und auswärtige Beziehungen	1	2	3
(650)	6	Einwanderung	1	2	3
(651)	7	Bildungs- und Ausbildungssystem	1	2	3
(652)	8	Pensionen	1	2	3
(653)	9	Schutz der Umwelt	1	2	3

EB70.1 QA25

QF4	Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden politischen Bereiche Ihrer Ansicht nach von der österreichischen Bundesregierung entschieden werden sollten und welche gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollten.
-----	---

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN - ROTIEREN	Entscheidungen durch die Bundesregierung	Entscheidungen gemeinsam innerhalb der EU	Weiß nicht
--	---------------------	--	---	------------

(654)	1	Gesundheit	1	2	3
(655)	2	Sozialwesen	1	2	3
(656)	3	Landwirtschaft und Fischerei	1	2	3
(657)	4	Konsumentenschutz	1	2	3
(658)	5	Wissenschaftliche und technologische Forschung	1	2	3
(659)	6	Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten	1	2	3
(660)	7	Energie	1	2	3
(661)	8	Wettbewerb	1	2	3
(662)	9	Verkehr	1	2	3
(663)	10	Wirtschaft	1	2	3
(664)	11	Inflationsbekämpfung	1	2	3

EB70.1 QA26

7) NEUE PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

QG NUR IN EU27 ABFRAGEN - ANDERE WEITER ZU DEMOGRAPHIE

QG1 Welche der folgenden Aspekte sollten Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren die höchsten Prioritäten der Europäischen Union sein?

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - ROTIEREN - MAX. 3 ANTWORTEN

(685-692)

Wirtschaftlicher Aufschwung	1,
Der Kampf gegen den Klimawandel	2,
Nachhaltige Förderung des Wachstums	3,
Fortschritte bei den Bürgerrechten	4,
Zu mehr Stabilität in der Welt beitragen	5,
Sonstige (Spontan)	6,
Nichts davon (SPONTAN)	7,
Weiß nicht	8,

NEW

QG2 Welche der folgenden Aspekte sollten in der Europäischen Union vorrangig berücksichtigt werden, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu gewährleisten?

(ALLE VORGABEN VORLESEN - ROTIEREN - MAX. 2 NENNUNGEN)

(693-700)

Ein höheres Maß an Koordination der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene entwickeln	1,
Die Qualität der Bildung verbessern	2,
Ein stärkeres europäisches System der Überwachung der Finanzmärkte und der Finanzinstitutionen einrichten	3,
Übermäßige öffentliche Defizite in Zukunft in Grenzen halten	4,
Unternehmen leichteren Zugang zu Krediten gewähren	5,
Sonstige (Spontan)	6,
Nichts davon (SPONTAN)	7,
Weiß nicht	8,

NEW

QG3	Welche der folgenden Aspekte sollten zur Bekämpfung des Klimawandels vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden?
-----	---

(ALLE VORGABEN VORLESEN - ROTIEREN - MAX. 2 NENNUNGEN)

(701-709)

CO2 (Kohlendioxid)-Emissionen aus Verkehr und Strom reduzieren	1,
Saubere Kraftfahrzeuge entwickeln	2,
Umweltfreundliche Industrien, Dienstleistungen und Technologie entwickeln	3,
Den Kampf gegen den Klimawandel in allen Politikbereichen der EU wie Industrie, Landwirtschaft und Verkehr berücksichtigen	4,
Die Energieversorgung sichern	5,
Entwicklung der Nutzung von Nuklearenergie	6,
Sonstige (Spontan)	7,
Nichts davon (SPONTAN)	8,
Weiß nicht	9,

NEW

QG4	Welche der folgenden Aspekte sollten zur nachhaltigen Förderung des Wachstums vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden?
-----	--

(ALLE VORGABEN VORLESEN - ROTIEREN - MAX. 3 NENNUNGEN)

(710-724)

Anreize für Forschung und Innovationen in der europäischen Industrie	1,
Modernisierung des Dienstleistungssektors	2,
Rationalisierung der öffentlichen Dienste	3,
Hilfe für die Landwirtschaft	4,
Unterstützung einer umweltfreundlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen	5,
Anreize zur Gründung eigener Unternehmen	6,
Kontrolle der Migrationsströme, um den Erfordernissen der europäischen Wirtschaft gerecht zu werden	7,
Erleichterung der Integration legaler Migranten	8,
Stärkung der Verbraucherrechte	9,
Verbesserung des Zugangs zum Hochgeschwindigkeits-Internet	10,
Investitionen in die neuen Formen der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT)	11,
Belohnungen für neue Ideen und kreative Konzepte	12,
Sonstige (Spontan)	13,
Nichts davon (SPONTAN)	14,
Weiß nicht	15,

NEW

QG5	Welche der folgenden Aspekte sollten zur Förderung der Bürgerrechte vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden?
-----	--

(ALLE VORGABEN VORLESEN - ROTIEREN - MAX. 2 NENNUNGEN)

(725-732)

Stärkung des Schutzes der Grenzen der Europäischen Union	1,
Entwicklung der Kapazität der Europäischen Union, Naturkatastrophen zu verhindern und darauf zu reagieren	2,
Erleichterung der Mobilität junger Menschen innerhalb der Europäischen Union	3,
Reaktion auf die Herausforderungen infolge der zunehmend alternden Bevölkerung	4,
Förderung und Verbesserung des Dialogs zwischen den Bürgern der Europäischen Union und den Institutionen der EU	5,
Sonstige (Spontan)	6,
Nichts davon (SPONTAN)	7,
Weiß nicht	8,

NEW

QG6	Welche der folgenden Aspekte sollten zum Beitrag zur weltweiten Stabilität vorrangig von der Europäischen Union berücksichtigt werden?
-----	--

(ALLE VORGABEN VORLESEN - ROTIEREN - MAX. 2 NENNUNGEN)

(733-741)

Förderung und Schutz der Menschenrechte	1,
Beteiligung an der Konfliktbeilegung, am Friedenserhalt und am Aufbau des Friedens	2,
Maßnahmen zur Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen (Nuklearwaffen, chemische Waffen usw.)	3,
Entwicklung der Beziehungen der Europäischen Union mit den östlichen Ländern wie Russland, der Ukraine usw.	4,
Entwicklung der Beziehungen der Europäischen Union mit den Mittelmeerländern	5,
Förderung der Entwicklung armer Länder	6,
Sonstige (Spontan)	7,
Nichts davon (SPONTAN)	8,
Weiß nicht	9,

NEW

8) FRAGEN GD AUSSENBEZIEHUNGEN

QH NUR IN EU27 ABFRAGEN - ANDERE WEITER MIT DEMOGRAPHIE

QH1	Auf welche der folgenden globalen Bedrohungen und Herausforderungen sollte die Europäische Union sich Ihrer Meinung nach in ihren Beziehungen mit der restlichen Welt verstärkte Aufmerksamkeit richten?
-----	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - ROTIEREN - MAX. 3 ANTWORTEN

	(762-777)
Armut	1,
Klimawandel	2,
Abrüstung	3,
Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen (Nuklearwaffen, chemischen Waffen usw.)	4,
Friedenserhalt	5,
Humanitäre Hilfe	6,
Menschenrechte und Demokratie	7,
Terrorismus	8,
Bildung	9,
Globale Gesundheit (Zugang zu Gesundheitsschutz, Bekämpfung von Pandemien, AIDS und anderen Krankheiten)	10,
Umwelt	11,
Entwicklung von Wirtschaft und Handel	12,
Sonstige (Spontan)	13,
Spontan: alle davon	14,
Nichts davon (SPONTAN)	15,
Weiß nicht	16,

NEW

QH2a	Für welche der folgenden globalen Bedrohungen und Herausforderungen sollten die Vereinten Nationen Ihrer Meinung nach eine verstärkte Rolle spielen?
------	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - ROTIEREN - MAX. 3 ANTWORTEN

	(778-793)
Armut	1,
Klimawandel	2,
Abrüstung	3,
Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen (Nuklearwaffen, chemischen Waffen usw.)	4,
Friedenserhalt	5,
Humanitäre Hilfe	6,
Menschenrechte und Demokratie	7,
Terrorismus	8,
Bildung	9,
Globale Gesundheit (Zugang zum Gesundheitsschutz, Bekämpfung von Pandemien, AIDS und anderen Krankheiten)	10,
Umwelt	11,
Entwicklung von Wirtschaft und Handel	12,
Sonstige (Spontan)	13,
Spontan: alle davon	14,
Nichts davon (SPONTAN)	15,
Weiß nicht	16,

NEW

QH2b	Und für welche der folgenden globalen Bedrohungen und Herausforderungen wäre eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Vereinten Nationen von größtem Vorteil?
------	---

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - ROTIEREN - MAX. 3 ANTWORTEN

	(794-809)
Armut	1,
Klimawandel	2,
Abrüstung	3,
Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen (Nuklearwaffen, chemischen Waffen usw.)	4,
Friedenserhalt	5,
Humanitäre Hilfe	6,
Menschenrechte und Demokratie	7,
Terrorismus	8,
Bildung	9,
Globale Gesundheit (Zugang zum Gesundheitsschutz, Bekämpfung von Pandemien, AIDS und anderen Krankheiten)	10,
Umwelt	11,
Entwicklung von Wirtschaft und Handel	12,
Sonstige (Spontan)	13,
Spontan: alle davon	14,
Nichts davon (SPONTAN)	15,
Weiß nicht	16,

NEW

SOZIODEMOGRAPHIE

D1	In der Politik spricht man von "links" und "rechts". Wie würden Sie persönlich Ihren politischen Standpunkt auf dieser Liste einordnen?
----	---

LISTE VORLEGEN - DEM BEFRAGTEN ZEIT LASSEN, NICHT BEEINFLUSSEN. FALLS ER ZÖGERT, ZUR ANTWORT ERMUTIGEN!

(830-831)

1 Link s	2	3	4	5	6	7	8	9	10 Rec hts
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Verweigert (SPONTAN)

11

Weiß nicht

12

EB71.3 D1

KEINE FRAGEN D2 BIS D6

D7 Würden Sie mir bitte sagen, was Ihrer derzeitigen Situation am besten entspricht?

LISTE VORLEGEN - VORLESEN! Nur eine Antwort möglich

(832-833)

Verheiratet oder wieder verheiratet	
Haushalt ohne Kinder	1
Haushalt mit Kindern aus dieser Ehe	2
Haushalt mit Kindern aus einer früheren Ehe eines der beiden Ehegatten	
	3
Haushalt mit Kindern aus dieser und einer früheren Ehe	4
Nichteheliche Lebensgemeinschaft	
Haushalt ohne Kinder	5
Haushalt mit Kindern aus dieser Verbindung	6
Haushalt mit Kindern aus einer früheren Verbindung	7
Haushalt mit Kindern aus dieser Verbindung und aus einer früheren Verbindung	8
Ledig	
Haushalt ohne Kinder	9
Haushalt mit Kindern	10
Geschieden oder getrennt lebend	
Haushalt ohne Kinder	11
Haushalt mit Kindern	12
Verwitwet	
Haushalt ohne Kinder	13
Haushalt mit Kindern	14
Andere (SPONTANEOUS)	15
Verweigert (SPONTANEOUS)	16

EB72.3 D7

D8 Als Sie mit Ihrer Schul- bzw. Universitätsausbildung aufgehört haben, wie alt waren Sie da?

WENN BEFRAGTER "NOCH STUDIERT", CODE "00"; WENN "KEINE SCHUL- BZW. UNIVERSITÄTSAUSBILDUNG", CODE "01"; WENN VERWEIGERT CODE "98"; WENN "WEISS NICHT\ ERINNERT SICH NICHT", CODE "99"

(834-835)

--	--

EB72.3 D8

KEINE FRAGE D9

D10	Geschlecht
-----	------------

(836)

Männlich

1

Weiblich

2

EB72.3 D10

D11	Darf ich fragen, wie alt Sie sind?
-----	------------------------------------

(837-838)

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

EB72.3 D11

KEINE FRAGEN D12 BIS D14

D15b NUR FRAGEN, WENN "GEGENWÄRTIG KEINE BEZAHLTE ARBEIT" - CODES 1 BIS 4 IN D15a

D15a Was ist Ihr Beruf bzw. was von dieser Liste trifft auf Sie persönlich zu?

D15b Haben Sie in der Vergangenheit einen Beruf ausgeübt? Was war Ihr zuletzt ausgeübter Beruf?

	(839-840)	(841-842)
	D15a	D15b
	Gegenwärtige Tätigkeit	Letzte Tätigkeit
Nicht berufstätig:		
Hausfrau/Hausmann und verantwortlich für den Haushaltseinkauf und den Haushalt (ohne anderweitige Beschäftigung)	1	1
Student/Schüler	2	2
Zur Zeit arbeitslos	3	3
In Pension, arbeitsunfähig aufgrund Krankheit	4	4
Selbstständig:		
Landwirt	5	5
Fischer	6	6
Freie Berufe (z.B. Rechtsanwalt, Arzt, Steuerberater, Architekt usw.)	7	7
Ladenbesitzer, Handwerker usw.	8	8
Selbstständige Unternehmer, Fabrikbesitzer (Alleininhaber, Teilinhaber)	9	9
Angestellt:		
Freie Berufe im Angestelltenverhältnis (z.B. angestellte Ärzte, Anwälte, Steuerberater, Architekten usw.)	10	10
Leitende Angestellte, Direktor oder Vorstandsmitglied	11	11
Mittlere Angestellte (Bereichsleiter, Abteilungsleiter, Gruppenleiter, Lehrer, Technischer Leiter)	12	12
Sonstige Büroangestellte	13	13
Angestellte ohne Bürotätigkeit mit Schwerpunkt Reisetätigkeit (Vertreter, Fahrer)	14	14
Angestellte ohne Bürotätigkeit, z.B. im Dienstleistungsbetrieb (Krankenschwester, Bedienung im Restaurant, Polizist, Feuerwehrmann)	15	15
Meister, Vorarbeiter, Aufsichtstätigkeit	16	16
Facharbeiter	17	17
Sonstige Arbeiter	18	18
Niemals einer bezahlten Tätigkeit nachgegangen		19

EB72.3 D15a&b

KEINE FRAGEN D16 BIS D24

D25 Würden Sie sagen, Sie leben in ...?

VORLESEN

(843)

einer ländlichen Gegend oder Landgemeinde

1

in einer kleinen oder mittelgroßen Stadt

2

in einer Großstadt

3

Weiß nicht

4

EB72.3 D25

KEINE FRAGEN D26 BIS D39

D40a Können Sie mir sagen, wie viele Personen im Alter von 15 Jahren und älter in Ihrem Haushalt leben, Sie selbst mit eingerechnet?

VORLESEN - EINTRAGEN

(844-845)

--	--

EB72.3 D40a

D40b Können Sie mir sagen, wie viele Kinder unter 10 Jahren in Ihrem Haushalt leben?

VORLESEN - EINTRAGEN

(846-847)

--	--

EB72.3 D40b

D40c Können Sie mir sagen, wie viele Kinder im Alter zwischen 10 und 14 Jahren in Ihrem Haushalt leben?

VORLESEN - EINTRAGEN

(848-849)

--	--

EB72.3 D40c

KEINE FRAGEN D41 UND D42

D43a Haben Sie einen Festnetztelefonanschluss?

D43b Besitzen Sie ein Mobiltelefon (Handy)?

	(850)	(851)
	D43a	D43b
	Festnetz	Handy
Ja	1	1
Nein	2	2

EB72.3 D43a D43b

KEINE FRAGEN D44 BIS D59

D60 Hatten Sie in den letzten 12 Monaten am Ende des Monats Schwierigkeiten beim Bezahlen Ihrer Rechnungen?

(Bitte Liste vorlegen - vorlesen - nur eine Antwort möglich)

	(852)
Meistens	1
Gelegentlich	2
Nahezu nie/Nie	3
Verweigert (SPONTAN)	4

EB72.3 D60

D61 Auf der folgenden Skala entspricht die Stufe 1 dem niedrigsten, die Stufe 10 dem höchsten Rang in der Gesellschaft. Können Sie mir sagen, auf welchem Rang Sie sich selbst einordnen würden?

(LISTE VORLEGEN- NUR EINE ANTWORT MÖGLICH)

	(853-854)
1 Der niedrigste Rang innerhalb der Gesellschaft	1
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6
7	7
8	8
9	9
10 Der höchste Rang innerhalb der Gesellschaft	10
Verweigert (SPONTAN)	11

EB72.3 D61

D62	Würden Sie mir bitte sagen, ob Sie...?
-----	--

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Tägli ch oder fast tägli ch	2- oder 3mal in der Woc he	Ung efähr einm al in der Woc he	2 oder 3 mal pro Mon at	Selte ner	Nie mals	Kein Inter netz ugan g (SP ONT AN)
--	----------	--	--	---	---	--------------	-------------	---

(855)	1	Bei Ihnen zu Hause das Internet nutzen	1	2	3	4	5	6	7
(856)	2	An Ihrem Arbeitsplatz das Internet nutzen	1	2	3	4	5	6	7
(857)	3	Anderswo das Internet nutzen (Schule, Universität, Internet-Cafés, usw.)	1	2	3	4	5	6	7

EB72.3 D62

INTERVIEWPROTOKOLL

P1 Datum des Interviews

(878-879)

(880-881)

Tag

Monat

EB72.3 P1

P2 Beginn des Interviews

NT.: BITTE 24 STUNDEN-UHR VERWENDEN

(882-883)

(884-885)

Stunde

Minute

EB72.3 P2

P3 Dauer des Interviews in Minuten

(886-888)

Minuten

EB72.3 P3

P4 ZAHL DER ANWESENDEN PERSONEN IM LAUFE DES INTERVIEWS (EINSCHLIESSLICH INTERVIEWER)

(889)

Zwei (Interviewer und Befragter)	1
Drei	2
Vier	3
Fünf und mehr	4

EB72.3 P4

P5 ZUSAMMENARBEIT DER/ DES BEFRAGTEN

(890)

Ausgezeichnet	1
Ziemlich gut	2
Gut	3
Schlecht	4

EB72.3 P5

P6 WOHNORTGRÖSSE:

LOKALE CODES

(891-892)

EB72.3 P6

P7	BUNDESLAND
----	------------

LOKALE CODES

(893-894)

--	--

EB72.3 P7

P8	POSTLEITZAHL
----	--------------

(895-902)

--	--	--	--	--	--	--	--

EB72.3 P8

P9	ADRESSENLISTEN-NUMMER
----	-----------------------

(903-910)

--	--	--	--	--	--	--	--

EB72.3 P9
